

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: Prämienabende: 1
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Fall Jatho und die kirchlich-liberale Richtung.

II.

Aber steht denn die liberale Richtung in der evangelischen Landeskirche unseren sozialdemokratischen Bestrebungen und Anschauungen nicht immerhin näher als die Orthodoxie? Wir bestreiten das. Die kirchlich-liberalen sind zumeist nicht nur noch größere Ideologen, ihre Einsichten in die historischen Bedingungen des sozialen Entwicklungsganges noch oberflächlicher, als die vieler Orthodoxen, sie wollen in ihrer Klasse auch ebensowenig wie diese etwas von unserem Programm, „Erklärung der Religion zur Privatfache“ wissen.

Diese Forderung unseres Programms bedeutet nicht, wie die ehrsame „Germania“ und die „Kreuzzeitung“ meinen, daß uns das politische Treiben der verschiedenen Kirchen völlig gleichgültig ist und wir uns ihren Maßnahmen und sozialrechtlichen Ansprüchen gegenüber völlig indifferent verhalten wollen, sondern — wie schon die folgenden Sätze unseres Programms: „Abtaffung aller Auswendungen und öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken; die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen“ — die Trennung der Kirchen vom Staat. Und zwar eine vollständige, nach allen Richtungen hin durchgeführte Trennung.

Jeder soll glauben können, was er will. Ob er Christus, Moses, Mohammed, Brahma oder Konfuzius verehren will, ob er Atheist, Deist oder Pantheist ist, geht den Staat nichts an und beeinflusst die Stellung des einzelnen im Staatsleben nicht im geringsten. Er kann auch, wenn er will, sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen und eine Kultgemeinschaft bilden; aber irgend welche Mittel dazu soll der Staat oder die Gemeinde nicht hergeben; weder für sogenannte Gotteshäuser, noch für Lehrkräfte, kirchliche Schulen, kirchliche Feste oder irgend welche anderen Kultzwecke. Wollen sich die Mitglieder einer Kultgemeinschaft etwas vorpredigen, vortragen oder vorbeten lassen, haben sie das Recht dazu, müssen aber die Kosten aus ihrer eigenen Tasche bestreiten. Selbstverständlich hört auch in den öffentlichen Schulen der Religionsunterricht auf, und ebenso verschwinden von den Universitäten die theologischen Fakultäten. Hält eine Kult- oder Kirchengemeinschaft eine spezielle theologische Vorbildung ihrer Lehrkräfte für nötig, mag sie aus eigenen Mitteln Priesterseminarien usw. einrichten.

Das ist die Forderung der sozialdemokratischen Partei. Wir wollen nicht die Religion abschaffen, wie unsere Gegner behaupten, sondern ihr nur jeglichen staatlichen Charakter nehmen, sie „entstaatlischen“. Damit sind aber, bis auf ein paar reine Ideologen, die kirchlich-liberalen ebensowenig einverstanden wie die Orthodoxen. Die evangelische Kirche soll Staatskirche und ihre Geistlichen sollen Staatsdiener bleiben mit allen ihren Vorrechten. Die öffentlichen Aufwendungen für Kirche und Kultus sollen auch nicht abgeschafft und vermindert, sondern zum Zweck der Erhaltung kirchlichen Lebens möglichst vermehrt werden — nur soll die heutige bürokratische Leitung der evangelischen Landeskirche möglichst geschwächt, d. h. die Selbständigkeit und Autorität der einzelnen Pfarrer möglichst gestärkt werden. Und ferner sollen die allzu rückständigen, dem heutigen bürgerlichen Empfinden allzu sehr widersprechenden Kirchenlehren teils fallen gelassen, teils derart uminterpretiert werden, daß sie sich der Ethik und dem Anschauungskreis der wohlhabenden bürgerlichen Bevölkerungsschichten besser anpassen. Mit anderen Worten: Das eigentliche Gerüst der preussischen evangelischen Landeskirche soll erhalten bleiben, aber der mittelalterliche ganz- und halbfeudale phantastische Auputz soll durch eine bürgerliche, rationalisiertere Ausstattung ersetzt werden.

Deshalb wollen auch die kirchlich-liberalen von einem Austritt ihrer Anhänger aus der evangelischen Landeskirche durchaus nichts wissen. Sie trachten, wie sie selbst erklären, dahin, innerhalb der heutigen Landeskirche ihre Bestrebungen durchzusetzen und in den synodalen Körperlichkeiten die völlige Gleichberechtigung des liberalen Elements zu erzwingen, um diesem jenen Einfluß auf die kirchlichen Institutionen zu verschaffen, der ihm ihrer Meinung nach gebührt. In einfachem Deutsch übersetzt: sie wollen ihrer Auffassung zur Herrschaft verhelfen.

Von dieser Verbürgerlichung der evangelischen Landeskirche verspricht sich die liberale Richtung eine Wiedergewinnung mancher Bevölkerungsschichten, die heute der Kirche ganz gleichgültig gegenüberstehen, und infolgedessen eine „Wiedererlebung des kirchlichen Gedankens“ und des Einflusses der Kirche (d. h. der Geistlichkeit) auf das soziale Leben der Gegenwart. Recht gut schildert diese Bestrebungen ein „kirchlich-liberaler Pfarrer“ in Nr. 179 der „Frankf. Ztg.“ (Morgenblatt vom 30. Juni) aus Anlaß des Falles Jatho folgenderweise:

„Daß unter diesen Umständen die Lage der Leitung der Kirche — und zwar so ziemlich in fast allen deutschen Landeskirchen — schwierig ist, bedarf keines Wortes. Sie erfordert große Vorsicht

und weises Erwägen nach beiden Seiten hin. Nach rechts, wo in den überkommenen Anschauungen bis zur Stunde noch der größte Teil unseres Landvolkes aber auch viel kleines Bürgertum in den Städten steht, — aber auch nach links, wo die mittleren und oberen Schichten der Intelligenz nur noch lose im Zusammenhang mit der Kirche stehen. Auf keine der beiden Seiten kann die evangelische Kirche verzichten. Nicht auf einen großen Teil ihrer treuen und kirchlich lebendigen Glieder, wenn sie nicht Selbstmord begehen will. Aber auch nicht auf die Schichten links; denn dann würde sie den Brunnenschlüssel verschließen, ohne den sie erstarrt, ohne den die aus der Reformation geborene Kirche nicht bestehen kann: den Trieb nach Erkenntnis und nach Wahrheit. Sie würde die reichen Kräfte der Kultur sich entziehen, die in diesen Schichten liegen, würde eine Kirche der Bauern und der kleinen Leute werden — wir sagen das natürlich ohne jede Absicht der Geringschätzung dieser Schichten —, sie würde nicht mehr das sein können, was sie heute trotz allem noch ist: eine Volkskirche.“

Die gebildeten mittleren und oberen Schichten und, soweit das möglich, auch die den sozialistischen und materialistischen „Irrlehren“ folgenden Arbeiter sollen der Kirche zurückgewonnen werden! Deshalb begegnen wir auch in den Äußerungen der liberalen Presse zu dem Urteil des kirchlichen Spruchkollegiums immer wieder der Argumentation, selbst wenn Jatho in seinem religiösen Subjektivismus zu weit gegangen sei, hätte er nicht verurteilt werden dürfen; denn er hätte sich dadurch ein großes Verdienst erworben, daß er gar manchen, der bisher von der Kirche nichts wissen wollte, aus der Religions- und Kirchenfremdheit gerettet habe. Besonders hätte er in den Kreisen der Kölner protestantischen Arbeiter beträchtliche Erfolge erzielt. Auch Jathos Verteidiger, Prof. D. Baumgarten, hat vor dem Spruchgericht dieses Argument als größten Trumpf ausgepielt. Nach dem Bericht der „Nordd. Allgem. Ztg.“ (Nr. 149 vom 28. Juni) sagte er:

„Demgegenüber sei aber auf den Segen der Wirksamkeit Jathos hinzuweisen. Zum Beweise dafür verlas Professor D. Baumgarten nimmere wohl 20 bis 30 Briefe mit Sympathieerklärungen für Jatho. Diese Briefe stammen von Männern und Frauen — eine Jüdin und eine Urfürinerin sollen darunter ebenfalls vertreten gewesen sein — von Handwerkern, Lehrern, Kaufleuten, Staatsbeamten usw. Die Briefe sind in sehr warmen Ausdrücken gehalten und bewegten den Vorleser sichtlich, blieben aber auch nicht ohne Eindruck auf die übrigen Hörer. Professor D. Baumgarten gab zu, daß Jathos Tätigkeit vielerlei nur ein Führen in den Vorhof sei. Aber daß dadurch Leute von draußen schon in den Vorhof kämen, sei doch schon ein großer Segen. Jatho habe eine Brücke gebaut vom Unglauben zur Kirche. So sehr man geneigt sei, gelten zu lassen, daß Jathos Lehre nicht mehr mit der Kirchenlehre übereinstimme, müsse man doch sagen, daß Rücksicht zu nehmen sei auf die überaus gesegnete sonstige Tätigkeit Jathos.“

Rationalisierung der alten Glaubenslehren, Verminderung der kirchlichen Bürokratie und der Staatsaufsicht, größere Selbständigkeit der Geistlichen in ihren Gemeinden, Wiedererweckung des kirchlichen Lebens und Stärkung des Einflusses der Kirche auf das soziale Leben: das sind also die Ziele, auf welche die kirchlich-liberale Richtung in der evangelischen Landeskirche hinstreut. Vom Standpunkt einer Geistlichkeit, die täglich sieht, daß immer weitere Volkskreise dem „Unglauben“ verfallen, sind diese Forderungen ganz begreiflich — welches Interesse hat aber die sozialdemokratische Arbeiterpartei an ihrer Durchsetzung? Es bedarf keines Nachweises, daß wir absolut keinen Anlaß haben, den Verletzungsprozeß, der sich heute im deutschen Protestantismus und teilweise, wenn auch in geringerem Maße, im Katholizismus vollzieht, zu fördern und aufzuhalten, überlebten Glaubenslehren durch allerlei denüchtelnde Umdeutungen neue Lebenskraft zu verleihen, den Einfluß der Kirche zu stärken und den Arbeiter dazu verleiten zu lassen, sich wieder mit allerlei mystischen Spekulationen zu beschäftigen statt mit seiner Klassenlage. Vielmehr haben wir allen Grund, den Arbeiter dem Rebel der religiösen Mystik zu entziehen, indem wir ihn auf der Basis der materialistischen Geschichtsauffassung in die Religionsgeschichte einführen, ihm zeigen, wie die religiösen Anschauungen und Lehren aller Zeiten eng mit den jeweiligen wirtschaftlichen Lebensverhältnissen zusammenhängen und die christliche Religion, wie jede andere Religion auch: nichts anderes ist als ein aus bestimmten gesellschaftlichen Zuständen herausgewachsenes menschliches Entwicklungsprodukt.

Das marokkanische Abenteuer.

Ueber die nächste Entwicklung der Marokkoaffäre herrscht vollkommene Unsicherheit. Die Antwort Englands und Frankreichs auf den Schritt Deutschlands wird erst Ende der Woche erfolgen, und was die deutsche Regierung eigentlich will, ist noch im Dunkeln. Nur eines ist sicher: die Unruhe wird nicht so rasch vorübergehen. Und daß diese Tatsache allein bei den gespannten inter-

nationalen Beziehungen schon eine Gefahr bedeutet, ist selbstverständlich.

Von äußeren Geschehnissen muß verzeichnet werden, daß Wilhelm II. seine verschobene Nordlandfahrt angetreten hat, daß aber dafür der Staatssekretär v. Riederlen-Wächter seinen Urlaub unterbrochen und nach Berlin zurückgekehrt ist.

Somit beanspruchen nur einige Praphäuserungen größere Beachtung. Die „Königliche Zeitung“ bringt folgende hochhoffizöse Auslassungen:

„Allem Anschein nach kann man nicht darauf rechnen, daß die marokkanische Frage angefaßt der heute bestehenden Lage in kurzer Zeit einem Abschluß entgegengeführt werden wird. In Frankreich erwägt man, ob und welche Antwort auf die deutsche Mitteilung von der Sendung des Vantiers gegeben werden soll, und es heißt nach Telegrammen aus Paris, daß man sich dort zuerst mit Rußland und England besprechen will. Ob diese Besprechungen zu einer formellen Antwort führen werden — die deutsche Mitteilung erfordert keine — oder ob man es dem demnachst in Berlin zurückerwarteten französischen Votschaffer überlassen wird, in Gesprächen mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen einen Ausgleich zwischen entgegenstehenden Auffassungen herbeizuführen, wird man der französischen Regierung überlassen können. Alles, was man über die Stimmung in Paris hört, berechtigt zu der Annahme, daß man die Angelegenheit ruhig und geschäftlich behandeln wird; und da diese Reigung auch auf deutscher Seite besteht, so zeigen sich eigentlich keine grundsätzlichen Schwierigkeiten. Diese werden erst kommen, wenn man praktisch an die Frage herantritt, und wenn es sich nicht mehr um allgemein gehaltene Versicherungen, sondern um greifbare Vorschläge handeln wird. Erwägungen theoretischer Art, Bedenken wegen des Wortlauts dieser oder jener Abmachungen werden dabei unseres Erachtens keine große Rolle zu spielen haben, auch nicht die in der Vergangenheit begründeten Beschwerden, denn es handelt sich nicht darum, zu beweisen, wer in dieser Angelegenheit eigentlich recht hat, sondern wie man in verständiger Weise aus einer Lage herauskommt, die Beunruhigungen in sich birgt und auf beiden Seiten nicht als angenehm empfunden wird. Hier muß der praktische Politiker allein das Wort haben, und er muß den Blick, ohne sich bei Einzelheiten der Vergangenheit aufzuhalten, allein auf das Endziel richten, das heißt auf eine wirklich ehrliche und brauchbare Verständigung.“

Neben der recht unangenehmen Prophezeiung, daß der eventuelle Abschluß der Marokkofrage lange Zeit brauchen werde, wirkt auch die Andeutung recht wenig beruhigend, daß sich bei der praktischen Beschäftigung mit dem Marokkoprobem grundsätzliche Schwierigkeiten ergeben werden. Denn diese Voraussage bedeutet zugleich, daß sich die Verhandlungen mit Frankreich nicht glatt gestalten werden, sondern mit einer Verschärfung des Gegensatzes zu rechnen ist. Fürwahr, recht angenehme Aussichten!

Dabei wird auch deutlich zu verstehen gegeben, daß die deutsche Regierung auf frühere Verträge kein besonderes Gewicht mehr legt. Nicht nur den Algecirasvertrag, sondern auch das deutsch-französische Abkommen von 1909 scheinen Herrn v. Riederlen-Wächter bereits abgetan. Und doch enthielt dieses Abkommen gerade das, was den Interessen des deutschen Volkes entsprach: volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung für den deutschen Handel und die deutsche Industrie in Marokko.

Aber die deutsche Regierung fordert eben heute mehr. Worin dies Mehr besteht, darüber gibt sie keine Auskunft und der Reichstag, der Auskunft fordern könnte, ist ja nicht verlammt. Doch darf man in diesem Zusammenhang die Mitteilung des „Echo de Paris“ wiedergeben, die eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit besitzt. Danach habe Riederlen-Wächter in Kliffingen zu dem französischen Votschaffer Cambon gesagt: „Neden Sie nicht mehr vom Algecirasvertrag, der existiert ja nicht mehr für Sie. Wir wollen uns nicht in Agadir festsetzen, aber wir wollen direkt mit Frankreich über Kompensationen verhandeln, die, seien wir präzise, zur Vergrößerung unserer südafrikanischen Besitzungen dienen sollen. Wenn man verhandelt, wird diese Frage in Berlin durch einen Vertrag in bindender Form gelöst werden. Dann können Sie sich über Marokko mit den Spaniern auseinandersetzen.“

Danach ist also die Absicht der deutschen Regierung auf Vergrößerung der afrikanischen Besitzungen gerichtet.

Die Beurteilung in Frankreich.

Paris, 4. Juli. (Eig. Ber.) Die bürgerliche Presse diskutiert hauptsächlich die Frage: Was will Deutschland? Hat die Demonstration von Agadir nur den Zweck, die französische Regierung zur Beschleunigung der Verhandlungen mit Deutschland und zur Gewährung von Kompensationen in Kamerun, im Kongo und in Vorderasien zu bewegen oder zielt sie auf eine dauernde Okkupation hin? Das zweite wäre zweifellos viel bedenklicher, ja von eminentester Gefahr für den europäischen Frieden, da vor allem England in der Errichtung einer Kohlenstation am Wege nach Südafrika, Indien und Australien eine unerträgliche Beeinträchtigung seiner Interessen sehen würde. Der „Figaro“ macht für eine solche Möglichkeit

Die Interlons-Gebühr
 Betrag für die festgesetzte Kolonial-
 stelle oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Artikel-
 und Verfassungsveränderungen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
 Wort 20 Pf., (täglich 2 festgesetzte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Geschäftsver-
 einigungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zahlen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Delcassé bekanntlich, der in seinem ohne Mitwissen des Ministerrats 1904 abgeschlossenen Geheimvertrag mit Spanien diesem nicht nur das ganze Hinterland von Tanger und das Debouché, der einzigen praktischen Verbindung von Fez und der Küste, preisgegeben habe, sondern auch eine Enklave im äußersten Süden, in der Region von Jhni, kaum 100 Kilometer von Agadir. Jhni ist ganz nahe von den kanarischen Inseln, auf denen Deutschland seinen Einfluß bedeutend gefestigt hat und zwischen diesen und Agadir wird ein eifriger Waffenschmuggel betrieben. Aus all' dem will der „Figaro“ auf einen sehr engen Kontakt zwischen Madrid und Berlin schließen. Immerhin klarer sind die Ausführungen des reaktionären Deputierten Delafosse im „Gaulois“. Auch Delafosse hält es für sicher, daß Spanien von Deutschland geschlossen war, als es in Carache landete. Er hält die Bluffabsicht der deutschen Regierung für wahrscheinlicher als die Hypothese der dauernden Okkupation. Hier die sprechen aber seiner Meinung nach Handelsinteressen. Er zitiert einen im Gelbbuch von 1905 registrierten Bericht des damaligen Gesandten in Berlin D'Hourd über eine Ehlinger alldeutsche Versammlung, die einstimmig folgende Resolution faßte:

Es ist wünschenswert, daß die Reichsregierung das Nöwendige tue, um in der westlichen Region von Marokko festen Fuß zu fassen, wo der deutsche Handel eine bedeutende, ja oft vorwiegende Stellung hat und namentlich Kullidia und Agadir zu besuchen, um die deutsche Interessensphäre klar zu zeigen und zu betonen.

Der Vorwand, sich dort festzusetzen, sei leicht gefunden. Man brauche es nur zu machen, wie die Spanier. In Agadir seien genug Deutsche, um einige Feststellungen zu simulieren. — Nebenbei, ist es wahr, daß überhaupt Deutsche dort sind? Wie in der ganzen Marokkoaffäre wird auch diese Episode von den „Faschismen“ mit einer souveränen Unkenntnis der Tatsachen politisiert, die doch zu allererst kontrolliert werden sollten und könnten. — Was die andere Möglichkeit, die der „Bluff“ anlangt, so ist Delafosse der Meinung, man sollte sich zu Kompensationen verstehen, um des dringenden Bedürfnisses willen, einmal mit dem Marokkohandel fertig zu werden. Aber angesichts der Tatsache der deutschen Demonstration sollte Frankreich die englische Regierung zur Entsendung eines Kanonenbootes nach Agadir auffordern und selbst eins hinschicken, die dann gegebenenfalls zusammen „posifizieren“ könnten. Wobei Deutschland klargemacht würde, daß die territoriale Integrität Marokkos keine leere Formel sei.

Diese alte Scharfmacherei, die gewissenlos mit dem Völkerrfrieden spielt, um aus der nationalistischen Erregung einen Profit für den Monarchismus herauszuschlagen, wird von dem weitaus größten Teil der Presse nicht mitgeteilt, aber eine Verurteilung ist auch die Selbsttätigkeit nicht, mit der z. B. der „Matin“ die Kompensationspolitik entwickelt. Das anscheinend gut informierte Blatt schreibt:

Die französische Regierung hätte das Recht, die deutsche zu fragen: Vor 14 Tagen hat Herr Jules Cambon, unser Botschafter Herrn Aiderlen-Wächter, Ihrem Minister des Auswärtigen mitgeteilt, daß er geneigt sei, mit Vorbehalt der Zustimmung seiner Regierung, mit Deutschland Unterhandlungen anzuknüpfen, um zu einem Einvernehmen zu gelangen, das Deutschland gewisse wirtschaftliche Vorteile gebe und uns in Marokko volle Freiheit ließe. Herr Cambon, der vor einer Woche nach Paris kam, hat Herrn Cambon von seiner Unterredung mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Bericht erstattet. Der Ministerpräsident zeigte sich von dieser Unterredung sehr befriedigt. Die deutsche Regierung wüßte, daß die französische die Gesichtspunkte der Herren Cambon und Aiderlen-Wächter teile.

Da sieht man nun die Schuldigen auf beiden Seiten. Wenn der Vertrag von Algeciras noch zu Recht besteht, wie kann Frankreich freie Hand fordern und wie kann Deutschland sie geben? Und wie kann die deutsche Kapitalistenpresse die Intervention mit der französischen Uebertretung des Vertrages legitimieren, über den sich die deutsche Regierung selbst hinwegsetzen wollte!

Natürlich sind die Abmachungen von Algeciras längst Makulatur geworden. Sie waren von Anfang an auf die Fiktion zugeschnitten, daß in Marokko „Ordnung“ herrsche und tatsächlich in dem Augenblick über den Haufen geworfen, wo die französischen Instruktionen Heereskommandanten des Sultans würden. Damit war die Intervention Frankreichs vorbereitet und die Spaniens ließ sich nicht mehr durch Vertragparagrafen aufhalten. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, wie der „Tempo“ zu behaupten, daß die französische Okkupation Marokkos, die tatsächlich auch eine Beschränkung der Souveränität des Sultans ist, ein Ausfluß eben dieser in Algeciras anerkannten Souveränität sei, da der Sultan in Ausübung seiner Unabhängigkeit Frankreich und niemand anderem um Unterstützung angegangen habe. Wenn sich Deutschland, wie dies unzulässig ist, sich über den klaren Wortlaut des Abkommens von 1900 hinwegsetzt, so steht die stillschweigende Enttäuschung den französischen Kapitalistenorganen ebenso übel an wie den Deutschen die ihre. Es mag sein, daß man internationale Verträge mit mehr oder weniger Eleganz brechen kann, aber daß das Völkerrrecht nicht ein Feld stiller Betätigung, sondern der stempellosen Interessensjagd und brutalen Gewalt ist, wird so lange wahr sein, als die internationale Politik das Kampffeld der nationalen kapitalistischen rivalitäten bleibt.

Darum ist denn für den Kampf gegen Kriegsgesahr und Abenteuer dem Proletariat nur eine Taktik gegeben, die nicht den unvermeidlichen Enttäuschungen jener ausgesetzt ist, die die Faher der kapitalistischen Kolonialpolitik nach dem Kompaß des „Rechts“ oder der „Humanität“ richten zu können wähnen. Und diese Taktik heißt: Unerbittlicher, energischer Widerstand gegen die Imperialisten des eigenen Landes, in brüderlicher, sich zur gemeinsamen Aktion erweiternden Verbindung mit der Arbeiterschaft der in den Konflikt hineingezogenen Staaten.

Was will Deutschland?

Paris, 5. Juli. Die meisten Blätter erörtern auch heute eifrig die Frage „Was will Deutschland?“. Die Mehrzahl der Zeitungen scheint immer mehr zu der Ansicht zuzuneigen, daß Deutschland durch die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir ein Pfand in der Hand haben will, um für etwaige Verhandlungen in einer vorteilhafteren Lage zu sein. „Matin“ berichtet, der Ministerpräsident habe gestern verschiedenen Persönlichkeiten gegenüber geäußert, daß Frankreich, wie der Botschafter Cambon dem Staatssekretär v. Aiderlen-Wächter bereits in Riffingen erklärt habe, durchaus bereit sei, mit Deutschland in Besprechungen einzutreten. Deutschland müsse aber sagen, was es wolle. Es seien bereits gewisse Vorschläge gemacht worden, er, der Ministerpräsident, habe jedoch zu verstehen gegeben, daß er es vorziehen würde, die Gesamtheit der afrikanischen Fragen zu erörtern und nicht eine nach der anderen, damit die Verhandlungen möglichst rasch angefaßt werden könnten. Es wäre wünschenswert, zu wissen, warum Deutschland die Absendung eines Kriegsschiffes an die marokkanische Küste angeordnet habe, obwohl es durch den Botschafter Cambon erfahren habe, daß Frankreich zu Besprechungen bereit sei.

Der Erfolg des Kanonenbootes Panzer durch den Kreuzer „Berlin“ wird ebenfalls heute in mehreren Blättern erörtert. „Journal de Paris“ meint, die deutsche Regierung verfolge die Effekte zu steigern. „Figaro“ sagt, die Maßnahme sei nicht ohne Bedeutung, der „Panzer“ hätte nur schwer Landungstruppen liefern können. Gewiß, die Entsendung des Kreuzers „Berlin“ beweise noch nicht, daß eine Landung vorgenommen werden solle. Jedemfalls hätten die Deutschen aber nunmehr die Mittel dazu.

Keine österreichische Bundespflicht.

Budapest, 5. Juli. Im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte der Ministerpräsident: Es ist natürlich, daß wir jeden Schritt unseres Bundesgenossen mit Sympathie begleiten und ihm Erfolg wünschen. (Zwischenruf der Opposition: Möglicherweise wird uns Marokko noch näher interessieren als Albanien!) Ministerpräsident fortfahrend: Marokko liegt so weit von jenen Fragen, hinsichtlich deren unser Bundesverhältnis besteht, daß daraus meines Erachtens wenigstens für uns keinerlei Komplikation erwachsen kann.

Da kann sich ja eine nette Isolierung Deutschlands vorbereiten!

Interpellationen.

Rom, 5. Juli. In der Kammer beantwortete der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst di Scialoja, die Anfrage betreffend Marokko. Er erklärte, daß keine Ausschiffung deutscher Truppen in Agadir stattgefunden habe und gab dann den Inhalt der deutschen Note bekannt. Die deutsche Regierung habe hinzugefügt, daß das nach Agadir entsandte Schiff den Hafen verlassen werde, sobald die Angelegenheiten in Marokko wieder in den früheren ruhigen Zustand zurückgeführt sein würden.

Von den Fragestellern erwiderte zunächst Galli, er glaube das Vorgehen Deutschlands sei eine Kundgebung der Absicht, den tatsächlichen und rechtlichen status quo unverändert aufrecht zu erhalten, der auf der Algecirasakte beruhe. Darin stimmten die politischen Anschauungen Deutschlands mit den Interessen Italiens überein. Er würde wünschen, daß die italienische Regierung den Beweis der notwendigen Energie in der Vertretung des italienischen Standpunktes in den Mittelmeerangelegenheiten gebe. (Beifall.) Gaslini erklärte sich von der Antwort nicht befriedigt und wandelte die Anfrage in eine Interpellation um. Sala erklärte, die Verpflichtungen aus der Algecirasakte beständen weder für Frankreich, noch für Spanien, noch für Deutschland mehr. Er hoffe, daß die Regierung angesichts der neuen internationalen Lage die Interessen Italiens zu wahren wissen werde.

Paris, 4. Juli. Der radikale Deputierte Leboucque kündigt eine Interpellation an, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um den von französischen, belgischen und schweizerischen Geldinstituten vermittelten Zufluß französischen Kapitals an die deutschen Großbanken zu verhindern.

Das spanische Proletariat gegen das Marokkoverbrechen.

Madrid, 4. Juli. Gestern fand in Valencia ein von den Republikanern und Sozialisten einberufenes großes Meeting statt, in dem gegen das Vorgehen Spaniens in Marokko Protest erhoben wurde. Die Versammlung war von 20 000 Personen besucht. Es wurden von den sozialistischen und republikanischen Führern zündende Reden gehalten; u. a. sprachen Perez Galdos und Pablo Iglesias, welche erklärten, daß die spanische Regierung die Akte von Algeciras vergewaltigt habe, und daß das Land dem marokkanischen Abenteuer feindlich gegenüberstehe. Die Redner fügten hinzu, daß Frankreich und Deutschland Spanien bald aus Marokko vertreiben werden. Es kam zu stürmischen Demonstrationen, die das Einschreiten der Polizei notwendig machten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Liberalen und die Wahlrechtsfrage.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Die belgische Arbeiterpartei hat an den Schulkampf die politische Lebensfrage des belgischen Proletariats, die Abschaffung des Pluralvotums, die Erringung des gleichen Wahlrechts für alle Staatsbürger vom 21. Lebensjahre für Staat, Provinz und Gemeinde geknüpft. Die vom Parteitag beschlossene Taktik einer gemeinsamen Aktion in der Schulkampagne mit der liberalen Opposition hat das Wahlrechtsproblem auch für die liberale Partei notgedrungen aktuell gemacht und sie zur neuerlichen Stellungnahme und schließlich zur Revision früherer prinzipieller Entscheidungen gedrängt.

Es ist natürlich kein Wort über das alberne Gefasel der liberalen Presse zu verlieren, die schon jetzt ihre Wahlmänner damit einleitet, daß sie die Liberalen als Gefangene der „Revolutionspartei“ hinstellt. Auch dem letzten liberalen Winkelblat ist die politische Weisheit nicht verborgen, daß über alle antiliberalen Bündnisse und gemeinsamen Aktionen hinweg die Kluft zwischen dem armen Vergarbeiter des „Centre“ und etwa dem liberalen Schloß- und Grundbesitzer von Mariemont Maroquand, dem belgischen Rothschädel, auch fortan bestehen bleibt und dem demokratischen Kampf, den jetzt ein Teil der liberalen Presse zeigt, die Mächtigheit des Klassenkampfes folgen wird, wenn das Proletariat seinen Kulturkampfrenden die rüden wirtschaftlichen Forderungen präsentiert wird. Aber selbst bei Abzug aller Entstellungen bleibt nichtsdestoweniger richtig, daß die von den Sozialisten in Fluß gebrachte Wahlrechtsbewegung die Liberalen in gewissem Sinne mit- und herübergezogen und nicht nur zur Aussprache, sondern auch, wie sich zeigt, zum teilweisen Nachgeben in der Wahlrechtsfrage geführt hat.

Zur Charakterisierung der Stufenfolge der Entwicklung, die die Haltung der Liberalen in der letzten Zeit genommen, mag die Anführung folgender Momente dienen. In dem ersten großen Meeting, das in der Schulkampagne von Sozialisten und Liberalen gemeinsam veranstaltet wurde, hatte der parlamentarische Führer der liberalen Schulkampagne, Hymans, kein Wort über das Wahlrecht gesprochen. Das erwartete Wort über das Wahlrecht, äußerte damals Vandervelde enttäuscht, kam nicht. Am vergangen Sonntag erklärte Hymans, daß die Liberalen Vereinigungen sich dem Demonstrationenzug der Arbeiterpartei am 15. August anschließen würden. Diese Demonstration der Arbeiterschaft ganz Belgiens aber gilt nun nicht dem schließlich schon begrabenen Schulgesetz, sondern vor allem dem Wahlrecht. Und nun hat die liberale Linke von Senat und Kammer eine Erklärung akzeptiert, die sich für das allgemeine Wahlrecht „pur et simple“, also für die Formel: eine Stimme, ein Mann, ohne Einschränkung ausspricht.

Wie sehr seinerzeit berückelt, hat in der ersten Kammer-sitzung unter der neuen Regierung die liberale Linke die Bemerkung Vanderveldes über den zu unternehmenden Kampf für die Erreichung des gleichen politischen Rechtes bis auf einige Doktrinäer mit minutenlangem Beifall aufgenommen. Die Erklärung der letzten liberalen Beratung kleidet diese Zustimmung in eine offizielle Parteifundgebung, die nun in aller Form die Liberalen als Anhänger des gleichen Rechtes bindet. Die Liberalen erklären damit, daß sie ihre frühere Forderung, eine zweite Stimme für den über 35 Jahre alten Familienvater beim Gemeindevahlrecht fallen lassen — eine Forderung, die ja allerdings nur von den Doktrinär-Liberalen verfolgt wurde. Die Differenzen in der Wahlrechtsfrage zwischen den Linksparteien bestehen sonach nur mehr in dem einen Punkt über das wahlberechtigte Alter und die Kufenthaltspflicht. Die Sozialisten fordern die Wahlberechtigung vom 21. Lebensjahre, während die Liberalen an der Altersgrenze von 25 Jahren festhalten. Die Sozialisten sind für einen sechsmonatigen Wohnungsaufenthalt, die Liberalen bleiben bei der einjährigen Frist.

Haben auch eine Reihe von Liberalen in der Schulkampagne für die Wahlrechtsreform im Sinne der Aufhebung jeder Pluralstimme ihre Anhängerenschaft kundgetan und hat sich auch aus anderen Symptomen auf eine mehr oder weniger allgemeine Zustimmung der liberalen Partei zu einer Reform in diesen Grenzen schließen lassen, so ist die murrende Verlautbarung in ihrer klipp und klaren Zusage für das gleiche Recht als ein Erfolg zu buchen, der auf den endgültigen Sieg der Wahlrechtsfrage in Belgien weist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli 1911.

Schafskopf oder Dummkopf?

Vor einiger Zeit machte durch die Presse eine Uebrede die Runde, die der Generalsuperintendent Braun (Königsberg) bei einem Festmahl in Liebenmühl anlässlich der Einweihung der dortigen evangelischen Kirche gehalten hat und in der er etwas despektierlich seine Tischgenossen und sich selbst im Vergleich zum Kaiser als „Schafsköpfe“ hinstellte. Es war natürlich, daß sich sofort die Blätter des dankbaren Stoffes bemächtigten. Ein in Süddeutschland erscheinendes machte dem entgleisten Redner das naheliegende Jugendbildnis, daß er die geistigen Qualitäten seiner „Schäflein“ als Seelenhirte ja am besten kennen müsse. Dieser Tage ist nun, wie die „Östdeutsche Volkszeitung“ meldet, der Generalsuperintendent Braun in Jüterburg bei einem Festmahl, das im Anschluß an die Einweihung der Melanchthon-Kirche stattfand, auf die Liebenmühl Rede zurückgekommen und hat erklärt, er habe in dieser Angelegenheit eine Fülle von Zuschriften erhalten. Eine der ersten dieser Postkarten sei aus Dresden gekommen und habe gelautet: „An den Generalsuperintendenten von Jüterburg, zu finden im „Klub der Schafsköpfe“. Das rühre ihn indessen nicht. Er habe in Liebenmühl gewissermaßen zu einem internen Kreise gesprochen und glaube nicht, daß sich einer von den dort Anwesenden getroffen und beleidigt gefühlt habe. Außerdem habe sich nach dem Wortlaut seiner Äußerungen auch niemand beleidigt fühlen können. Er sei Vorpostener und in seiner Ausdrucksweise an das Wesen seiner Heimat gewöhnt, deren Menschen Schlag mit den Ostpreußen sozial Wehnlichkeit habe. Das Wort „Dummkopf“ wende man in seiner Heimat nicht an; deshalb habe er das andere, landläufigere gebraucht. Aber die heutige Festversammlung möge sich nicht fürchten, sie sei nicht in Gefahr. (Gr. Heiterkeit.) In Liebenmühl habe er nur ausgeführt, wie er in den vielfachen Gesprächen des Kaisers, denen er beiwohnen durfte, den Monarchen bewundern gelernt habe — bewundern, wie vielseitig dieser Mann sei, wie er sich auf allen Gebieten weitgehende Kenntnisse angeeignet habe und sich bemühe, alles zu erlernen und zu verstehen, sich über alles ein Urteil zu bilden. „Gegenüber diesem Manne“, so etwa habe er gesagt, „kamen wir uns beinahe wie Schafsköpfe vor“. Aber jetzt sage er nur noch Dummkopf. (Erneute große Heiterkeit.) Mit der Betauerung, daß er kein Östpreuener sei und mit einer Verherrlichung Wilhelms II. schloß der Generalsuperintendent seine Rede.

Wir meinen, es ist recht gleichgültig, ob der Herr Generalsuperintendent zur Bezeichnung seiner geistigen Qualitäten das Wort „Schafskopf“ oder „Dummkopf“ für angebrachter hält. Das eine wie das andere Wort scheint uns zulässig zu sein. Zieht der Herr Generalsuperintendent die Bezeichnung „Dummkopf“ vor, wagen wir aus Höflichkeit nicht zu widersprechen.

Es war nicht bds gemeint.

Die „Germania“ hat, wie der „Vorwärts“ gestern mitteilte, kund getan, daß das Zentrum sich nicht in den Schimmlwinkel stellen will, weil der Graf von Schwerin-Löwig in einer Wahlrede es „als eine sehr unerfreuliche Erscheinung“ bezeichnet hatte. Die „Kreuzzeitung“ hatte bekanntlich den Worten des Grafen eine abschwächende Auslegung gegeben, worauf sich die „Germania“ mit der Bewichtigungs ihrer protestantischen Welschwester zufrieden erklärte. Das Zentrumslager erlief aber die Freude, daß ihm auch noch von anderer konservativer Seite freundliche Worte zugesüßert werden. In der „Konserватiven Korrespondenz“ wird den schwarzen Freunden versichert, daß es sich um eine rein private Meinungsäußerung des Reichstagspräsidenten Grafen Schwerin-Löwig handle, der „weite Kreise der konservativen Partei nicht beizutreten vermögen.“ Zum Ueberflus redet auch der Hauptständer, der Graf Schwerin-Löwig, in einem Schreiben an die „Kreuzzeitung“ dem Zentrum gut zu und bestätigt ihm, daß es eine durchaus „nationale“ Partei sei.

Mehr christliche Verträglichkeit kann man beim besten Willen nicht verlangen. Freilich weiß man auch im konservativen wie im Zentrumslager, daß man in der gegenwärtigen politischen Situation sehr aufeinander angewiesen ist.

Die Regierung gegen den Hansabund.

Nicht allein die Vertreter der Schwerindustrie und des rüstungslossten Scharfmachertums marschieren mit stiegenden Fahnen aus dem Lager des Hansabundes, auch die Handwerker müssen ihre Wundeln schnüren und den Hansaten, die bis jetzt doch nur tapfere Worte gegen die agrarische Reaktion hatten, Kolat folgen. So will es nämlich die Regierung, für die der Wille der Agrarier und Scharfmacher natürlich das höchste Gesetz ist. Durch einen Erlass des preussischen Handelsministers Sydow wird sämtlichen, dem Hansabund angehörenden Innungen unter Berufung auf einige Paragraphen der Gewerbeordnung das Recht abgeprochen, Mitglieder dieser Organisation zu sein.

Der Hansabund der Scharfmacher.

Der Vorstand der niederrheinisch-westfälischen Bezirksgruppe des Hansabundes hat, um dem Kunde der Scharfmacher sofort neue Mitglieder zuzuführen, einen originellen Weg eingeschlagen. Er beschloß nämlich, die Ortsgruppe des Hansabundes in eine Ortsgruppe des neuen Verbandes der Airdorf, Müdter usw. u. m. z. u. w. a. d. e. i. n. Damit werden die Mitglieder, die dem Hansabunde treu bleiben wollen, genötigt, aus der „umgewandelten“ Ortsgruppe auszutreten und die Scharfmacher scheinen damit zu rechnen, daß die von den Industriekönigen in irgend einer Form abhängigen Mitglieder nicht den Mut haben werden, diesen Austritt zu vollziehen.

Preussisch-hessischer Eisenbahnvertrag.

Die hessische Zweite Kammer nahm heute in der Frage der Revision des preussisch-hessischen Eisenbahnvertrages unter Ablehnung mehrerer sozialdemokratischer und freisinniger Anträge einstimmig den Antrag an, die Regierung zu ersuchen, beim Zusammentritt des nächsten Landtages zur Klärung der seit Jahren über die Revision des Gemeinschaftsvertrages in der Öffentlichkeit behandelten Fragen dem Landtage vorzuliegen:

1. Eine genaue Uebersicht über die auf den hessischen Linien der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft seit dem Bestehen des Vertrages eingetretenen Betriebssteigerungen und die damit bedingte Werterhöhung.
2. Eine genaue Uebersicht über die seit dem Bestehen des Vertrages notwendig gewordenen Kapitalkaufwendungen Hessens sowie über die in der nächsten Zukunft noch in Aussicht stehenden Aufwendungen.

Ein Gesetz über den Postverkehr

wird dem neugewählten Reichstage im Frühjahr 1912 zugehen. Durch dieses Gesetz soll der Postverkehr, der bisher nur auf einer Verordnung beruht, durch Gesetz geregelt und bei dieser Gelegenheit gewisse Verbesserungen eingeschlagen werden. Wie berichtet wird, hat sich die Reichspostverwaltung bereits mit den Interessenten über etwaige Verbesserungen der Postbedienung in Verbindung gesetzt. Durch Vermittlung des deutschen Handelstages werden die Handelskammern sich demnächst mit der Frage befassen und Vorschläge für die Verbesserung des Postverkehrs machen. Empfohlen wird u. a. eine Vereinfachung der Gebührenordnung, eine Vermehrung der Postämter zur schnelleren Abwicklung des Verkehrs, eine Erhöhung des Höchstbetrages der Schecks, die jetzt nur bis 10.000 Mark zulässig sind, und Erleichterung im Verkehr mit dem Reichsbank giro. Ferner wird gewünscht, daß die Ueberweisungen von Schecks von einem Postbeamten auf das Bankkonto eines Kunden nicht als Verzinsung betrachtet wird und für solche Ueberweisung nicht die Gebühren für Verzinsungen in Anrechnung gebracht werden.

Wer hat den Nutzen von der Liebesgabe?

Die Behauptung der Junkerpresse, daß die Branntwein-Liebesgabe besonders den Kleinbauern zugute kommt, wird durch die Auslassungen eines kleinen Brenners in Wonnorf (in Baden) auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Das Wonnorfer Jenunmsblatt hatte das Eintreten der Zentrumsfraktion für die Liebesgaben bei der Reichsfinanzreform als eine nationale Tat gefeiert. Dagegen protestiert ein hochkundiger durch folgendes Eingeladte:

„Wir kleinen Brenner bezahlen heute das Doppelte von früher und können gewöhnlichen Branntwein aus Obstresten und Früchten für den Hausgebrauch gar nicht mehr brennen, weil es sich nicht mehr lohnt, weil man nicht mehr die Steuer und das Holz herausbringt. Höchstens, daß noch Qualitätschnaps aus Zweigen und Störchen gebrannt werden können. Wer diese noch dem Brennen aber gleich verkaufen muß und das ist bei kleinen Brennern meist der Fall, bekommt Preise dafür, daß er kaum noch bestehen kann. Von heutiger Kontrolle will ich gar nicht reden, die lennt jeder Brenner. Das „Vollblatt“ frage doch, ehe es schreibt, einmal einen Kleinbrenner, und der wird ihm dann sagen, was der schwarze Blau Blod gemacht hat; — die kleinen Brenner hat er vernichtet. So lange sie noch ihr altes Brenngeschirr haben, „moxen“ sie aus Gewohnheit so weiter; aber ein neues Brenngeschirr nach schwarzblauem Rezept anzuschaffen, dazu fehlen ihnen die Kronen.“

Wer in Wirklichkeit die Vorteile der Liebesgabengefährdung selbst in Baden mit seinen vielen Kleinbrennern einbezieht, zeigt der Umstand, daß die große Brennererei und Brauerei Sinner in Grünwinkel bei Karlsruhe, die ihren Aktionären selten unter 20 Proz. Dividende in die Tasche schüttelt, von den für Baden eine Million betragenden Liebesgaben allein 400.000 M. jährlich erhält!

Ausgewiesen.

Der Ofenseger Björkling aus Upsala (Schweden), der aus Preußen ausgewiesen worden war, weil er von Berlin aus für das schwedische Parteiblatt „Arbetet“ geschrieben, hatte sich nach Dresden gewandt. Er traf am Dienstag, den 27. Juni, abends 10 Uhr dort ein und nahm Nachtlager in Volkshaus. Schon am Donnerstag, den 29. Juni, morgens 5 Uhr, erschien ein Polizist, um seine Papiere einzusehen. Darauf fanden sich am Montag, den 3. Juli, zwei Kriminalbeamte ein, die ihn mit nach der Polizeidirektion nahmen. Dort wurde ihm der Ausweisungsbefehl ausgehändigt. Binnen zweimal 24 Stunden hatte er das ungestaltete Land zu verlassen.

In diesem Falle ist offenbar der Ausgewiesene der sächsischen Polizei von der preussischen aufzisiert worden. Ausländer scheint man nur dulden zu wollen, wenn sie entweder russische Polizeispiegel oder wenn sie Streikbrecher sind. Ausländische Ausländer, wenn sie der Arbeiterschaft angehören, finden keine gastliche Stätte in Preußen und Sachsen, zumal wenn sie verdächtig sind, zur gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft zu gehören.

Mißbräuche Untergebene.

Unter der Auflage der tätlichen Beleidigung und des Mißbrauchs der Dienstgewalt hatte sich der Feldwebel Wagner vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps in Berlin zu verantworten. Der Angeklagte hatte zu Kaisers Geburtstag den Besuch seiner Mutter erhalten und schlief deshalb in einer Mannschaftsstube. Nachts fährte er nun an einem Grenadier Manipulationen aus, wie sie an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden können. Bei einer Situationsstudie lud der Angeklagte nach einem Untergebenen in sein Bett ein und mißbrauchte ihn dort in der gleichen Weise. Die Soldaten mochten anfangs keine Meldung machen, doch schlug ihnen später das Gewissen und sie erstatteten gegen den Feldwebel Anzeige. Der Angeklagte bestreitet hartnäckig jede Schuld. Er will das Opfer eines Nachweites geworden sein und behauptete, es seien in dem Verfahren gegen ihn Meineide geschworen worden. Das Kriegsgericht glaubte jedoch den Angaben der Befehlshaber und verurteilte den Angeklagten zu 45 Tagen Gefängnis sowie zur Degradation.

Allerlei Brutalitäten

„Sogenannter „alter“ Leute gegenüber jungen Rekruten bildeten vorgeraten den Gegenstand einer Verurteilung vor dem Oberkriegsgericht in Dresden. Die erste Verhandlung hat in Firma stattgefunden. Die Vorkommnisse sind um so verwerflicher, als sie sogulagen „auf Befehl“ verübt wurden. Die Unteroffiziere haben dem Treiben ruhig zugegesehen und die alten Leute erst auf die bebauernsmerkten Rekruten geübt. Folgende Uebergriffe und Mißhandlungen gegen den Anklage zugrunde: Am

16. Februar früh während des Stadtdienstes bemerkte der Unteroffizier Graichen, daß die Säumnung des Rekruten Wähmert nicht sauber genug war. Er nahm sie auseinander und gab die einzelnen Teile zum Putzen an „alte Leute“. Bei dieser Gelegenheit hat der Unteroffizier in nicht mißverständlicher Weise geäußert: „Ihr könnt Euch dafür bei Wähmert abfinden“ und „Dem müßt ihr mal handgreiflich machen!“ Die „alten Leute“ sagten diese Worte natürlich als eine Aufforderung zur Mißhandlung auf. Den „alten Leuten“ war nach einem Batteriebefehl verboten, Rekruten zu schlagen; bis zu jener Zeit hatte man sich auch danach verhalten. Aber nun begannen die Brutalitäten! Nach vorangegangener Verabredung wurde Wähmert noch am selben Tage abends in den Krümpersaal geschickt, dort von „alten Leuten“ überfallen, ihm ein Wollack über den Kopf geworfen und dann mit einem Obergurt in unentschuldigter Weise geschlagen. Er erhielt zick 20 Schläge über Rücken und Gesäß und schrie vor Schmerz laut auf. Infolge dieser grausamen Mißhandlungen hatte Wähmert mehrere Tage furchtbare Schmerzen. Er meldete sich krank und die ärztliche Untersuchung ergab erhebliche Hautverletzungen und Blutergüsse an den Schulterblättern. Die Mißhandlungen wurden trotzdem fortgesetzt. Am zwei darauf folgenden Tagen wurde er mit anderen Rekruten ebenso gemacht. Der Rekrut Straps wurde ebenfalls überfallen und nachdem ihm ein Wollack übergeworfen worden war, furchtbar mit Obergurt und Riemen geschlagen. Mit dem Rekruten Schneider verfuhr man auf dieselbe Weise. Er wurde dabei erheblich an der rechten Schläfe verletzt und hatte mehrere Tage Schmerzen.

Die erste Instanz verurteilte den Angeklagten Rann zu 3 Wochen, Reugebauer und Lange zu je 2 Wochen und Liebich zu 10 Tagen Gefängnis. Unteroffizier Graichen erhielt wegen Anstiftung 8 Tage mittleren Arrest! Göbel, der eine ähnliche Krümperei getan haben soll, wurde freigesprochen.

Gegen seine Verurteilung hat nur Graichen Verurteilung eingelegt. Er bestreitet die Krümpereien und die Absicht der Anstiftung. Die „alten Leute“ behaupteten in der Verurteilungsverhandlung, daß der Unteroffizier Graichen diese Krümpereien getan habe. „Weil wir dazu aufgefordert wurden, sagten wir uns, den Rekruten zwischen wir eins aus“, bekundete ein Zeuge. Ein anderer erklärte: „Wir haben es nur gemacht, weil uns der Unteroffizier dazu aufgefordert hatte.“ Weiter kam vor dem Oberkriegsgericht zur Sprache, daß schon vorher Graichen öfter Andeutungen gemacht hat, die Rekruten müßten geschlagen werden.

Nach erneuter Beweisaufnahme belieh es das Oberkriegsgericht bei der ausgeworfenen Strafe. Es änderte nur die Urteilsformel ab und nahm Anstiftung zur Mißhandlung Untergebener unter Mißbrauch der Dienstgewalt an.

Montenegro mobilisiert gegen die Türkei.

Der König von Montenegro hat dem diplomatischen Korps mitgeteilt, daß Montenegro durch die Mobilisierung der Türkei gezwungen sei, gleichfalls mobil zu machen. Der Befehl zur Mobilisierung ist bereits gegeben. Es werden 7000 Mann an den Uebergängen der türkisch-montenegrinischen Grenze aufgestellt werden. Als Vorwand der Maßregel wird angegeben, es solle der Uebertritt aufständischer Albaner verhindert werden.

In Wirklichkeit bedeutet dieses Vorgehen eine Ermütigung der Aufständischen. Obwohl die Türken an 60000 Mann in Albanien stehen haben, können sie des Aufstandes nicht Herr werden. Auch die Politik der Nachgiebigkeit, die sie unter dem Druck Oesterreichs und Rußlands eingeschlagen, scheint an der Lage nichts Wesentliches geändert zu haben.

Unter diesen Umständen ist die Maßnahme Montenegros für die Türkei eine Provokation. Die Türkei läßt auch bereits verstehen, daß sie dieses Vorgehen Montenegros nicht ruhig hinnehmen werde, und verlangt zunächst eine Intervention der Großmächte in Cetinje. Jedenfalls zeigt dieser Vorfall wieder einmal, wie unsicher die Lage auf dem Balkan geworden ist.

Grenzkämpfe.

Konstantinopel, 5. Juli. Der Oberkommandant von Albanien Zogut Schewket Pascha meldet, daß fünf Montenegriener mit etwa 20 Aufständischen sich der Grenze bei Lezhnja genähert hätten, um die türkischen Stellungen zu rekonstruieren. Am gleichen Tage hätten die Aufständischen von Selce die türkischen Vorposten angegriffen. Nachdem diese verstärkt worden wären, seien den Aufständischen große Verluste beigebracht worden.

Der Ministerrat hat beschlossen, daß das Kriegsministerium für das während der Operationen in Albanien getötete Vieh Ersatz leisten soll.

Keine Kriegsgefahr?

Budapest, 5. Juli. Im Abgeordnetenhause erklärte der Ministerpräsident, daß über die Balkanangelegenheit Einvernehmen zwischen Oesterreich, Rußland und Italien bestände. Infolge dessen glaube er, daß keine Gegensätze entstehen werden, welche die Gefahr eines Krieges heraufbeschwören könnten.

England.

Die Oberhausfrage.

London, 4. Juli. (Oberhaus.) Heute begann die Debatte über das von Lord Lansdowne eingebrachte Amendement, durch das gewisse Maßnahmen von der Sirksamkeit der Vetobill ausgenommen werden sollen. Viscount Morley sprach sich nachdrücklich gegen die Annahme des Amendements aus. Er gab jedoch keine Andeutung darüber, was die Regierung zu tun beabsichtige, wenn die Peers auf der Annahme des Amendements bestehen sollten.

Rußland.

Einverleibung des „Gouvernements Wiborg“?

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Wiederrum kurrteren hier Gerüchte, die russische Regierung beabsichtige, die Ostliche Hälfte des Gouvernements Wiborg dem Petersburger Gouvernement einzuverleiben und die Stadt Wiborg zur Zollgrenze zwischen Rußland und Finnland zu machen. Dieses freche Einfließen soll auf die Forderung des Kriegsministers gestellt worden sein, der die neuangelegten Befestigungen bei Terijoki innerhalb der russischen Grenze wissen möchte, um die „strategische Stellung“ Petersburgs zu sichern.

Die Gründungsgabe der russischen Gewaltpolitiker ist wirklich auf den Hund gekommen, wenn sie zur Rechtfertigung ihres Mißbrauches Wiborg immer wieder das Kinnemärchen von der „bedrohten Lage“ der Residenzstadt hervorheben müssen.

Aus der Partei.

Aus dem russischen Parteileben.

Vor kurzem fand in Rußland eine sozialdemokratische Konferenz statt, die für die Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Proletariats von großer Bedeutung sein dürfte. Es war eine — natürlich geheime — Konferenz von Sozialdemokraten, die in den legalen Arbeiterorganisationen der größten Städte des Reiches tätig sind. Es war hierbei über

Charakteristisch, daß die auf dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse in großen und ganzen mit denen zusammen fielen, die auf den jüngsten Konferenzen der Sozialdemokratie Zeitlands, des Jüdischen Arbeiterbundes und der transkaukasischen Parteiorganisationen, d. h. auf den wichtigsten der in Rußland stattgefundenen Parteikonferenzen, gefaßt wurden. Diese Identität der Beschlüsse der legalen Arbeiterorganisationen mit denen der alten, illegalen Organisationen, die sich den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen suchen, zeigt, daß die jetzt noch gesondert verlaufenden Ströme der Arbeiterbewegung sich einander nähern und — allen äußeren und inneren Hindernissen zum Trotz — die Konsolidation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Reich anbahnen.

Wohin ein Teil der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse wurde in Resolutionen festgelegt und unterliegt der Veröffentlichung. Die Resolutionen über die Gewerkschaftsbewegung können erst in der Folge veröffentlicht werden. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus dem Text der wichtigsten Resolutionen, die auf der Konferenz zur Annahme gelangten. Zu Punkt 1 (Wiederannahme der sozialdemokratischen Tätigkeit in den Massen):

„Die merkwürdige Verleugung des Interesses der Arbeiter für das gesellschaftliche und politische Leben verlangt machtvoll die Wiedergeburt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Diese Wiedergeburt kann nur erfolgen durch die Heranziehung der breiten Arbeitermassen zu offenen politischen Aktionen, durch die aktive und selbsttätige Beteiligung der Arbeiterklasse an dem gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes.“

Die Konferenz sieht für diesen Zweck folgende Aufgaben vor: Konzentration der Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf die bevorstehenden Wahlen und Vorbereitung derselben; umfassende sozialdemokratische Agitation in Verbindung mit der Tätigkeit der Duma und der Regierung; aktive Einmischung in die Tätigkeit der Duma, Kampf um das Koalitionsrecht usw. Dann heißt es in der Resolution weiter:

„Die gesamte, von der Konferenz vorgezeichnete Arbeit muß unverzüglich begonnen werden. In den Ortschaften, wo tätige sozialdemokratische Parteiorganisationen existieren, die eine politische Waffentätigkeit führen, muß die gesamte Arbeit von diesen Organisationen übernommen werden. Wo sie aber fehlen, müssen unverzüglich sozialdemokratische „Initiative-Gruppen“ gegründet werden, die im Prozeß der Arbeit selbst die Bildung von formvollendeten Parteiorganisationen fördern werden.“

Ueber den Kampf um das Koalitionsrecht, der seit einiger Zeit im Mittelpunkt des Interesses der russischen Arbeiterpresse steht, sah die Konferenz folgende Beschlüsse:

„Die Konferenz empfiehlt, die Vorbereitungen für eine Kampagne zugunsten der Koalitionsfreiheit unverzüglich in Angriff zu nehmen. Als erster Schritt in dieser Kampagne gilt die Ausarbeitung einer Protestpetition und deren Annahme durch die Arbeiter gegen die Verfolgungen der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen, die Verhaftung ihrer Führer, die Streikverfolgungen der Arbeiter usw.“

Die skandinavische interparlamentarische Friedenskonferenz und die Sozialdemokratie.

Der nordische interparlamentarische Verband, ein Zusammenschluß der Friedensgruppen der Parlamente, hielt kürzlich in Kristiania eine Konferenz ab, an der aus jedem der drei Länder 15 Delegierte, darunter zwei Sozialdemokraten, teilnahmen. Unter dem Einfluß unserer Genossen fielen die Beschlüsse entschieden aus, als man bisher für möglich hielt. Zu der wichtigsten Frage, der Abrüstung, waren drei Sozialdemokraten als Referenten bestellt: Egede Rissen (Norwegen), Stanning (Dänemark), Palmstierna (Schweden). Eine Resolution wurde angenommen, nach der die skandinavischen Delegierten auf der im Oktober in Rom stattfindenden allgemeinen interparlamentarischen Friedenskonferenz für die Einschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser eintreten sollen. Weiter soll mit den Gruppen der übrigen Kleinstaaten wegen einer Aufforderung der Kleinstaaten an die Großmächte zur allmählichen Verminderung der Rüstungen verhandelt werden. Diese Resolution wird in deutscher, englischer und französischer Sprache der Konferenz in Rom vorgelegt werden.

Ueber die Konferenz schreibt Genosse Branting, der daran teilgenommen hat: „Das Ergebnis, das einen bedeutenden Fortschritt in positiver Friedensarbeit bedeutet, wurde von den Sozialdemokraten und Linksmännern den Verantwortlichen der Konservativen gegenüber durchgedrückt. Die Stimmung war sehr gut. Die Konferenz wird überall als die beste und ergebnisreichste bezeichnet, die bisher stattgefunden hat.“

Ein tapferer russischer Streiter, Genosse E. Lebit, ist in Heidelberg in der Nacht vom 3. zum 4. Juli an einem Herzleiden gestorben. Genosse Lebit hat lange aktiv in der russischen Revolutionsbewegung gestanden, erst als Sozialrevolutionär, dann als Sozialdemokrat. Er war auch Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“, da er ein hervorragender Kenner des Ostens und Ostasiens war.

Die Leiche des dahingegangenen Kämpfers wird am Donnerstag im Krematorium zu Heidelberg eingeholt werden. Die Ascheurne soll nach Berlin übergeführt und dort beigesetzt werden.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Erfurter Justiz.

Genosse Regold von der in Erfurt erscheinenden „Tribüne“ wurde am 14. März von der Erfurter Strafkammer unter dem Vorbehalt von Dr. Siebert zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Die Klage wegen Vergehens gegen § 153 C. O. war zusammengebrochen, dafür erhielt Genosse B. wegen des Ausdrucks „Mausweiger“ in bezug auf einen Arbeitswilligen genannte Gefängnisstrafe. Aus der Beweisaufnahme ergab sich auch, daß der als Zeuge zugelassene Kläger Heinrich sich nicht beleidigt gefühlt hat durch jene Notiz, sondern sich nur bei der Direktion der Maschinenfabrik „Erfordia“ erkundigte, ob er wirklich nur über den Streik als „Mausweiger“ beschäftigt sei. Auf die Versicherung, er sei dauernd beschäftigt, gab er sich zufrieden. Dann wurde er zum Anwalt geladen und dieser habe ihm dann zugeredet, Straf Antrag zu stellen. Er habe dann das ihm vorgelegte Formular unterschrieben und darauf in der Fabrik weitergearbeitet, bis er krank wurde. Erst sei er drei Wochen zu Hause krank gewesen, dann habe er im Krankenhaus gelegen. Nach seiner Genesung hat er nicht wieder bei der Firma um Arbeit gefragt. Wegen dieser Feststellungen im Bericht über die Verhandlung stand nun Genosse Regold am Dienstag wieder vor der Erfurter Strafkammer, weil er mit diesen Feststellungen den Richtern habe Nachsicht machen wollen. Er habe wider besseres Wissen unwahre Tatsachen über die Richter verbreitet und dafür erhielt er jetzt drei Monate Gefängnis! § 153 wurde dem Angeklagten nicht zugestimmt, da es sich nicht um naheliegende persönliche Angelegenheiten gehandelt habe. Genosse Regold hatte jetzt den Arbeitswilligen Heinrich als Zeugen geladen, der wieder in gleicher Weise aussagte wie im Termin am 14. März! Aber auch die Strafkammer in der jetzigen Besetzung kam zu einer Verurteilung, da der Zeuge Heinrich auch noch weiter aussagte, er habe sich dann wohl gekränkt gefühlt und sei deshalb nicht wieder in das Arbeitsverhältnis zurückgekehrt, weil er der Heerei der Nebenarbeiter aus dem Wege gehen wollte. Es half nichts, daß sich Genosse Regold ausdrücklich nochmals betätigen ließ, daß D. sich ursprünglich nicht beleidigt fühlte und daß er nur wegen seiner Erkennung die Arbeit eingestellt hatte — also im wesentlichen Genossen Regolds Feststellungen und dann auch die Schlussfolgerungen richtig waren —, es erfolgte die Verurteilung Regolds wegen Verleumdung der Richter zu drei Monaten Gefängnis! Das sind also zusammen drei Monate und vier Wochen Gefängnisstrafe, nur weil das Gericht in beiden Fällen einseitig die für den Angeklagten ungünstigen Aussagen in Betracht zog.

Gewerkschaftliches.

Christliche „Siege“.

Der Bericht des christlichen „Zentralblatts“ über den Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 enthält einen Abschnitt über die Lohn- und Streikbewegungen dieser Organisationen. Danach waren die christlichen Gewerkschaften beteiligt an:

	1909	1910	beteiligte Personen	1909	1910
Angriffstreiks	112	182	2086	4756	
Abwehrstreiks	74	55	1772	1454	
Ausperrungen	49	53	2552	16156	

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß es sich bei den Angriffstreiks nur um handwerksmäßige Betriebe handeln kann, was auch im „Zentralblatt“ zugegeben wird; ebenso gingen auch die Abwehrstreiks in kleineren Betrieben vor sich. Anders bei den Ausperrungen, die im Metall- und Baugewerbe auch die christlichen Arbeiter einschloßen. Es waren die Bauarbeiter mit 13 978, die Metallarbeiter mit 1303 Arbeitern an den Ausperrungen beteiligt. In allen christlichen Gewerkschaften waren es 16 156 Arbeiter, so daß also die übrigen Berufe, außer den Bau- und Metallarbeitern, in den christlichen Gewerkschaften kaum für die Ausperrungen in Betracht kamen. Welche Rolle aber die Christen in bezug der Streik- und Ausperrungsbewegung einnehmen in der Gesamtbewegung, darüber gibt uns — wenn auch dürftig — Auskunft die amtliche Statistik über Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1910.

Danach sind im Jahre 1910 2113 Streiks mit 155 680 Streikenden beendet worden und 214 129 Arbeiter wurden im gleichen Jahre ausgesperrt, insgesamt sind also an den Kämpfen beteiligt gewesen 369 809 Personen; die Christen stellen hier von nach ihrer Statistik 22 366 Personen, das ist nicht ganz 7 Prozent.

Wenn wir nun auch zugeben, daß selbst diese im Verhältnis zu der gesamten Kampf- und Streikbewegung geringe Anzahl der kämpfenden christlichen Arbeiter schon der wieder aufgewärmten Prinzipienklärung der christlichen Gewerkschaften von der Gewerkschaftslehre der Unternehmer und der Arbeiter ein tiefes Loch schlägt, so sind doch die Bemerkungen interessanter, die die christlichen Gewerkschaftsorgane an die Streiks und Lohnbewegungen im Gewerbe knüpfen.

Wer die christlichen Organe liest, sollte meinen, alle Kämpfe und Ausperrungen hätten sich nur um die christlichen Gewerkschaften gedreht, alle Erfolge der Bewegung seien ihnen zuzuschreiben, auch da, wo sie pro 100 Kämpfer 7, 6, 5, 4, 3 oder noch weniger Personen ins Feld stellten. Diese Aufbläheri ist sogar der „Kölnischen Zeitung“ aufgefallen, die in Nr. 733 am 1. Juli sich auch mit dem Ausgang der großen Kämpfe, in die die christlichen Organisationen gewiß wider Willen hineingerieten, beschäftigt. Die „Kölnische Zeitung“ erklärt unumwunden, daß die christlichen Gewerkschaften sich Erfolge zuschreiben, die doch auf die freien Gewerkschaften zu buchen sind! Was das Kölner Organ sogar doppelt unterstreicht. Die Christen hätten das leicht zu verstehende Bestreben, auch einmal die Propagandamittel der freien Gewerkschaften heranzuziehen, um die nicht sozialdemokratischen Arbeiter von dem roten Lager fernzuhalten und in das christliche zu führen. So ist es! Die Christen schmücken sich mit fremden Federn. Was sie bisher in den Lohnkämpfen erreichten, ist im Schatten der freien Gewerkschaftsbewegung erkämpft worden. Wo sie aber allein im Vordertreffen standen, da war die Zahl der Streikenden in den einzelnen Betrieben entweder an den zehn Fingern abzuzählen oder sie erfodeten „Siege“, wie in Schreihelm, Rheinfelden, in der Münsterländer Textilbranche usw., Siege, die die Gewerkschaften nicht nur moralisch zugrunde richten können.

Nicht alle Streiks werden gewonnen. Aber das eingestehen, ist Sache der beteiligten Gewerkschaften. Wer aber weiß, wie sie in Schreihelm, im Münsterland und anderswo sich Siege aneigneten, wo es zu blamabelsten Niederlagen kam, der hat alle Ursache, den Statistiken der christlichen Gewerkschaften über ihre Erfolge mit großem Mißtrauen zu begegnen.

Nein, die Christen haben keinen Anteil an der Arbeit zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse Deutschlands; dazu sind ihre Organisationen zu unbedeutend, um Unternehmern imponieren zu können. Ohne die christliche Gewerkschaftsbewegung stände die deutsche Arbeiterklasse besser und noch gerüsteter da, als das jetzt in dem Stand der freien Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Die christlichen Gewerkschaften sind ja auch nur gegründet worden, um Streiks zu bekämpfen, die Gewerkschaftskraft der deutschen Arbeiter zu schwächen! Wenn trotzdem die christlichen Gewerkschaften sich an den Kämpfen beteiligen, dann nur gezwungenermaßen, weil die Geschichte und die Entwicklung sie in die Kämpfe hineinreißt. Ohne die freien Gewerkschaften hingegen keine christlichen Gewerkschaftserfolge. Mehr noch! Ohne freie Gewerkschaften hätten die Drahtzieher der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt nicht daran gedacht, ihre Organisationen ins Leben zu rufen. Das kann nicht genug betont werden. Wo sie es können, zum Beispiel wie in der Bergarbeiterbewegung, machen die Christen Lohnbewegungen zu Schanden. In den anderen Gewerkschaften reicht die Luft hierzu meist nicht aus. Sonst hätten wir im Metall- sowie im Baugewerbe dieselben Verrätereien bei den großen Kämpfen erlebt, die sich die Christen in den letzten Jahren in Duzenden anderen Fällen erlaubt haben. Damit sie ihre Anhängerschaft nicht verloren, kämpften sie die Ausperrungen in den genannten Gewerben mit durch.

Auch wirkt es lächerlich, wenn die christlichen Gewerkschaftsorgane fortgesetzt auf den Unterschied hinweisen, der in der Auffassung über die Tariffrage in den Gewerkschaften besteht. Der Tarifvertrag sei für die christliche Gewerkschaftsbewegung keine Machtfrage, er sei eine notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Auf einmal begeben sich die Christen, wie wir sehen, auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung; die Verhältnisse bestimmen die Menschen, nicht die Menschen die Verhältnisse. Sonst wird das christlicherseits lebhaft bestritten. Aber wer sich, wie wir, dem letzteren Grundsatze auch anschließt, kann um die Tatsache nicht herumkommen, daß die Macht, die die Gewerkschaften in die Waagschale der wirtschaftlichen Kämpfe geworfen haben, die Tarifbewegung marschieren ließ. Der Charakter der Tarife wird lediglich bestimmt durch die Macht, die Arbeiter und Unternehmer aufzuwenden vermögen. Und da der christlichen Gewerkschaften Macht in der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohnmächtig

war, predigen die christlichen Organe und auch das Zentralorgan von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, von „hysterischem Materialismus“, nur um den deutschen Arbeitern plausibel zu machen, daß die freien Gewerkschaften nicht den Anteil an dem Aufstieg der Arbeiterklasse haben, den selbst deren Gegner diesen zuschreiben. Welcher Widerspruch in dem Verhalten der christlichen Gewerkschaftsorgane!

Berlin und Umgegend.

An die Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend!

Seit einiger Zeit versuchen die Organisationszersplitterer, genannt Diebstahler, bei den Firmen, welche ihren Tarif nicht anerkennen, Streiks und Lohnbewegungen in Szene zu setzen. Nun verjucht man auch, unseren Mitgliedern bei derartigen Gelegenheiten einzureden, daß durch die Anerkennung des Tarifs (gemeint allerdings ist die Anerkennung ihres Vereins) eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten wird. Obwohl diejenigen Kollegen, welche die Machinationen der Diebstahler kennen, sich nicht täuschen lassen, so wollen wir hierdurch ausdrücklich unsere Verbandskollegen und alle Bauarbeiter, denen es mit der Wahrung ihrer Interessen ernst ist, darauf aufmerksam machen, daß unsere Mitglieder eine etwaige Aufforderung seitens der Diebstahler, da und dort die Arbeit einzustellen, nicht zu befolgen haben. Alle derartigen Versuche, einen Streik oder eine Lohnbewegung mit Hilfe unserer Mitglieder zu unternehmen, müssen sofort nach unserem Verbandsbureau gemeldet werden.

Wenn auch bei einer ablehnenden Haltung unsererseits die Diebstahler dann von Streik und ähnlichen Dingen reden werden, so können wir derartigen Gerüchten bei dem besten Willen nicht ernst nehmen. Denn solche Leute, wie die Vereinsleitung der Diebstahler, welche im Jahre 1908 den Streikbruch angriffen betrieben haben, können uns und jeden ehrlich denkenden Arbeiter in keiner Weise beleidigen. Wenn man noch ferner berücksichtigt, daß die Diebstahler von den Firmen, welche ihren Tarif anerkennen haben, und wo unsere Verbandskollegen arbeiten, die Entlassung derselben fordern und oftmals auch erzielen, dann kann es jeder vernünftig denkende Mensch verstehen, wenn wir jede Gemeinschaft mit dieser Gesellschaft ablehnen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß der Arbeitsvermittler des Scharbeitsnachweises, welcher auch Mitglied bei den Diebstahlern ist, bei dem versprochenen Baukämpfstreik durch Vermittelung von Arbeitswilligen die Arbeitgeber unterstützt hat.

Aus allen diesen Gründen müssen unsere Kollegen jedes gemeinsame Vorgehen mit den Diebstahlern ablehnen. Die Bauarbeiter ersuchen wir, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Warmarbeiter! Da über den Zuschlag bei auswärtsigen Arbeiten noch kein Einverständnis mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte zustande gekommen ist, derselbe aber ebenfalls im Tarifvertrage Aufnahme finden soll, so gelten ab 1. Juli nur die bisher vertraglich festgelegten Bestimmungen und zwar: Minimalstundenlöhne

- a) für Steinmetzen: In der Werkstelle 80 Pf., außerhalb derselben 85 Pf., bei reinen Verkehrtönen 90 Pf.
- b) für Schleifer, Fräser, Dreher: In der Werkstelle 65 Pf., ab 1. 1. 1912 68 Pf., außerhalb derselben 70 Pf., ab 1. 1. 1912 73 Pf. m. g.
- c) für Anfänger im Beruf: In der Werkstelle im ersten Halbjahr 50 Pf., im zweiten Halbjahr 55 Pf., im dritten Halbjahr 60 Pf., im vierten Halbjahr 65 Pf., nach zwei Jahren werden die vollen Lohnsätze gezahlt; außerhalb der Werkstelle in allen Punkten 5 Pf. mehr.

Ueberstunden werden mit 25 Proz., Nachtstunden (von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) mit 50 Proz. und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt.

Bestehende Löhne dürfen nicht herabgesetzt werden.

Die Kollegen werden ersucht, auf strengste Einhaltung dieser Bestimmungen zu achten und alle Fälle, in denen gegen dieselben verstoßen wird, unverzüglich im Verbandsbureau Engelauer 15 I, Zimmer 7a (Telephon Amt IV 11871) zu melden.

Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Zur Lohnbewegung der Bretterträger ist zu berichten, daß die Differenzen bei der Firma Welle u. Eise erledigt sind. Die Sperren über die Firmen Behr u. Erdmenger, Treptow, sowie Schiffer u. Sohn und Schönfeld, Charlottenburg, bestehen noch wie vor und darf auf diesen Plätzen kein organisierter Bretterträger Arbeit annehmen. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Erfolgreiche Lohnbewegungen im Sattler- und Portefeuliergeverbe.

Nachdem die Tarifabschlüsse in der Portefeulerei, Reiseartikel-, Album-, Koppen- und Galanteriewaren-Industrie in Berlin, Freiburg i. S., Offenbach a. M. und Stuttgart für rund 8000 Personen perfekt geworden sind, haben auch in Erlangen die Portefeulerei in Gemeinschaft mit den Buchbinderverbände organisierten Berufsgenossen auf dem Verhandlungswege und ohne Streik einen fünfjährigen Vertrag abgeschlossen.

In der Automobilreparatur der Firma F. Klauenberg, Braunschweig, ist es nach kurzen Streik zum Abschluß eines für zwei Jahre geltenden Tarifvertrages gekommen, wonach die 80stündige Arbeitswoche auf 53 1/2 Stunden verkürzt worden ist. Der Mindestlohn für Sattler beträgt 21.— M. die Woche, der für Hilfsarbeiter 15 Pf. die Stunde. Sonntagsarbeit wird mit 50 Proz. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bewertet. Die Lohn-erhöhung beträgt mindestens 10 Proz. für jeden Arbeiter.

In der Bekleidungsindustrie der Firma Voigt in Potsdam ist die Lohnbewegung günstig verlaufen. Ohne ArbeitsEinstellung wurden Lohn-erhöhungen von 5—25 Proz. erzielt.

Durch den Tarifabschluß der Lugschwaben- und Karrosseriefabrik Ludwig Rathe u. Sohn in Halle a. S. mit den in Betracht kommenden freien Gewerkschaften wurde der Mindestlohn für ungelernete Sattler auf 43 Pf., für im Automobil- und Wagenbau eingelernte Gehilfen auf 45 Pf., für selbständige Gehilfen auf 52 Pf. pro Stunde festgesetzt. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Sonntagsarbeit mit 25 Pf. pro Stunde Zuschlag vergütet. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt bis zum 30. Juni 1913 56, von da ab 55 Stunden. Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften sind bei Neueinstellungen zu benutzen. Der 1. Mai ist den Arbeitern als Feiertag freizugeben. Bei Differenzen, die den Betrieb betreffen, hat die Firma mit dem Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung eines Gewerkschaftsbeamten zu verhandeln. Ist eine Einigung nicht zu erzielen, so ist unter Ausschluß von Kampfmaßnahmen das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. Der Vertrag gilt bis zum 30. Juni 1914.

Ausland.

Der Streik der Seelente und Hafenarbeiter

London, 4. Juli 1911. (Fig. Ber.) Der Streik der Seelente und Hafenarbeiter nähert sich seinem Ende. Die Streikenden siegen auf der ganzen Linie zum großen Verdruß des Reederverbandes, der jeden Einfluß auf seine Mitglieder verloren zu haben scheint. Als der Sekretär des Reederverbandes, Herr Cuthbert Lawes, gestern erfuhr, daß die Verbandsmitglieder in Hull bereit seien, ihren Arbeitern große Zugeständnisse zu machen, reiste er sogleich nach Hull, um den Mitgliedern die Wertlosigkeit ihrer Handlungsweise vor Augen zu halten. Die Reederei hatte bereiteten ihm aber einen recht süßen Empfang und teilten ihm mit, daß sie den Streik satt hätten und übrigens ihre Geschäfte ohne seine Einmischung besorgen könnten. Die Shipping Federation ist wenigstens für den Augenblick gänzlich demoralisiert.

Die Hauptergebnisse der Konferenz, die gestern zwischen den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter in Hull stattfand, sind folgende: Die Gewerkschaften der Arbeiter werden anerkannt; die Shipping Federation geht in die Brüche, denn die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises der Reederei wird abgeschafft; bei der ärztlichen Untersuchung der Mannschaften kann ein von den Arbeitern beauftragter Arzt zugegen sein; die Löhne der Seelente wie auch die der Dockarbeiter werden erhöht, und zwar sollen Seelente in allen Handelszweigen 90 Schilling (90 M.) und Heizer 85 Schilling (85 M.), Dockarbeiter eine Zulage von einem Halbpenny (4 Pf.) die Stunde erhalten; für verschiedene Arbeiterkategorien wird der halbe Feiertag (Samstag) eingeführt; Streitigkeiten, die von den beiden Parteien auf dem Einigungswege nicht beigelegt werden können, sollen vom Handelsministerium entschieden werden. Großer Jubel herrscht unter den Arbeitern Hulls über den glücklichen Ausgang des Kampfes, zu dem die Sozialisten der Stadt nicht wenig beigetragen haben; die Mitgliedschaft der F. L. P. in Hull organisierte während des Streiks von ihrem Lokal aus die Unterstützung der großen Masse der Unorganisierten. Vollständig ist aber auch in Hull der Friede noch nicht wieder hergestellt worden. Noch streiken die in den Kornmühlen und einigen anderen Betrieben der Stadt beschäftigten Personen, die letzte Woche entlassen wurden, weil das Rohmaterial ausblieb. Diese Arbeiter habe eine Lohnforderung gestellt.

In Liverpool ist die Arbeit zu den von den Führern des Streiks letzten Mittwoch erzielten Bedingungen fast allgemein wieder aufgenommen worden, nachdem es den Führern gelungen war, den streikenden Dockarbeitern die großen Vorteile des abgeschlossenen Vertrags klar zu machen. Infolge des Streiks ist die Mitgliedschaft der Section North-end der Dockarbeiter von 700 auf 5000 gestiegen. In Glasgow dauert der Streik mit unveränderter Schärfe fort. In Manchester haben sich die 4000 Mitglieder der Gewerkschaft der Fuhrleute der Bewegung angeschlossen und verhindern die Beförderung der von Streikbrechern nach der Stadt gebrachten Güter. In London hat die Hafenverwaltung den mit der Arbeitseinstellung drohenden Dockarbeitern großes Entgegenkommen bewiesen. Zwischen den Vertretern der Arbeiter und den hervorragendsten Reedern soll sofort eine Konferenz stattfinden. Die Frage der Anerkennung der Gewerkschaft spielt hier keine Rolle, da die Gewerkschaften schon seit langem im Namen ihrer Mitglieder verhandeln und Verträge schließen.

Die bürgerliche Presse spricht von einer Beendigung des Streiks. Wenn diese Angabe auch nicht ganz der Wahrheit entspricht, so ist sie dennoch infolern richtig, als der Sieg der Arbeiter in Hull dem Streik — oder besser gesagt dem Reederverband — das Rückgrat gebrochen hat. Das kleinlaut Benehmen dieser Scharfmacherorganisation, die noch vor einer Woche mit ihrer unüberwindlichen Macht prahlte, nimmt sich heute sehr komisch aus. Die Stimmung unter den Arbeitern kommt am besten in der Rede zum Ausdruck, in der der Streikführer Bell gestern in Hull den Sieg der Bewegung verkündete. Er sagte: „Leute, wir haben siegt. Die Karten des Arbeitsnachweises des Reederverbandes sind abgeschafft. Morgen wird jeder ehrliche Mann seine Karte verbrennen. Im Jahre 1893 wurden wir geschlagen und mußten mit dem Schwanz zwischen den Beinen zurückmarschieren. Morgen marschieren wir mit fliegenden Fahnen zur Arbeit zurück, denn wir haben unsere Freiheit gewonnen.“

Letzte Nachrichten.

Bewußtlos aufgefunden wurde heute nachmittag im Brunenwald der 38 Jahre alte Väter Georg Andreas aus der Demminer Straße 82. Er wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo der Arzt Morphinvergiftung feststellte. Andreas hatte zu seinen Verwandten nach Dresden geschrieben, daß er sich das Leben nehmen wolle. Sie telegraphierten sofort an die hiesige Behörde. Gleichzeitig wurde vom Polizeirevier Brunenwald gemeldet, daß der Väter Georg Andreas 100 M. mit dem Vermerk geschickt hätte, ihn beerdigen zu lassen, da er sich das Leben nehmen wolle. Motiv der Tat noch nicht bekannt.

Der Frauenmord am Humboldthafen.

Um 2 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt: Die Angeklagten Wächter Gustav Wegener und die Gelegenheitsarbeiter Meißner und Otto Wolff wurden von der Anklage, Mordtath mit Todeserfolg bezw. Beihilfe verübt zu haben, freigesprochen.

Die Kolonialtreiber in Italien.

Rom, 5. Juli. (P. C.) Die italienischen Zeitungen, die in keiner Beziehung zum Ministerium stehen und daher von der politischen Ansicht der offiziellen Kreise unabhängig sind, tadeln die Untätigkeit Italiens in der marokkanischen Frage. Sie wenden sich dagegen, daß die Regierung das Land ausschließlich mit der Vorlage über eine staatliche Lebensversicherung beschäftigt, während jetzt offenbar die Aufteilung Marokkos vor sich geht. „Giornale d'Italia“ erinnert daran, daß auch Italien zu den Signarmächten von Algerien gehöre und ebenfalls ein Interesse an Marokko habe. Das Blatt fragt, ob Italien in seiner Untätigkeit beharren wolle, während sich die anderen Länder an der Kolonialtafel behaglich niederlassen hätten. Der Artikel schließt mit einem deutlichen Hinweis auf Tripolis. Auch die übrigen Blätter halten diesen Augenblick für geeignet, um die tripolitanische Frage ihrer Lösung näher zu bringen.

Brückennbau eingeführt.

Rein-Lausenburg bei Waldshut (Oberrhein), 5. Juli. (P. C.) Gestern abend ist unter dem Namen Krochen ein Holzbogen der im Bau begriffenen Neuen Rheinbrücke eingeführt. Hier auf der Brücke beschäftigte Arbeiter wurden mit in den Fing gerissen. Drei konnten gerettet werden, einer ertrauf. Die vom Wasser fortgerissenen Holzmassen betragen insgesamt 200 Kubikmeter. Die Ursache des Unglücks ist darauf zurückzuführen, daß entgegen den Anordnungen der Bauverwaltungen zu früh die Verankerung des Brückens gelöst worden war.

Die Stahlindustriellen und die Arbeiter.

Brüssel, 5. Juni. (W. L. B.) Der internationale Kongreß der Interessenten der Stahl- und Eisenindustrie beschloß die Einsetzung einer Kommission, die untersuchen soll, inwieweit die Stahlindustriellen der interessierten Länder eine Verhandlung untereinander anbahnen können. Die Verhandlung soll sich nicht ausdehnen auf die Preise und die Abgrenzung der Absatzgebiete, sondern unter anderem auf die Löhne der Arbeiter und die Transportfragen.

Explosionskatastrophe in Casablanca.

Tanger, 5. Juli. (P. C.) Aus Casablanca wird hierher gemeldet, daß eine in der dortigen französischen Apotheke aus unbekanntem Ursprung entstandene Explosion fast das ganze Gebäude zerstört habe. Ein Brand, der unmittelbar hierauf entstanden sei, hätte die noch übrig gebliebene Einrichtung der Apotheke gänzlich vernichtet. Bei dem Unglück seien drei Personen getötet und acht schwer verletzt worden. Da man an ein Verbrechen glaubt, hätte man eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Die Protestbewegung.

In ganz Preußen haben die Versammlungen, die zum Protest gegen die elende Wahlrechtskomödie im Landtag einberufen worden sind, massenhaften Besuch aufzuweisen.

Aber nicht nur einer Massendemonstration des proletarischen Wahlrechtswillens dienen jetzt unsere Kundgebungen. Wie am Dienstag in den Berliner Versammlungen, so kommen alle Redner auch im Lande auf das neue weltpolitische Abenteuer zu sprechen, das die Regierung mit der Entsendung des Kriegsschiffes in den marokkanischen Hafen begonnen hat.

Ablerhof. Im überfüllten Saale von Wöllfens Lustgarten waren 600 Personen versammelt, unter denen sich viele unorganisierte Männer und Frauen befanden.

Alt-Bliesdorf. In der von etwa 250 Personen besuchten Versammlung rechnete die Genossin Langwig mit den Wahlrechtsfeinden unter brauendem Beifall der Anwesenden ab.

Brig. Ueber die Wahlrechtskomödie im Landtag referierte hier vor etwa 400 Personen Genosse Eysche. Unter lebhaftem Beifall forderte er die Anwesenden zum Anschluß an die gewerkschaftliche und besonders an die politische Organisation, sowie zum Besen der Arbeiterpresse, des „Vorwärts“, auf.

Charlottenburg. Die Versammlung im Volkshaus war schon lange vor Beginn polizeilich gesperrt, so daß im kleinen Saale eine zweite Versammlung anberaumt werden mußte.

Köpenick. Der große Saal des Stadttheaters war überfüllt. Das Referat der Genossin Wulf wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Nieders. Die Versammlung in Hoppes Festhallen war schon um 7 1/2 Uhr abgeperrt. Referent war Julius Kaliski. Die Versammlung verlief ruhig. Tausende von Menschen, die keinen Einlaß fanden, bewegten sich während des Vortrags auf der Straße.

Kleines feuilleton.

Agadir. Agadir heißt die Marokkaner das kleine Hafensiedelchen an der atlantischen Küste, das nun mit einem Schlage in unseren Gesichtskreis getreten ist. Kaum hatte man früher etwas von dem Orte gehört, aber dessen Namen, aber verfallenen Lehm-mauern die glühende Sonne Afrikas brennt und in dessen Gassen und Straßen maurischen Häusern kaum 700 arbeitslose Verber wohnen, die sich teils vom Handel, hauptsächlich aber vom Fischfang nähren.

Seine höchste Blüte erreichte Agadir unter dem Sultan Mulah Ismail, der von 1672 bis 1727 regierte. Dem Sultan Mulay Sidi Mohammed, der von 1767 bis 1789 auf dem Throne der Scherife saß, war aber die Handelsstadt Agadir zu reich und mächtig geworden, und als sie sich gar offen gegen ihn empörte, was bekanntlich in Marokko bis auf den heutigen Tag bei jeder Gelegenheit geschieht, da beschloß der Sultan, die Stadt vollkommen zu vernichten.

Agadir ist von Natur ein reiches, subtropisches Land, das in regenreichen Jahren sehr viel Getreide hervorbringt. Bleibt das beschriebene Maß aber aus, so gerät die Bevölkerung in Not, da die Einfuhr von Getreide von den Raids in schamloser Weise zur eigenen Bereicherung ausgenutzt wird.

Schöneberg. In den „Neuen Rathausgärten“ sprach Genosse Ed. Bernstein. Die Versammlung mußte während seiner Rede unterbrochen werden, da der 800 Personen fassende Saal überfüllt war und eine ebenso große Menge draußen harzte, die gleichfalls das Referat hören wollte.

Steglitz. Die Versammlung im Birtenwäldchen war von 500 Personen besucht. Das Referat des Genossen Hänisch wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Wilmersdorf-Halensee. Vor einer überfüllten Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Wolkenbühr im Kurfürstentpark zu Halensee. Brausender Beifall lohnte den Redner.

Lichtenberg. Einen recht stimmungsvollen Eindruck machte die Versammlung im „Schwarzen Adler“, da diese durch Gesang eingeleitet wurde. Lange vor Eröffnung der Versammlung wurden Stühle und Tische entfernt, um die immer stärker nachströmende Menge zu fassen.

Ober-Schöneweide. Die Versammlung im Restaurant „Wihelminenhof“ war von 1300 Personen besucht. Referent war Genosse Fendel. Der Gesangverein „Ober-Schöneweider Liedertafel“ eröffnete und schloß die Versammlung mit einem stimmungsvollen Liede.

Pankow. Im Restaurant „Zum Kurfürsten“ herrschte große Begeisterung. Die Besucherzahl betrug 1000 Personen. Referent war Genosse Thuro.

In Reinickendorf, wo im Schützenhaus, Residenzstraße, Genosse Emil Unger referierte, mußten schon frühzeitig die Tische entfernt werden. Doch auch das genügte nicht für die andrängenden Massen, und so verlegte man die Versammlung in den Garten — die erste Versammlung unter freiem Himmel in Reinickendorf —, wo die 1400 Personen, darunter viele Frauen, sich niederließen.

Regel. Die Versammlung in Trapps Festhallen war überfüllt. Schubert-Spandau referierte. Es herrschte große Begeisterung. Der Gesangverein „Immergrün“ eröffnete die Versammlung. Man schätzt die Zahl der Anwesenden mit 1200 Personen nicht zu hoch.

Spandau. Die Wahlrechtsdemonstrationsversammlung, die in der Fiedlerdorfer Brauerei abgehalten wurde, war von weit über 2000 Personen besucht. Die Ausführungen des Genossen Dr. Karl Liebknecht fanden begeisterten Beifall.

Spandau, den 4. Juli 1911. Herrn Emil Köppen Spandau. Ihrer Einladung werde ich nicht Folge leisten. Infolge ärztlicher Anordnung darf ich zwar zurzeit wegen meines Halblebens

Sozialer aus Hesperan. Unser Feuilleton in Nr. 138 (Ein Versuch in Hesperan) hat in Dresden Widerspruch erregt. In einer längeren Zuschrift, die wir im Feuilleton wiedergeben können — verglichen gehört ins Soziale —, werden die Rekruten der Gartenstadt geschildert. Es wird darin betont, daß die Deutschen Werkstätten aus sehr realen Gründen die Gartenstadt abgezwängt haben, daß die Klaffen in Hesperan lässlich gesondert wohnen, daß zur Wohnungsmiete noch der Zins für die Gas- und Wasseruhr, für die elektrische Anlage und Wasserfeld für den Verbrauch über 40 Kubikmeter kommt.

Demgegenüber weist der Verfasser unseres Feuilletons darauf hin, daß die Gartenstadt den Boden zum Bauwert erhielt, daß die Werkstätten damit ausfichtreiche Bodenpekulation hätten betreiben können. Auch sind nach unserem Gewährsmann die Wohnhöfe die höchsten, die in Dresden in der Holzbranche bezahlt werden. Die hygienischen Einrichtungen der Fabrik sind von der „Holzarbeiter-Zeitung“ anerkannt worden. Alle Arbeiter des Betriebes sind organisiert.

Zusammenfassend möchten wir dazu bemerken, daß die Deutschen Werkstätten selbstverständlich eine kapitalistische Unternehmung sind. Aber die selbständige Gartenstadt Hesperan kann ja trotzdem eine interessante und sozial wertvolle Gründung sein.

Theater. Kleines Theater (Direktion Bauer): Korachen; Schwank von Hermann Kätsch. Auch unter Anrechnung der sommerlichen milderen Umstände läßt sich für diesen Schwank, der nach dem Titel ja wohl so etwas wie eine Ibsenperle sein sollte, kein Wörtchen der Entschuldigung sagen.

Korachen, für die alle drei Männer im Stücke, ein bedauerndwürdiger Gatte, ein Don Juan von Neidamwelt und ein alter Erbknecht um die Wette schwärmen, ist eine unaussprechlich dumme Gans, eine von allem graziösen Sprudelgeiste sorglich geläuberte, auf ein paar arbeitslose Anzughelken reduzierte Chryseide. Bei der Heimkehr vom Balle, als der Gemahl zu ihrer wie zur Dual des Publikums unendlich lange vergebens knipst, um Licht zu machen und ihre Ungebild durch eine Fülle von erstens — zweitens — drittens — Argumenten zu beschwichtigen strebt, erkennt sie, daß die Ehe mit einem solchen Menschen ihrer unwert ist.

Schon die Duvertüre wurde brutal zerschlagen, indem plötzlich durch das Publikum — auf dem japanischen Plumentweg — nachbeimige Längerinnen dahertrotzten. So wurde Offenbach ebenso erfolgreich und gründlich beseitigt wie Sophokles. Herr Reinhardt behauptete das Feld; mit den erprobten Künsteln, die jetzt deutlich zeigen, wozu sie sich verstoßen haben: nach dem Berliner Metropol-Theater. Das Ausstattungstück, die „Revue“ — das ist das Endziel. Nur daß Herr Reinhardt das Zeit nicht liebt und die hager-schlanken Seine seiner zierlichen Tanzmädel vom Arkot befreit.

Das Reinhardt die Statisten naturalistisch zu bewegen versteht, weiß man. Das gelang ihm auch in der „Schönen Helena“. Auch schöne Bühnenbilder gab es — die Ernst Stern mit leiser parodistischer Verzerrung und doch sinnlich heißer Stimmung illustriert hat — und lustige, lustige Textpartikeln um nackte, gelenkliche Menschenslieder. Fehlte nur das, worauf es ankam: Offenbach, der Musiker.

Der gerade diese Metropol- und Jirkudrichtung Reinhardts bringt den Erfolg. Die ernsthafteste Kritik sollte doch endlich, so laut und rauch wie möglich, die Wahrheit verteidigen, daß die Bühne dem dichtenden, musizierenden und darstellenden Künstler gehört, und nicht den Regisseuren, Dekorateurs und Garderobegenies.

Notizen. Theaterchronik. Die von Reinhardt inszenierte „Schöne Helena“ wird in der Wilmersdorer Ausstattung von Direktor Amberg auf Reisen geführt werden und voraussichtlich auch in Berlin (bei Kroh) vorgezeigt werden.

Bühnenchronik. Die Komische Oper erhält vom 1. September ab einen weiblichen Direktor; die Sängerin Köpcke, die im Nebenberuf eine reiche Frau sein soll, hat sie gepachtet.

nicht in öffentlichen Versammlungen sprechen. Ich würde aber auch abgesehen hiervon in Ihrem Schreiben vom 1. d. M. keinen Anlaß finden, von meiner Gespögenheit, Einladungen der fraglichen Art nicht nachzukommen, abzugeben. Derartige Auseinandersetzungen, wie Sie sie herbeizuführen beabsichtigen, haben praktisch gar keinen Erfolg und bedeuten für mich eine Zeitverwässerung, die ich nicht gestatten kann.

Geschäftsbuch ergebenst Der Rechtsanwalt Lüdike. Der Brief wurde mit großen Mißfallenskundgebungen aufgenommen.

Auch die Patienten in der Heimsstätte Güttergoh haben sich mit der neuesten Preußenschmach beschäftigt und folgende Resolution angenommen: Die Patienten in der Heimsstätte Güttergoh erklären ihre volle Solidarität mit allen denen, die für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen für alle 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts kämpfen.

Die Protestbewegung im Lande. In der Provinz hat die Protestbewegung bereits am Sonntag eingesetzt. In zahlreichen Orten der Provinz Brandenburg, in Rassel usw. fanden Versammlungen statt, die sehr stark besucht waren und in denen die vorgeschlagene Resolution begeistert angenommen fand.

3. Konferenz der Arbeitersekretäre. Zweiter Verhandlungstag. Dresden, 4. Juli. Ueber Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre berichtet Robert Schmidt-Berlin: Das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung macht einen neuen Kurs für die Arbeitersekretäre nötig.

Osterrath-Waldenburg wünscht Ausdehnung der Zeit der Kurse von vier auf sechs Wochen. — Große-Hamburg: Gewiß ist es notwendig, die Kollegen mit dem praktischen Recht zu betrauen. Aber trotz der praktischen Tätigkeit wollen wir juristisch mehr wissen. (Sehr richtig!) Was uns so anstrengt, ist der Mangel an Kenntnis der Entwicklung der verschiedenen Rechtssysteme.

Reinhardt kontra Offenbach. Rein schreibt uns aus München: Wer kommt nun dran? Im Vorjahr hat Max Reinhardt Sophokles für die Maschinenhalle und den Pirkus erlöst, jetzt hat er Offenbach (im Künstlertheater) neu entdeckt, der mit dem älteren unmisslichen Kollegen aus Griechenland seit dem Beginn dieses Jahres den Vorzug teilt, keine Lantienen zu beanspruchen.

Herr Reinhardt ging genau den entgegengesetzten Weg. Er rottete die Musik aus. Es ward eine Pötte mit Gesang, Dummf und stumpf klang aus dem Loch in der Tiefe mitunter das Orchester. Keiner der Darsteller (mit einer Ausnahme) war fangehendig. Ich behnte mich daher die vielen alten und einige neuen Späße des Textes. Die Ausrottung der Musik war vorzüglich und zielbewußt.

Das Reinhardt die Statisten naturalistisch zu bewegen versteht, weiß man. Das gelang ihm auch in der „Schönen Helena“. Auch schöne Bühnenbilder gab es — die Ernst Stern mit leiser parodistischer Verzerrung und doch sinnlich heißer Stimmung illustriert hat — und lustige, lustige Textpartikeln um nackte, gelenkliche Menschenslieder. Fehlte nur das, worauf es ankam: Offenbach, der Musiker.

Der gerade diese Metropol- und Jirkudrichtung Reinhardts bringt den Erfolg. Die ernsthafteste Kritik sollte doch endlich, so laut und rauch wie möglich, die Wahrheit verteidigen, daß die Bühne dem dichtenden, musizierenden und darstellenden Künstler gehört, und nicht den Regisseuren, Dekorateurs und Garderobegenies.

Notizen. Theaterchronik. Die von Reinhardt inszenierte „Schöne Helena“ wird in der Wilmersdorer Ausstattung von Direktor Amberg auf Reisen geführt werden und voraussichtlich auch in Berlin (bei Kroh) vorgezeigt werden.

Bühnenchronik. Die Komische Oper erhält vom 1. September ab einen weiblichen Direktor; die Sängerin Köpcke, die im Nebenberuf eine reiche Frau sein soll, hat sie gepachtet.

an eine Verlängerung der Kurze nicht denken können. Zwei Kurze im Jahre können wegen der realen Verhältnisse nicht abgehalten werden. Am liebsten wäre es mir, daß jeder, der Sekretär werden soll, praktisch und theoretisch dafür ausgebildet würde. Es wird heute schon theoretisch-historischer Rechtsunterricht erteilt. Er kann aber vielleicht noch ausgedehnt werden.

Ueber

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes
Referent Zentralarbeitssekretär G. Müller, Berlin. Er verweist nachdrücklich auf den deutlich zutage tretenden Umschwung in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes. Das von einer zunehmenden Rentenlücke nicht gesprochen werden kann, ergibt sich daraus, daß die Zahl der Kurze von Verletzten nicht gestiegen ist, dagegen aber auf Seite der Berufsgenossenschaften. (Hört, hört!) Die Kurze der Berufsgenossenschaften stiegen von 1913 Prog. in 1880 auf 35 Prog. in 1910, dagegen sank die Zahl der Kurze der Verletzten von 42 Prog. in 1880 auf 27 Prog. in 1910. (Hört, hört!) Das Moment der „Gewöhnung“ an Unfallfolgen, das in dem bekannten Buch der Nordwestlichen Stahlberufsgenossenschaft behandelt ist, spielt eine immer größere Rolle auch beim Reichsversicherungsamt. Wie sich die Rechtsprechung entwickelt hat, beweist der Umstand, daß die erfolgreichsten Kurze der Verletzten von 23 Prog. in 1890 auf 17,3 Prog. in 1910 heruntergegangen sind, dagegen sind die erfolgreichen Kurze der Berufsgenossenschaften in diesem Zeitraum von 35 Prog. auf 55 Prog. der rekurrierenden Sachen gestiegen. (Encuutes hört, hört!) Insbesondere ist die Herabsetzung der Renten bei Verlust eines Auges von 83 Prog. auf 25 Prog. zu beachten. Während sich das Reichsgericht mehrfach als weisheitsvoller erwiesen hat als das Reichsversicherungsamt, ist doch anzuerkennen, daß das Reichsversicherungsamt den Begriff der Unfallverletzung dahin erweitert hat, auch „Anfälle des täglichen Lebens“, wenn sie sich bei der Arbeit ereignet haben, als Anfälle zu betrachten. Wir müssen der systematischen Arbeit der Berufsgenossenschaften durch Aufklärung entgegenzutreten; wenn Kritik geübt wird, muß sie maßvoll gehalten sein. (Beifall.)

Es folgte eine lebhaft diskutierte, die sich im Sinne des Referats bewegte und interessanten Material zur Erkenntnis der Entwicklung der sozialen Rechtsprechung beibrachte.
In seinem Schlusswort machte Müller unter anderem darauf aufmerksam, daß von Kritik wegen Verjährung nicht geltend gemacht werden kann. Wenn zur Frage der „Gewöhnung“ das Scherzwort: „man kann sich an alles gewöhnen, sogar an die Rechtsprechung“, zitiert worden ist, so kann ich Ihnen sagen, daß wir sehr oft in gedrängter Stimmung aus dem Reichsversicherungsamt nach Hause gehen, wenn Kurze, die wir aus Ueberzeugung für berechtigt halten, abgewiesen werden.

Es folgt das Referat über

Die Haftpflicht der Sekretäre.

Referent Heide-Stuttgart: Er verweist auf die überaus starke Inanspruchnahme der Arbeitsekretäre. Nach § 676 des B. G. B. kann unter Umständen wohl in der Tätigkeit der Arbeitsekretäre vertragsschuldige Nebenleistung angenommen werden. Daraus könnte bei Vorbehalt oder Fahrlässigkeit eine Haftpflicht entstehen. Der bloße Anschlag, daß eine Haftung abgelehnt wird, dürfte kaum rechtmäßig sein. Das wäre nur schriftlicher Vertrag. Durch Ausschluß der Haftung würde aber das Vertrauen zu und erschüttert werden. Selbst bei Ausschluß der Haftung bleibt aber noch die Haftung für unerlaubte Handlungen. Nach § 831 des B. G. B. könnte immer auch der Träger des Sekretariats zum Schadenersatz herangezogen werden. Bisher ist noch nicht mehr geschehen, als daß die Sekretäre hier und da durch Verträge geschützt sind, aber nicht die Träger. Ich bejahe die Haftpflicht auf Grund der Gesetze und bin für rechtzeitige Vorsorge.

Der Einwand, daß nur an Verbandsmitgliedern Auskunft erteilt wird, trifft nur bei 33 von 112 Sekretariaten zu, außerdem wäre es auch gar nicht wirksam, denn dem Verbandsmitglied gegenüber bestünde die Haftung ebenso wie gegen andere. Konfessionelle und gemeinnützige Sekretariate haben Haftung ausgeschlossen, sind aber trotzdem zum Teil einer schweizerischen Haftpflichtversicherung beigetreten. Sie werden keinen Rechtsanwalt ohne Haftpflichtversicherung finden, wiegen Sie sich nicht in Sicherheit! (Beifall.)
In der Diskussion wird Ueberweisung dieser Frage an das Zentralarbeitssekretariat empfohlen, damit nach einer Umfrage nach Beratung mit den der Arbeiterbewegung auf Seite stehenden Juristen Postivtes geschaffen wird. Der Auffassung des Referenten tritt Heide-Frankfurt entgegen: Wir haben aber die moralische Haftpflicht, und ich bin unbedingt dagegen, die Haftpflicht irgendwie auszuschließen. — Decker-Stein: Selbstverständlich haben wir die moralische Haftung und wollen sie gar nicht abwählen. Aber für eventuellen Schaden soll Ersatz geleistet werden.

Es wird beschlossen, die Frage durch eine Umfrage der General-Kommission zu klären und ihre eventuelle Lösung der General-Kommission zu überlassen, die nach Vauers Meinung gegebenenfalls eine Gesamtversicherung der Sekretariate abschließen könnte.

Das letzte Referat ist das über

Das Rechtsmittelverfahren nach der Reichsversicherungsordnung.

Referent Robert Schmidt: Das Versicherungsamt tritt jetzt auch für die Kranken- und Unfallversicherung ein. Die Arbeitervertreter für alle Instanzen werden nach Verhältniswohl gewählt. Auch die nicht als Zuschußlose fungierende Hilfskasse kann, wenn sie sich dazu meldet, an der Wahl teilnehmen. In einigen Bezirken wird diesen Klassen großer Einfluß zufließen. Bei den Landrathskassen wird der Landrat der eigentliche Wähler sein. Die Arbeitervertreter jeder Instanz wählen die für die nächst höhere, für Streitigkeiten über die Leistungen aus der Krankenversicherung wird das Versicherungsamt erste Instanz sein. Bei Streit über die rechnerische Höhe, über Gewährung der Krankenhilfe und bei Ansprüchen, deren Wert weniger als 50 M. ist, entscheidet der Vorsitzende selbst. Die Berufung geht an das Oberversicherungsamt. — Revision an das Landes- bzw. Reichsversicherungsamt ist in einzelnen Fällen zulässig. Die Oberversicherungsämter müssen, wo es letzte Instanz sind, im Urteil aussprechen, daß kein weiteres Rechtsmittel stattfindet.

Das Verfahren in Unfallsachen wird viel verwickelter. Bei Unfalluntersuchungen kann die Polizei Arbeitsekretäre zurückerufen, dagegen können die Berufsgenossenschaften durch einen nicht geschäftsmäßigen Vertreter daran teilnehmen. Schadenersatz gegen Ablehnung einer Unfallabrechnung kann beim Versicherungsamt erhoben werden, das die Polizei darum — „erzucken“ kann. (Hört, hört!) Die Rentenfestsetzung bleibt zunächst den Berufsgenossenschaften. Es gibt „vorläufige“ und „Dauerrente“, die aber jederzeit herabgesetzt werden können. Die letztere allein kann bis zum Reichsversicherungsamt angefochten werden. Für das Vor- und Endbeurteilungsverfahren kommt das komplizierte Einspruchsverfahren.

Hier hat der Verletzte die Wahl, vor dem Versicherungsamt oder vor der Berufsgenossenschaft Beschwerde zu führen. Er kann aber das Einspruchsverfahren sein lassen und gegen den rechtskräftig gewordenen Bescheid Berufung an das Oberversicherungsamt erheben. In der Berufungsinstanz kann die Anhörung eines anderen Arztes durchgeführt werden, dem die Akteninsicht gewährt werden muß. Ärzte, die von den Berufsgenossenschaften regelmäßig als Gutachter herangezogen werden, dürfen nach dem Gesetz nicht Sachverständige sein. Nach dem Gesetz ist es immerhin möglich, daß hier ein Unstimm abgestellt wird. In den Fragen der Rentenherabsetzung hört das Rekurverfahren auf, da wird das Oberversicherungsamt die letzte Instanz sein. (Bewegung.) Es gibt auch keine Revision mehr! Da können grundlegende Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes außer acht gelassen werden!

Daraus dürfte eine außerordentliche Ungleichheit der Rentenfestsetzung entstehen. Bei den Sonderoberscheidungsgerichten im Vergleich ist dann der Einfluß der Bescheide noch viel mehr zu fürchten. In Anwaltsachen ist im wesentlichen der heutige Zustand beizubehalten. Ins Gesetz aufgenommen ist die Anforderung einer genügenden Begründung der Revision. Bei Verweigerung der Orts-

lichen Zuständigkeit eines Amtes ist die Frist nicht veräußert. Zulässige Revisionen und Kurze der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen, die nicht über den Bundesstaat hinausgehen, gehören vor das Landes-, alle anderen vor das Reichsversicherungsamt. — Verbotswidriges Handeln scheidet nicht den Unfallentscheidungsanspruch aus, wenn sich der Arbeiter dadurch nicht außerhalb des Betriebes gestellt hat. Die Verjährung in Unfallsachen ist im Falle gleichmäßiger Entwicklung des Leidens hinausgeschoben bzw. unterbrochen.

Gegen die Verweigerung der Zulassung von Parteienvertretern, die aus politischen Gründen nicht erfolgen darf, findet jetzt die Beschwerde an das Oberversicherungsamt und die oberste Verwaltungsbehörde statt.

Der instruktive Vortrag Robert Schmidts wurde durch lebhaften Beifall belohnt.

In der Diskussion wurde gewünscht, daß die sozialpolitische Abteilung rasch Erläuterungen zur Reichsversicherungsordnung erscheinen lasse.

Vauer sagt Erwägung zu.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vauer: Ich schließe die Konferenz mit dem Wunsche, daß sie die Tätigkeit der Arbeitsekretariate noch nützlicher für die Arbeiterschaft gestalten möge. (Beifall.)

Verichtigung: Richt 54, wie gestern irrtümlich berichtet, sondern 55 Sekretariate sind durch 91 Sekretäre vertreten.

Soziales.

Von der Behandlung der Arbeiter in den Kolonien.

Der Maurer G. war von dem Bau- und Betriebskonzernium Bahstein u. Koppel bei 10 M. Lohn pro Tag nach Südwestafrika engagiert worden. Er wurde jedoch gar nicht als Maurer beschäftigt, sondern mußte dieselben Arbeiten machen wie die Eingeborenen, nämlich Rinnebohrungen und Sprengungen, wobei er allerdings als Vorarbeiter tätig war. Nach dem Vertrag konnte er aber verlangen, als Maurer beschäftigt zu werden. Die Arbeitsfähigkeit führte zu Differenzen mit den leitenden Ingenieuren. G. wurde bald aus einer Kolonne in die andere versetzt, mit der Begründung, daß er sich für die jeweilige Kolonne nicht eigne; obwohl es sich immer um die gleichen Arbeiten handelte. Schließlich wurde er freilich entlassen. Er klagte nunmehr beim hiesigen Gewerbegericht gegen das Unternehmen auf Zahlung von 581 M. für die Rückreise und Schadenersatz für die Kündigungsschrift. Die beklagte Firma bestritt die Entlassung und behauptete, Kläger habe selbst aufgehört. Die Beweisaufnahme war für den Kläger insofern nicht günstig, als die beteiligten Ingenieure, die als Zeugen vernommen wurden, die freiliche Lösung durch den Kläger befundeten. Der Vertreter des Klägers blieb jedoch dabei, daß der Kläger von den Ingenieuren schikaniert worden ist und die vom Kläger gebrauchte Äußerung, aus der jetzt ein Recht auf Lösung des Vertrages durch den Kläger folgt, sei nur auf die Verärgerung und gereizte Stimmung zurückzuführen. Der klägerische Vertreter führte unter anderem an, daß die Firma die Herabsetzung der Tagelöhne für die Eingeborenen von 40 auf 30 Pf. angeordnet hätte und als die Leute in drohender Haltung das Geschäftshaus umstanden und den ihnen zustehenden Lohn forderten, sei auf Veranlassung des Unternehmens von der Schutztruppe auf die 60 Eingeborenen geschossen worden, so daß 20 Tote den Boden bedeckten. Der Vertreter der Beklagten wußte auf diese Anschuldigungen nichts zu erwidern. Das Gewerbegericht, unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schalhorn, rief zu einem Vergleich. Schon der mit dem Kläger geschlossene Vertrag mit seiner gegen die guten Sitten verstoßende Kündigungsvereinbarung sei dazu angehen. Die Firma hatte den Kläger für die ganze Dauer der fraglichen Arbeit, voraussichtlich drei Jahre engagiert. Ihm war sein vorheriges Kündigungsrecht eingeräumt, während sich die Firma das Recht vorbehalten hatte, ihn mit vierwöchiger Frist entlassen zu dürfen.

Den vielen Bemühungen des Gerichts gelang es denn auch, die Parteien auf 300 M. zu vergleichen.

Durch diese Verhandlung erfährt man von einer ganz eigenartigen Benutzung der Schutztruppe. Sind dem Staatssekretär für die Kolonien die Vorgänge bekannt und billigt er das Töten von 20 Eingeborenen, die nach dem Vortrag in der Verhandlung nichts weiter getan haben, als darauf zu bestehen, daß ihr Vertrag innegehalten werde. Sollen deutsche Truppen dazu verwendet werden, zugunsten der privaten Interessen eines Unternehmers, ja zum Schutze seines Vertragsbruches verwendet zu werden?

Der „Billardkünstler“ als Gewerbegehilfe.

In vielen großstädtischen Cafés sind zur Unterhaltung der das Billardspiel liebenden Gäste Billardkünstler, sogenannte „Billardmeister“, engagiert. Das Gewerbegericht Charlottenburg war dieser Tage vor die Frage gestellt, zu welcher Angestellten-gattung diese besondere Berufsklasse zu rechnen sei. Der die Klage erhebende Billardmeister war mit 100 M. festem Gehalt und 3 Prog. vom Billardumsatz angestellt, der verklagte Kaffeehausbesitzer wendet aber vor Eintritt in die Verhandlung Unzuständigkeit des Gerichts ein. Kläger bezeichne sich selbst als „Meister des Billardspiels“ und Künstler auf seinem Gebiete, er habe auch nichts mit der Bedienung der Gäste zu tun gehabt und könne daher als Gewerbegehilfe wohl kaum in Frage kommen. — Das Gewerbegericht erklärt sich aber trotz dieser Einwände für zuständig. Der Beklagte betreibt mit dem Cafe ein gewerbliches Unternehmen und Kläger hatte die Leitung des Billardsaals unter sich. Er empfängt die Gäste, spielt mit ihnen Billard, zeigt ihnen auf Wunsch seine besondere Fertigkeit und unterrichtet sie auch. Kläger ist als Gewerbegehilfe anzusehen in Rücksicht auf den Betrieb des Verklagten und auf die Stellung des Klägers, dessen Einkommen dem eines Gehilfen entspricht. Betriebsbeamter und mit höheren technischen Leistungen betrauter Angestellter ist er nicht, auch wenn er sich „Billardmeister“ nennt.

Aus Industrie und Handel.

Die Industrie-Internationale.

Brüssel, 5. Juli. Heute vormittag trat hier die internationale Versammlung von Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie der gesamten Welt zusammen. Den Vorsitz führt Richter Gory aus Nordamerika. Vertreten sind die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, England, Belgien, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Rußland und Kanada. Der Zweck der Versammlung ist, die Frage zu erörtern, ob eine internationale Vereinigung geschlossen werden kann, wodurch gemeinschaftliche Fragen wirtschaftlicher Natur zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Körperschaften der einzelnen interessierten Länder auf freundschaftlichem Wege von Zeit zu Zeit zur Erörterung gebracht werden können. Deutschland ist auf der Konferenz durch zwanzig Persönlichkeiten vertreten, deren Wortführer Freiherr v. Bodenhausen von der Firma Friedrich Krupp in Essen ist. —

Die Internationalität zwecks Erlangung höherer Preise, wobei die Weichenstellung nicht die Regel hält, ist natürlich ein verwerfliches, nationales Unterfangen. Aber wenn Arbeiter international über Arbeiterschutz sich verständigen, dann heißt das Schornsteinwerk über vaterlandsverräterisches Treiben, das es am liebsten mit Justizhaus

bestrafen lassen möchte. Minderst ist der Regulator der Moralbegriffe. Was den Profit bedroht, oder nur zu bedrohen scheint, ist unmoralisch, was dem Profit frommt, ist immer lässlich und tugendhaft. Und es gibt noch Arbeiter, die das nicht kapieren.

Wtagarbeit deutscher Großbanken.

Wir geben nachfolgend eine Uebersicht über die Tätigkeit einiger der größten Banken des Deutschen Reiches, wie sie sich im Monat April d. J. bemerkbar machte und durch eine bekannte Finanzzeitung registriert wurde.

Beginnen wir mit der Deutschen Bank, dem größten Finanzinstitut.

Ihr Direktor Mönne trat während der Berichtszeit in dem Aufsichtsrat der Westfälischen Drahtindustrie A.-G. ein, ferner auch in den der Hüttenwerke A.-G., Berlin. Der Direktor Kaufmann wird Aufsichtsrat in der Constantinopler Trambahn A.-G., Direktor Helfferich befehligt sich mit solchem Amt in der Berliner Hochbahn-Gesellschaft. Jedes dieser neuen Aufsichtsratsmandate bedeutet natürlich eine Verstärkung des Einflusses der Bank auf diese Gesellschaften. Auf 300-400 Unternehmen hat die Deutsche Bank durch diese Methode ihre Hand gelegt. Umsonst tut sie das nicht!

Die Deutsche Bank bewilligte Johann der Türkischen Regierung eine Stundung auf die von ihr verauslagten 17 Millionen Mark, die für den Ankauf zweier deutscher Kriegsschiffe durch die Türkei verwendet werden waren. Die Bank verwandelte weiter bei Mollereifirma G. Wölle in eine Aktiengesellschaft mit 4 Millionen Mark Kapital. In das neue Unternehmen tritt natürlich ein Direktor der Deutschen Bank als Aufsichtsratsmitglied ein. Nur ihren überseeischen Goldgruben, die in der Goertz u. Co.-Gesellschaft vereinigt sind, hat sie 1910 offiziell nichts verdient.

Das Aktien-, Obligationen- und Anleihegeschäft blühte im April 1911 „nur“ normal. Es wurde durch die Deutsche Bank die Zulassung zum Börsenhandel für 118,70 Millionen Kronen vierprozentige österreichische Rente, 9,88 Millionen Mark der 4proz. Sächsischer Stadianleihe, 10 Millionen Mark der Hannoverscher Stadianleihe erwirkt. Dazu kamen die durchgeführten Neuemissionen: 5 Millionen Mark Aktien des Essener Stahlwerks, 4 Millionen Mark Aktien der Königsberger Vereinsbank und 6 Millionen Mark Aktien der Norddeutschen Kreditbank.

Das Börseneinführungsgeschäft für 3 Millionen Mark Obligationen des Hochofenwerks Lübeck und für 2 Millionen Mark Aktien der Hannoverschen Waggonfabrik A.-G. Kappte noch nicht, die Kontrollinstanz war mit den Auskünften über die Unternehmen noch nicht zufrieden.

Auch bei der Dresdner Bank erhielten verschiedene Direktoren neue Aufsichtsratsmandate: im Schaffhauserischen Bankverein, der Berlinischen Bodengesellschaft und der Deutschen Kabelwerke A.-G.

Unter Mithilfe der Dresdner Bank wird die Maschinenfabrik und Eisengießerei Heiligstadt u. Co. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die 1,25 Millionen Mark des so geschaffenen Aktienkapitals bedeuten zugleich ein Einführungsgeschäft. Aktien der Messer u. Co. A.-G. und der Kaffeler Federfabrik A.-G. werden ebenfalls übernommen, die Börsenzulassung wird für 6 Millionen Mark Münchener Stadianleihe erwirkt.

Als drittes der großen Bankunternehmungen sei hier noch der Schaffhauserische Bankverein in seiner Aprilarbeit beleuchtet.

Aufsichtsratsmitglieder sandte er in die Ludwig Loewe A.-G., Berlin, die Dürener Metall A.-G., Deutsche Eisenbahngesellschaft und die Glas- und Spiegelmanufaktur Schalle A.-G.

Aktienübernahmen erfolgten für das Jassoneisenwerk Mannsstadt A.-G. im Betrage von 4,2 Millionen Mark, für die Dürener Metall A.-G. im Betrage von 1 Million Mark. In Verbindung mit anderen Banken wurden übernommen: 4,53 Millionen Mark Aktien der Deutscher Gasmotorenfabrik A.-G., 10 Millionen Mark 4½prozentige Anleihe der durch das fürchterliche Grubenunglück verhängt gewordenen Bergwerks-Gesellschaft Trier, weitere 5 Millionen Mark 6prozentige Kaiserhofanleihe. Die Zulassung zum Börsenhandel erwirkte die Bank für 3 Millionen Mark Aktien der Vereinigten Stahlwerke von der Hppen, 7 Millionen Mark Aktien und 12 Millionen Mark Obligationen der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft.

So sieht die Arbeit der Banken aus! Hinzu kommt aber noch die sonstige Geschäftspraxis, die im besonderen durch den Effektenhandel und den eigentlichen Geldverkehr riesensummen in den Händen weniger Finanzhäuptlinge konzentriert.

Die Krise im Kohlenyndikat.

Nach den Äußerungen, die in letzter Zeit an maßgebenden Stellen getan worden sind, hat es den Anschein, daß die Zehnjährigkeit resp. die Verwaltungen mit sehr großer Steifigkeit in die Zukunft sehen. Die größte Schwierigkeit, die sich der Verlängerung des Syndikates entgegenstellt, ist die Lösung der Frage, wie eine Einigung zwischen den Hüttengebern und den reinen Beschern möglich sei. In der Gewerkschaftsversammlung der Gemeinshaft König Ludwig, die zu Anfang Juni dieses Jahres abgehalten wurde, äußerte sich der Grubenvorstand folgendermaßen: „Der Syndikatsvertrag vom Jahre 1903 hat die darauf gestellten Hoffnungen nicht erfüllt, sondern die reinen Bescher von Jahr zu Jahr in größerem Bedrängnis gebracht. Nach dem Willen der Vertragsschließenden sollten nur diejenigen Zehnjährigen, die bei Abschluß Eigentümer von Hüttenwerken waren, das Recht erhalten, den Selbstverbrauch dieser Hüttenwerke mit Zubehör aus eigener Förderung zu decken. Leider wurde diese Absicht des Vertrages schon im Jahre 1904 beim Uebergang der Hütte „Friedrichs Radbar“ an Deutsch-Luxemburg durch die im Prozeßwege erwirnte Hüttengebergensgesellschaft für diese Hütte durchbrochen. Dadurch wurde den Besitzern von Hütten, gegen der Weg freigemacht für die Erwerbung von Hütten und Zehnen.“ Rehnliche Klagen wurden in den kürzlich abgehaltenen Hauptversammlungen der Steinkohlenbergwerksgesellschaft Mont Cenis und der Hütte Erwald erhoben. Die Zahl der Hüttengebern und die Erweiterung der Umlagefreiheit ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Eine reine Besche nach der anderen ist an Hüttengebern übergegangen, deren abgabefreier Selbstverbrauch dadurch zugunsten der reinen Bescher stieg. Zwar sind die reinen Bescher, was die Ziffer angeht, noch in der Uebermacht, aber die tatsächlichen Machtverhältnisse sind so verteilt, daß die Absichten der Hüttengebern maßgebend sind. Das geht schon daraus hervor, daß die Hüttengebernvertreter die kürzlich gestellte Forderung der reinen Bescher, die gemäßigten Werke sollten auch ihrerseits mit jeder Form ihrer Förderung an der Syndikatsumlage teilnehmen, mit einem glatten Nein beantworteten.

Preussischer Saatenstand. Der Saatenstand in Preußen zu Anfang Juli war, wenn aber gut, drei mittel und vier gering. Bedeutend für Winterweizen 2,7, Sommerweizen 3,1, Winterpsis 2,5, Winterroggen 2,8, Sommerroggen 3,2, Sommergerste 2,8, Hafer 3,0, Erbsen 3,0, Ackerbohnen 3,1, Widen 2,8, Kartoffeln 2,6, Futterrüben 3,1, Wintererbsen und Rüben 2,7, Mais 2,8, Alee 3,3, Luzerne 3,2, Rieselweizen 2,7, andere Wiesen 3,2. Nach diesen Ziffern erahnt sich eine Verschlechterung gegen den Vormonat. Der Kältefall im Juni hat die auf diesen Monat gesetzten Hoffnungen autorität gemacht; auch waren strichweise die Niederschläge nicht reichlich genug.

Verstaatlichung der Lebensversicherung in Italien.

Die italienische Regierung erstrebt die Verstaatlichung des Versicherungswezens. Das ist ein löbliches Tun. Der Regierung in Deutschland ist auch schon oft angetragen worden, die kapitalistische Sumpfpflanze der Profitmaximierung mit dem Unglück auszurotten!

Vergelt! Sie sah ruhig zu, wie die sogenannten Volksversicherung die Armen der Armen in unerhörte Weise benutzte. Nun hat der Gewerkschaftslongreß die Initiative ergriffen, um die mittellosen Volksgenossen vor der Schädigung durch die private Volksversicherung zu schützen. Die Gewerkschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften werden eine eigene Versicherung einrichten. Gegen die Monopolbestrebungen der italienischen Regierung haben natürlich die Kapitalisten energig protestiert. Sie wollen die Teiligkeit des Profits nicht antasten lassen. Auch bei uns regten die Interessenten sich schon, sie forderten Maßnahmen, damit ihre Geschäfte durch das italienische Gesetz nicht gefährdet würden. Und die Regierung in Rom bereitet sich anscheinend auch schon darauf vor, dem Druck des Kapitals wenigstens etwas nachzugeben. Nach Meldungen römischer Blätter hat der Depuirtierte Bertolini im Bureau der Kammer zu dem Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Lebensversicherungen Abänderungen eingebracht, durch die dem nationalen Lebensversicherungsinstitut unter der Herrschaft des Monopols nur Versicherungen auf ein Kapital von höchstens 15000 Lire oder auf eine jährliche Rente von höchstens 1800 Lire vorbehalten bleiben. Die Versicherungsgesellschaften sollen zur Fortsetzung ihrer Geschäfte auch für die oben erwähnten Verträge für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren ermächtigt werden können, um ihnen die Amortisierung ihrer Einrichtungen zu erleichtern. Die Steuer für die mit Lebensversicherungsgesellschaften abgeschlossenen Verträge soll auf 5 Proz. erhöht werden. Der Ueberschuß soll in die Nationalkasse fließen und später für die Altersversorgung der Arbeiter Verwendung finden. — Wie die „Tribuna“ hierzu meldet, dürften diese Anträge die Zustimmung der Regierung finden. Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfes betraute Parlamentskommission werde sich bereits morgen mit ihnen befassen.

Jugendbewegung.

Die Informationen der Behörden.

Der Polizeipräsident von Lichtenberg verlangte in seinem Schreiben vom 24. Februar 1911 nach § 8, 181 des neuen Reichsvereinsgesetzes das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder sowie die Statuten der „Vereinigung Jugendheim, Lichtenberg-Friedrichsfelde“. Da die genannte Vereinigung mit Politik gar nichts zu tun hat, so konnte dem nicht entsprochen werden. Der Rechtsbeistand des Genossen Altmann, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, erhob Beschwerde über den Lichtenberger sowie den Berliner Polizeipräsidenten dieses Vorgehens wegen. Dieser Tage traf vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg die Antwort auf die über den Berliner Polizeipräsidenten erhobene Beschwerde ein.

Die Beschwerde ist im achten preussischen Polizeigeist beantwortet worden; sie lautet:

Potsdam, den 19. Juni 1911.

Die namens des Herrn Alfred Altmann gegen den Vercheid des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin vom 20. März d. J. — 272. VII. 4 — erhobene Beschwerde vom 3. April d. J. weise ich nach Prüfung der Sachlage als unbegründet zurück.

In einer Entscheidung des Kgl. Oberverwaltungsgerichts vom 12. Juli 1901 — I. 12-2 — ist ausgeführt, daß ein Verein bereits dann als politischer anzusehen ist, wenn er neben anderen Zielen auch die Förderung politischer Parteibestrebungen bezweckt. Die zu der vorliegenden Beschwerde angestellten amtlichen Ermittlungen lassen keinen Zweifel darüber, daß die „Vereinigung Jugendheim“ in Lichtenberg in engem Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Parteiorganisation den Zweck verfolgt, die Mitglieder in sozialdemokratischem Sinne zu beeinflussen. Insbesondere hat der sozialdemokratische Stadtverordnete Spielermann die Versammlung am 1. Februar v. J. im Lokal von Schwarz, Pflünderstr. 20/26, als politisch mit dem Stempel des

sozialdemokratischen Wahlvereins angemeldet und alsdann auch in der als angeblich unpolitische abgehaltenen Versammlung den Vorsitz geführt. Auch ist in der Versammlung am 1. Februar d. J. die Notwendigkeit der Gründung des Vereins, auf die bereits der „Vorwärts“ am 14. Dezember 1909 hingewiesen hatte, mit dem Entzweien bürgerlicher Jugendvereine und der behördlichen Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisation dargelegt worden. In der Mitgliederversammlung vom 28. Juni v. J. führte der Genosse Schulz aus, daß es für die sozialdemokratische Bewegung sehr notwendig sei, sich der Jugend recht warm anzunehmen. Er forderte Aufklärung über das Wahlrecht und über die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Nur durch Gründung von Jugendheimen wäre es möglich, den Jugendlichen Gelegenheit zu geben, sich die nötige Aufklärung zu verschaffen, damit diese dann nach vollendetem 18. Lebensjahre als zielbewußte und treue Mitglieder in den sozialdemokratischen Wahlvereins übertritten könnten. Die „Vereinigung Jugendheim“ in Lichtenberg ist hiernach als ein Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen.

Der Oberpräsident spricht in seinem Antwortschreiben lebhaftige Vermutungen aus. Er behauptet, daß die Vereinigung Jugendheim ihre Mitglieder im sozialdemokratischen Sinne beeinflussen wolle. Im Statut steht aber nur, daß die Vereinigung nur die Beschaffung und Unterhaltung von Jugendheimen erstrebt.

Dann soll der Stadtverordnete Spielermann eine politische Versammlung mit dem Stempel des sozialdemokratischen Wahlvereins angemeldet haben. Mit dieser Versammlung hat die „Vereinigung Jugendheim“ nichts zu tun. Die öffentliche unpolitische Versammlung beschäftigte sich mit der Gründung der „Vereinigung Jugendheim“, in dieser wurde ein unpolitischer Vortrag gehalten. Infolgedessen brauchte die Versammlung nicht angemeldet zu werden und ist auch nicht angemeldet worden. Wie genau die Informationen der Behörden gewesen sein müssen, ist schon daraus zu ersehen, daß der Stadtverordnete Spielermann die Versammlung geleitet haben soll. In Wirklichkeit ist es ein anderer Herr gewesen; der Herr Oberpräsident muß sich schon genauer informieren lassen, wer der Leiter der Versammlung war. Vorläufig werden wir nicht verraten, wer der Versammlungsleiter war. Das Ganze beweist aber, wie objektiv der Berichterstatter der Behörde gearbeitet haben muß.

Der Vortrag in der Versammlung vom 1. Februar 1910 war ein rein unpolitischer.

Ebenso ist in der Mitgliederversammlung vom 28. Juni 1910 dem Genossen Heinrich Schulz gar nicht eingefallen, etwas von der Sozialdemokratie zu erzählen.

Bei einer detaillierten Beweisführung wird der Oberpräsident sehr wenig Glück vor dem Oberverwaltungsgericht haben.

Eine Justizaktion.

Wegen Beleidigung der Essener Polizei sowie Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle sind am 2. März vom Landgericht Essen (Ruhr) der Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genosse Hans Steinbüchel, zu 500 M. und der jugendliche Arbeiter Sauerbrei zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Mitangeklagte Marx ist freigesprochen worden. Die Essener Genossen hatten einen Vortragskursus veranstaltet, an den auch die beiden noch nicht 18 Jahre alten Angeklagten Sauerbrei und Marx teilnahmen. Die Polizeidirektion Essen war der Ansicht, daß es sich hier um politische Versammlungen handelte, weil der Vortragende von der Steinzeit angefangen, aber auch einen Rückblick auf die Zukunft gegeben und einen Umsturz vorausgesagt hatte. Deshalb hielt die Polizei die Teilnahme jugendlicher für unzulässig und stellte deren Namen fest. Steinbüchel veröffentlichte dann einen Bericht Sauerbreis, in welchem das Verhalten der Polizei als unerhört bezeichnet wurde und die Jugendlichen aufgefordert wurden, sich auch fernerhin an dem Besuch der Vorträge zu beteiligen. Auch wurde die Staatsanwaltschaft aufgefordert, aus § 111 gegen die Verfasser einzuschreiten. Diesen

Wunsch erfüllte dann die Staatsanwaltschaft, worauf das oben erwähnte Urteil erging. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Reichsgericht das Urteil gegen die beiden Verurteilten auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Verurteilung wegen Beleidigung hätte nicht aus § 186, sondern aus § 188 erfolgen müssen, da die Beleidigungen im Anschluß an einen ganz konkreten Vorfall begangen worden sind, also keine allgemeine Kritik darstellten. Die von den Verurteilten selbst eingeleitete Revision wurde dagegen verworfen.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Handwerker. „Es hieße das Rad der Zeit zurückdrehen wollen, wenn wir versuchten, dem Handwerk wieder zu größerer Bedeutung zu verhelfen. Durch die Bestrebungen des frauenrechtlerisch-reformlerischen Verbandes für handwerksmäßige und fachgelehrliche Ausbildung der Frau“ kann dem Glend der Massen nicht vorgebeugt werden,“ so erklärt durchaus richtig die Genossin Gertrud Hanna in ihrem sehr lesenswerten Artikel der „Gleichheit“, in dem sie mit diesen bürgerlichen Reformversuchen Abrechnung hält. Diese ewig-neuen Sonderbestrebungen bürgerlicher Frauenkreise, an deren Spitze übrigens fast immer wieder frauenrechtlerischen Gebiet genügend gekennzeichnet haben, um von dem Proletariat aus mit berechtigtem Mißtrauen auf jedem weiteren Arbeitsfeld (in welchem Auffinden sie wunderbare Reiterinnen sind) beobachtet zu werden. Doppelt stüblich muß es natürlich denkende Proletarier männlichen und weiblichen Geschlechts machen, wenn solchen bürgerlichen Halbheilsbestrebungen gleich die Günst von oben herab lächelt. Dann heißt es immer besonders auf der Hut sein.

So lesen wir, daß die Handelskammer zu Stettin die Damen-schneiderinnen in die Organisation der Handwerker mit einbezogen und die Lehrgeld für weibliche Lehrlinge in diesem Gewerbe auf zwei Jahre festgesetzt sowie Gelehen- und Meisterprüfungsordnungen aufgestellt, welche die Genehmigung der zuständigen Behörden gefunden haben. Als Lehrlinge sind dabei solche junge Mädchen zu betrachten, die das Lehrverhältnis zu Erwerbzwecken eingehen. Die Anleitung von Lehrlingen können in diesem Gewerbe nur solche Damen ausüben, welche die gesetzliche Befugnis besitzen, das heißt, die entweder die Befähigungsurkunde der unteren Verwaltungsbehörde oder den Meistertitel erhalten haben.

Das Wort „Damen“ in dieser behördlichen Kundgebung sagt alles! Bleiben wir Proletarierinnen mit der Nase davon. Begehren wir und in unserer Spezialkulturperiode mit dem Namen Kermelarbeiterin, Rodarbeiterin, eventuell auch „Hosenrodarbeiterin“, und überlassen wir es rein-bürgerlichen Elementen, den Titel: „Madame Humpelroschneidermeisterin“ oder „Madame Hosenroschneidermeisterin“ zu führen und zu Ehren zu bringen.

6. Wahlkreis.

Die Festlegung der Kontrolle zum Sommerfest findet am Freitag, den 7. Juli,

statt. Die im Jahlabend mit der Kontrolle beauftragten Genossen werden ersucht, sich abends 8 Uhr in Cranz' Festsälen, Ködliner Str. 8, einzufinden.

Der Vorstand.

Gegründet 1867



Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38-39

Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2
Tautenzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Rixdorf, Berg-Str. 25-26
Rosenthaler Strasse 5

Tautenzien-Strasse 7b
Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Neu eröffnet:
Charlottenburg
Wilmerdorfer Strasse 45
Ecke Schiller-Strasse

Reich illustrierter
Haupt-Katalog gratis

Billige Reise-Angebote

Für Herren:

Boxhind- und Ross-Chevreau-Schnürstiefel in schlanker u. breiter Form, mit od. ohne Derby-Schaftschnitt, auch m. Lackkappe, Mastbox-Zug-u. Schnallenstiefel, in bequemer, halbr. Form 875
Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel, in schlank u. breit. Modiform., Derby-Schaftschn., mit u. ohne Lackkappe, sehr haltbar, Rand gestuppt 1050
Braun und schwarz Boxcalf-u. Chevreau-Schnürstiefel in aller moderner Fassons, mit starken Doppelsohlen (Tourenstiefel), konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 1250
Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 1550

Für Damen:

Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel, auch braun Chevreau, mit und ohne Lackkappen, Derby-Schaftschnitt 875
Braun und schwarz Chevreau-Schnür-u. Knopfstiefel in neuen moderner Fassons mit hohen od. niedrigen Absätzen, Rand gedoppelt 1050
Braun und schwarz Chevreau-Schnür-u. Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schaftschnitt, auch mit Lackkappen u. Vestingstoff-Einsätzen, in ganz neuen Fassons, mit hohen oder niedrigen Absätzen, auch mit Doppelsohlen, Goodyear Welt 1250
Braun und schwarz Chevreau-Schnür-u. Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappen, in den allerneuesten Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 1550

Zweckmäßige, extra starke Berg-Stiefel

auf das solideste hergestellt, wobei alles getan wurde, um möglichste Wasserdichtigkeit zu erzielen

Praktische, leichtere Touren-Stiefel mit extra starken Doppelsohlen, aus kräftigem Oberleder
M. 12.50 M. 15.50 M. 18.00

Leinen-Stiefel und Leinen-Schuhe für Herren, Damen und Kinder, in weiss, grau und mode

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe
Strand- und Tennis-Schuhe | Ruder- und Turn-Schuhe
Leder-Flecht-Schuhe u. Stiefel | Sandalen in allen Formen
Elegante farbige Stiefel und Schuhe
Naturgemäße Kinder-Stiefel in vielen Preislagen

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Freitag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Gauvorsichterkonferenz. 2. Geldbewilligungen.

Die Kollegen werden ersucht, sofort ihre Delegierten zu wählen auf Grund des § 4 des Berliner Vereins-Statuts. (Auf je 10 Mitglieder 1 Delegierten.)

Die Kandidatenlosen und die Druckerinnen unter 5 Mitglieder wählen ihre Delegierten in der Versammlung, die am Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfindet.

Die Delegiertenlisten sind vom Mittwoch früh an auf der Verwaltung zu haben. Alle Druckerinnen müssen ihre Karten selbst abholen.

Der Gauvorstand. J. A.: Raffini.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Lohengrin.

Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Der verbotene
Kuß.

Neues Schauspielhaus. Die heusche
Susanne.

Neues. Der Nibelungen.
Thalia. Polnische Wirtschaft.

Schiller. (Wälder-Theater.)
Geschlossen.

Schiller. Charlottenburg. Der
dunkle Punkt.

Lustspielhaus. Die dritte Madame.
(Anfang 8 30 Uhr.)

Luisen. Die Steinhilber.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neue. Kassenluft. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Folies Caprice. Die letzte Nacht.
Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2
Uhr.)

Reising. Sommerputz. (Anfang
8 1/2 Uhr 20 Min.)

Kleines. Romanen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trianon. Das Fräulein. (Anfang
8 1/2 Uhr.)

Neues Operetten. Eine Million.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Die Welt amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.

Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Gabeland. Spezialitäten.
Waldfalk. Prinz und Bettlerin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Volgt. Goldene Jugend.
Hof. Leute von heute. Spezial-
itäten.

Kaiser-Panorama. III. Jofus in
Arabien. — IV.: Wanderung im
Riesengebirge.

Urania. Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Helgoland im Wechsel
der Zeit.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater
Charlotten-
burg.

Der dunkle Punkt.
Lustspiel in 3 Akten v. G. Rabelburg
und Rudolf Presber.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Der dunkle Punkt.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
Donnerstag, den 6. Juli,
abends 7 1/2 Uhr:
Lohengrin.

Freitag: 2. Gattsp. Anton v. Rooy:
Die Walküre.
Sonnabend: Tannhäuser.
Sonntag: Tristan u. Isolde.

Neues Theater.
8 Uhr. Täglich: 8 Uhr.
Der Rodelzeiger.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
In der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballett

Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.

Zahlreiche
Kunstlaufproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Urania.

Wissenschaftliches Theater,
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Helgoland im Wechsel
der Zeit.

200
LOGISCHER
GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-
Doppelkonzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die
Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Die Neger-
Riesin

Abomah, die größte
Frau, die je gelobt.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Toni Thoms
Jim u. Jam
The Hevaldos Comp.
u. d. Varieté-Festspiel-Prgr.

Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Hellon.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Plauschen gestattet.

Luna-Park

Sensationelle Attraktionen.
Johnstowns Untergang, Cairo, Lach-
haus, Hippodrom Lehmann, Tanagra-
Theater, Teufelsrad, Moulin rouge, Ge-
birgsbahn, Wasserrutschbahn u. v. a.
Sonnabend, den 8. Juli:
Elitetag.
Aufstieg und Fernfahrt des Frei-
ballons „Carola“ unter persön-
licher Führung der berühmten Luft-
schifferin Käthe Paulus.
Sonntag, den 9. Juli: Wiederholung
des Aufstieges 6 1/2 Uhr sowie aller Fest-
lichkeiten.

Neue Welt.
Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Heute Elitetag. Großes Parade-Gala-Feuerwerk.
Sensationelle Attraktionen.
Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a.
Große Spezialitäten-Vorstellung. Neues Juli-Programm.
Großes Promenaden-Konzert
der „Neuen Welt“-Kunstlerkapelle.
Sonnabend, den 8. Juli: Sommerfest der Branche der Gürtler des
Metallarbeiterverbandes.
Bis 15. Juli 1911 gilt dieser Ausschnitt bei Programmernahme
zum Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elito- und
Vereinstagen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berliner Reichstagswahlkreises

Großes Sommerfest

am Sonntag, den 9. Juli 1911, in den Lokalen:

Neumanns Volksgarten | Café Bellevue
Lichtenberg, Röderstraße. | Rummelsburg, Hauptstraße 2.
Spezialitäten, Theater, Feuerwerk. | Spezialitäten-Theater.

Ludwigs Viktoriagarten, Treptow, Köpenicker Landstraße
Humoristisches Männer-Quartett „Harmonia“ 220/3*

In allen Lokalen wirken Vereine des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes mit, ferner
Konzerter, Tanz und Preiskegelschießen. 6666

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens einen Bon zur Stocklaterne u. Karussell gratis
Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküchen sind geöffnet. Billott 20 Pf.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sommerpielzeit Direktion Naack.
Sonnabend, den 8. Juli:
Zum ersten Male:
Badines Entführung.
Roman. Operette i. 3 Akten v. H. R. Rad.
Musik v. H. de Cristoforo. Anf. 8 Uhr.

Apollo
Theater

8 Uhr:
Das vollständig neue Programm.
8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Bauweise mit Ges. u. Tanz in 2 Akten
von H. Reichardt und R. Schanger.
Musik von H. Kolle.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton!
Wieche im Hofeurod.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Turn-Verein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Sonntag, den 9. Juli 1911:

Hundertjahr-Feier
der Eröffnung des ersten Berliner
Turnplatzes in der Hasenheide.

Von 8-10 Uhr vormittags:
Volkstümliches Wettturnen
auf dem Vereins-Turnplatz „Treptow“, Köpenicker
Landstraße, Ecke Eichbusch-Allee.
Von 3-6 Uhr nachmittags auf der großen städtischen
Spielwiese in Treptow:
**Massen-Freiübungen, Stafettenläufe
:: Tauziehkämpfe, Wettspiele usw. ::**

Von 6 Uhr ab:
Fortsetzung auf dem Vereins-Turnplatz.
Programm auf den Turnplätzen gratis.
Wir machen die Berliner Arbeiterschaft auf diese Ver-
anstaltung ganz besonders aufmerksam und laden zur
Teilnahme freundlichst ein. Der Turn-Ausschuß.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vernichten.
Das Strumpfband.

LA TORTAJADA.
Die 7 Korinas, klassische
Tänze.
Kaufmanns Lady cycle troupe.
De Dio.
Charles Barons Burlesko-
Monagerie.
Tschin Maes 8heil. Chunguson
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzen.
Liebeschwand in 3 Akten v. R. Misch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

ROSE-THEATER
Große Handwerker Str. 132.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
Auf der Gartenbahn: Es gibt
nur ein Berlin. — Große Revue.

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
Täglich:
Die drei Grazien.
Bosse in 4 Akten von Treptow.
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Jelbedachter Theatergarten, bei un-
günstiger Witterung Schaubühne.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Elitetag.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Bismarckstraße 16.
Wenn schön im Garten! Wenn
schlecht im Saale!
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Leute von heute. Gr. Lustspiel-Buff.
Die Zaubergeige. Operette. Fr. Forest
u. Kgl. Opern, Berlin. The Stanleys.
Anfang 6 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Regenderstr.
Tägl. im herrlichen Naturgarten:
Goldene Jugend.
Gesangs-Bosse in 1 Akt.
Kuhherd: Pohloys Miniaturtheater.
Franz Heißner in 1. best. Lust-
spiel. Charakter-Oppe „Gerr Wichtig“.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntags 1/2 5 Uhr.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Gr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz i. 3 Akten.
Gänzlich neue erstklassige Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2. Anfang 5 Uhr.

Volksgarten-Theater
Donnerstag, den 6. Juli:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Lilly Maritz. Ernst Lissack. Leo
Laro Koola. Artlett-Eara.
Der artische Brunnen.
Großes Brillant-Feuerwerk.

Café Bellevue.
Rummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. Garten-Konzert.
Jeden Sonnabend und
Donnerstag:
Soireen der
Koffmanns Sänger

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 26. Stendaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
Donnerstag, den 6. Juli:
Volkstag
Spezialitäten — Theater
Konzert.
Entree nur 10 Pf.
Konzert 4 Uhr. Vorstellung 1/2 5 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 6. Juli 1911:
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vor-
stellung 7 Uhr.
Vorjahrsarten haben
Gültigkeit.
Jeden Montag: Lustige Sänger.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Schöner Naturgarten.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei jedem Entree. C. NIBLE.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Äußerer Wahlkreis (1. Abteilung). Die Versammlung der ersten Abteilung findet am Freitag, den 7. Juli, 8 1/2 Uhr abends, in den Lunafalen, Neue Königstr. 7, statt.

Hermsdorf i. M. Zu der am kommenden Sonntag in Bergfelde stattfindenden öffentlichen Versammlung treffen sich die Hermsdorfer Genosseninnen und Genossen 2.45 Minuten nachmittags auf dem Platz beim Bahnhof.

Zernsdorf. Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale von J. Knorr: Generalversammlung des Wahlvereins für Zernsdorf und Umgegend.

Berliner Nachrichten.

Die Handruhe zur Nachtzeit.

Die aufreibende Tätigkeit des Weltstädtlers im hastenden Tagesgetriebe erfordert mehr und mehr eine ungestörte Nachtruhe. Es sieht damit nicht zum besten bei uns aus.

Nächtliche Ruhestörer sind auch oft die musikalischen Hausbewohner. Viele Leute fühlen das Bedürfnis, noch weit nach 10 Uhr das Klavier zu bearbeiten oder mit schmaltziger Stimme die Nacht anzuschwärmen.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Juni betragen 160 614,75 M. gegen 126 404,75 M. im Juni 1910, d. i. eine Tageseinnahme von 5353,83 M. gegen 4216,40 M. im Juni 1910.

Die Berliner Umfassungsordnung ungültig? Unter dieser Ueberschrift hat ein hiesiges Blatt dieser Tage einen Artikel veröffentlicht, der den Eindruck erweckt, als ob die Berliner Umfassungsordnung in ihrer Gesamtheit am 2. Mai vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden sei.

Die Berliner Umfassungsordnung in ihrer Gesamtheit ist nicht für ungültig erklärt worden, vielmehr nur eine verhältnismäßig unbedeutende Einzelbestimmung, welche besonders Wesellschaften m. b. H., Kommanditgesellschaften und dergleichen betrifft.

Hieraus erhellt auch, fahrt das Nachrichtenamt fort, daß die Behauptung, ein erheblicher Teil des in den städtischen Hausholtsplan eingestellten Umsatzzolls werde nicht erhoben werden können oder gar zurückgezahlt werden müssen, selbst dann unzutreffend ist, wenn das Oberverwaltungsgericht etwa der Entscheidung des Bezirksausschusses beipflichten sollte.

sein könne, daß ihre Erhebung einer gesetzlichen Grundlage entbehre.

170 Millionen Mark für die Berliner Kanalisation. Mit der Eröffnung des Notauslasses für das Radialsystem XI am Fiskus Busch, über die wir gestern berichteten, ist der Ausbau dieses gewaltigen Unternehmens wieder ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen.

Eine Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr, die sich namentlich im Westen bemerkbar machte, trat vorgestern nachmittag gegen 3 Uhr ein.

Gestern morgen trat in der Chausseestraße eine fast einstündige Störung im Straßenbahnverkehr ein. Ein Motorwagen der Linie 26 wurde an der Ecke Luisenstraße von einem hoch mit Heu beladenen Wagen in die Räder gefahren und durch den Anprall aus den Schienen gehoben.

Feueröffnung im Eisenbahnsteil. Anekdotisch wird erzählt, der echte Berliner sei überall daran zu erkennen, daß es ihm „zieht“, sei es im Restaurant, auf der Eisenbahn oder im Straßenbahnwagen.

Der Spiegel des Einbrechers Görmar, nach dem die Polizei seit längerer Zeit suchte, ist in Passau ergriffen worden. Görmar ist der Verbrecher, der am 10. Juni erst den Schuhmann Lucht in einem Lokal der Friedrichstraße erschossen, einen Berliner schwer verletzt und sich dann selbst getötet hat.

Zum Brande der alten Alexander-Kaserne in der Alexanderstraße. Das Ministerium des Innern hat, wie verlautet, über die Ursachen des Brandes in der alten Alexander-Kaserne in der Alexanderstraße vom Polizeipräsidium eingehenden Bericht eingefordert.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde der 47 Jahre alte Arbeiter Hermann Holabacher aus der Altensteiner Straße 24. Der Mann lud mit einem anderen auf dem Potsdamer Witterbahnhof am Schönberger Ufer für die Expedition von Schur am Aufstiegsdamm Kisten von einem Eisenbahnwagen auf einen Rollwagen über.

Auf der Wannseebahn werden, wie Eisenbahndirektion bekannt gibt, von morgen, den 7. d. M. ab bis einschließlich des 13. August an den Werktagen noch die nachfolgenden Züge verkehren: ab Berlin, Wannseebahnhof 10 und 11 Uhr vorm. (bis Zehlendorf); 3,25, 4,25 und 8,20 nachm. (bis Schlachtensee), 10,10 und 11,10 vorm. (bis Wannsee); ab Wannsee 11,35 vorm. und 12,35 nachm., ab Schlachtensee 4,02, 5,02 und 9,02 nachm.; ab Zehlendorf 12,54, 4,04 und 5,04 nachm.

Zammergeschrei und Hilferufe auf der Polizeiwache. Wie uns mitgeteilt wird, wurden die Bewohner der Häuser Wiskerstr. 158 und Rodenbergstr. 8 am Montagabend dadurch in große Aufregung

versetzt, daß aus den Räumen des 115. Polizeireviere Herzzerreißende Hilferufe erschallen, und Schreie, wie wenn jemand schwer mißhandelt wurde. „Ihr schlagt mich tot“, und dergleichen Jammerrufe hörte man.

Fliegerunfall in Johannisthal. Ein gefährlicher Unfall, der glücklicherweise ziemlich glimpflich auslief, hat sich am gestrigen Mittwoch nachmittag auf dem Flugplatz Johannisthal ereignet.

Ueber das Postamt 76, Hadescher Markt, wird uns folgende Klage übermitteln: Dieses Postamt hat 14 Schalter, und man sollte meinen, der Verkehr ließe sich hier in einer für das Publikum befriedigenden Weise erledigen.

Eine Unerschämtheit leistete sich am Dienstagabend eine Bewohnerin des Hauses Müllerstraße 30 gegenüber den aus der Versammlung in den Pharus-Sälen kommenden Besuchern.

Betriebsstörung auf der Stadtbahn. In der zweiten Nachmittagsstunde entstand gestern auf der Stadtbahn eine große Betriebsstörung. Sie wurde dadurch herbeigeführt, daß am Bahnhof Bellevue die Maschine eines Vorortzuges defekt wurde.

Zu dem bedauerlichen Unfall in der photographischen Anstalt von Dienstadt, Rathenaustr. 6, wird uns von einem Kollegen des Verstorbenen noch mitgeteilt, daß der Verunglückte verheiratet eine Flasche mit Ammoniak gefaßt hatte.

Lebhaftes Fremden ruft das Verschwinden des im Jahre 1883 in Breslau geborenen Malergehilfen Gustav Müller hervor. Derselbe hatte sich am 29. April bis abends 1/2 12 Uhr in einem Vereinslokal, Raunynstraße, mit seinen Bekannten aufgehalten.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Lichterfelde. Die letzte Gemeindevorstellung vor den Sommerferien fand eine Tagesordnung vor mit nur wenigen die Öffentlichkeit interessierenden Vorlagen. Die für den neuen Gemeindefriedhof bewilligten Mittel von 170 000 M. sind verbraucht und darüber hinaus noch weitere 8700 M. erforderlich.

den sich entwickelnden Verkehr zu Klein und unpraktisch angelegt ist. Die als Anlieger in Frage kommende Terraingesellschaft hat merkwürdigerweise gegen die Festlegung des Zuchtlinienplanes Einspruch erhoben, obwohl sie das meiste Interesse an dieser neuen Verkehrslinie hat. Dagegen hat der Eisenbahnklub wegen der Festlegung der Zuchtlinie bezüglich des Geländes der Volks-Baugesellschaft an der Fürsten- und Müllerstraße einige Änderungen beantragt, die mit der Weiterführung des Vorortverkehrs über Lichterfelde-Süd hinaus zusammenhängen. Danach scheint der Eisenbahnklub gleichzeitig mit der Hoherlegung des Bahnkörpers bei Station Ost den längst notwendigen und schließlich erwarteten Vorortverkehr auf der Anhalter Strecke endlich ins Auge zu fassen. Gemeint wurde der Anlauf einer Fläche Landes an der Chausseestraße vom Eisenbahnklub zum Preise von 6000 M. Aus der Mitte der Gemeindevertretung wurde auf die in absehbarer Zeit nötig werdende Verbreiterung der Unterführung an der Potsdamer bzw. Wannseebahn in der Chausseestraße hingewiesen. Tatsächlich ist diese Verbreiterung jetzt schon eine Notwendigkeit. Der Verkehr durch die Unterführung, die nur 11 Meter Breite hat, ist infolge der starken häufigen Entwicklung am Händelplatz und an der Steglitz-Lichterfelder Grenze außerordentlich gestiegen. Die Bürgersteige sind dort so schmal, daß bei einer weiteren Steigerung des Straßenbahn- und Wagenverkehrs ein gefährlicher Zustand sich entwickeln muß. Es wäre angebracht, daß die Gemeinde beizeiten geeignete Schritte zur Verbreiterung der Unterführung beim Eisenbahnklub unternimmt.

Wilmersdorf.

Rein aus dem Hänschen ist die „Wilmersdorfer Zeitung“, daß wir sie wegen ihrer ledigen Anrempelung auf die Finger geklopft haben. Am meisten hat es das Blättchen verschmerzt, daß wir ihm den Rat gaben, den aus der Reinigungsfabrik bezogenen politischen Zeit in Interesse seiner Leser mehr auf seine Nützlichkeit zu prüfen. Das ist immer eine wunde Stelle für Organe vom Schlage der „Wilmersdorfer Zeitung“, die in der Großstadt doch nur im verborgenen Winkel ihr Dasein fristet. Daß wir dem ledigen Blättchen seine jämmerliche Position vorgehalten haben, hat uns den Vorwurf eckten „Kapitalproleten“ eingetragen. Es schilt daher den „Vorwärts“ als ein Unternehmen, was durch die „Ausfugung der Arbeiterknochen“ und durch „kapitalistische Produktionsweise eine Monopolstellung einnimmt“.

Wir können es dem Blättchen nachsagen, wenn es unangenehm davon berührt wird, daß die Arbeiter auf seine geistvolle Kost verzichten und sich lieber ein Blatt halten, das mit allem Nachdruck für ihre Interessen eintritt. Denn die paar Leser, die das Blatt als Abonnenten zählt, rekrutieren sich aus jenen Kreisen, die die rickstänbige Politik des konservativen Klüngels in der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung gutheißen.

Feststellen möchten wir zum Schluß noch, daß das Blatt gegen unsere Mitteilung, der Arbeiter Lindner sei am Freitag noch nicht auf dem Bau erschienen, nichts anzuführen weiß.

Die Wilmersdorfer Schuljahrklinik in der Wilhelmstraße 23 bezeichnete in den 81 Arbeitsjahren seit ihrer Eröffnung 1170 Besuche, und zwar wurden behandelt 225 Knaben und 295 Mädchen. Das ist eine Frequenz, so betont hierzu das Ortsblättchen wie sie sich nicht voraussehen ließ und die erneut das Bedürfnis dieser Einrichtung bestätigt.

Wie mit dieser Schuljahrklinik, so dürfte es auch mit zahlreichen anderen bisher alsberühmt noch nicht vorhandenen sozialen Einrichtungen stehen, deren Bedürfnis die weisen Wilmersdorfer Stadtväter immer noch nicht „voraussehen“ können. Die Erleuchtung kommt bei manchen Menschen erst wenn sie's schwarz auf weiß haben.

Tempelhof.

Dem alten Wohnungsplan des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes hatte die Stadt Schöneberg zugestimmt, den abgeänderten neuen Plan jedoch abgelehnt, obwohl nach Ansicht der hiesigen Gemeindeverwaltung der neue Plan nur geringfügige Veränderungen enthält. Schöneberg hatte bei dem neuen Plan auch neue Bedingungen gestellt, auf welche Tempelhof nicht eingehen zu können glaubte. Die Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinden zogen sich immer mehr in die Länge, zeitigten aber keine Einigung. Tempelhof stellte den Antrag auf Feststellung des Ergänzungsverfahrens. Da es aber die Angelegenheit so schnell wie möglich erledigt wissen und das langwierige Ergänzungsverfahren ebenfalls vermeiden wollte, einigten sich beide Gemeinden bereits vor dem Bezirksausgusch. Der dort geschlossene Vertrag fand die Zustimmung der Vertretung. — Die Errichtung des vollen Nachdienstes bei der Fernsprechemittlungsstelle Tempelhof ist eine wünschenswerte Einrichtung. Die bürgerlichen Herren der Gemeindevertretung scheinen sich aber wenig um derartige Wünsche zu kümmern. Der Nachbarort Mariendorf, welcher an die Fernsprechemittlungsstelle Tempelhof angegeschlossen ist, vertritt in einem Antrage die Gemeinde zu Beteiligung an der Deckung einer an die Postverwaltung von den beteiligten Gemeinden zu zahlenden Summe von 1800 M. zu gewinnen. Betont wurde, daß dieses Verlangen der Post bei ihrer Monopolstellung ein unbilliges sei. Richtiger wäre es, daß den Garantleistenden von den zu erwartenden Einnahmen über 1800 M. etwas zugute komme. Die Vertretung beschloß, sich an der Garantie noch dem Verhältnis der Einwohnerzahl zu beteiligen. — 60 M. wurden für die Rosenausstellung in Ort bewilligt, für den Verein für Mutterhaus und Säuglingsfürsorge hatte die Vertretung in der vorigen Sitzung ganze fünf Mark übrig.

Charlottenburg.

Der Gesangverein Charlottenburger Liedertafel (M. v. L. S. V.) veranstaltet am Sonnabend, den 8. Juli, auf dem Spandauer God ein Sommerkonzert. Konzert, Gesang, Reigenfahrten, Fontänen und Stötenbeleuchtung, Ball, Eintritt 30 Pf. Da der Verein bei den Parteilisten stets mitwirkt, so ist ihm ein guter Besuch auch seitens der Parteigenossen zu gönnen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Furcht vor der Sozialdemokratie treibt in dem hiesigen Epochenblättchen, dem „Zehlendorfer Anzeiger“, häufig die sonderbarsten Wästen. Wenn irgendwas von eigenartiger Vorgehen eines Sozialdemokraten geredet oder geschrieben wird, dann nimmt es solche Ergüsse vollständig in seinen Spalten auf. Argendwelche Prüfung des Gehörten wird besonders dann nicht beibehalten, wenn durch die Wiederholung die Interessen der Zehlendorfer Beamtenvereinigung gefördert werden könnten, die über die Redaktion ihre schwere Fuchtel schwingt. Ist da kürzlich in Zeltow ein Konflikt ausgebrochen zwischen unserem Genossen Röder und dem dortigen Ortsoberrichter, das den dortigen Ortsverband der Gemeindebeamten zu einer ganz deplazierten Abwechslung führte. Es wird dem Genossen vorgeworfen, daß er den Beamtenstand dadurch herabwürdigend suchte, daß er bei einer Vorlage über vierteljährliche Vorauszahlung des Gehaltes erklärt haben sollte, es sei nicht gut, den Beamten auf einmal so viel Geld zu geben, sie würden es bald verwirtschaften und zum Schluß genötigt sein, Kredit in Anspruch zu nehmen. Wie man und versteht, ist der Anspruch in dieser Fassung nicht gefallen. Es ist dem Genossen Röder gar nicht eingefallen, der Gehaltszahl der Beamten einen solchen Vorwurf zu machen. In der fraglichen Stadtverordnetenversammlung wurde auch über eine einen Polizeibeamten zu überweisende Dienstwohnung verhandelt. Dabei soll unser Genosse gefragt haben, der Polizeiergane sei tiefe auf derselben Stufe wie der Volksschullehrer und er habe deshalb auch Anrecht auf die gleiche Wohnung; man dürfe ihm deshalb auch keine Wohnung zumuten, die für einen Lehrer nicht als ausreichend angesehen werde. Mit diesem Anspruch konnte unser Genosse natürlich die Lehrerschaft nicht beleidigen, sondern er hat damit nur festgestellt, daß wir bestraft sind, auch dem niederen Beamtenstand menschenwürdige Wohnungen zu sichern. Er hat sich dagegen geweigert, daß einem Beamten eine Wohnung zu

gemietet werden sollte, die nach seiner Meinung völlig ungeeignet war. So und nicht anders wurden die Worte auch von den Zuhörern aufgefaßt, die in der Sitzung anwesend waren. Die Absicht, die den „Zehlendorfer Anzeiger“ bei dem Abdruck dieses Artikels geleitet hat, ist etwas zu durchsichtig. Wir hätten geglaubt, daß die Zehlendorfer W. B. sich etwas sicherer fühlt, als daß sie jetzt schon durch solche Mittelchen für die nächste Gemeindevahl Stimmung zu machen sucht.

Weißensee.

Aus der Bezirksgeneralversammlung. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und schließt mit einem Kassenbestand von 902,53 M. ab. Den Bericht der Bezirksleitung gab Genosse Schlemminger. Er wies darauf hin, daß die Mitglieder es oft an der gemühtlichen Beteiligung bei Versammlungen fehlen lassen. Die Mitgliederzahl ist auf 1016 (1959 männliche und 267 weibliche) gestiegen. In den Lokontoren haben wir 39 Genossen und drei Genossinnen. Der „Vorwärts“ wird in 1850 Exemplaren gelesen gegen 1550 im Vorjahre. Die „Gleichheit“ wird leider erst in 46 Exemplaren gelesen. Die Frauenleseabende haben ihre Besucherzahl in erfreulicher Weise erhöht. Aus den einzelnen Kommissionen ist zu berichten, daß es der Lokalkommission nur möglich war, in Malchow ein Lokal freizumachen. In Heinersdorf und Malchow haben vier Versammlungen, zum Teil unter freiem Himmel stattgefunden, die sämtlich gut besucht waren. Die Bezirksleitung schlug der Versammlung vor, die Lokalkommission aufzulösen und die neuzubildende Landagitationskommission mit den Arbeiten der Lokalkommission zu betrauen. Die Aufnahmekommission soll aufgelöst und die sich zur Aufnahme meldenden Geschäftleute den zuständigen Zahlhabenden überwiesen werden. Ähnlich so verhält es sich mit dem Jugendausgusch. Hier schlug die Bezirksleitung vor, den Jugendausgusch aufzulösen und dafür einen Bildungsausgusch, der gleichzeitig die Jugendfrage zu bearbeiten hat, zu wählen. — Die Kasseier schloß mit einem Leberschuh von 892,50 M. ab. Zur Bezirksleitung wurden einstimmig gewählt als 1. Bezirksleiter Genosse Franz Schlemminger, als 2. Bezirksleiter und Leiter der Landagitation Genosse Karl Diener, als Kassierer Johannes Kaufhold und als Schriftführer Emil Schunk. Als Revisoren wurden die Genossen Bachmann, Grauert und Kropff, als Bibliothekare die Genossen Gröndler, Rosh und Zieger und als Beisitzerin die Genossin Berg (Stellvertreterin Genossin Schumann) gewählt. Als Mitglied des Kreisvorstandes soll der Kreisgeneralversammlung der Genosse Andreo vorgeschlagen werden. Als Abteilungsleiter werden die Genossen Frotz, Kunkel, Geisel, Pippmann, Philipp, Reumann und Schmidt befristet. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung werden die sieben Abteilungsleiter, die beiden Bezirksleiter, der Kassierer und die Beisitzerin gewählt. Zur Provinzialkonferenz wurde Genosse Diener und als Delegierter zum Parteitag soll der Kreisgeneralversammlung der Genosse Taubmann vorgeschlagen werden.

Der Antrag auf Bildung der Landagitationskommission, die gleichzeitig Lokalkommission bildet, wurde angenommen. In diese Kommission werden die Genossen Smudat, Reichlich und Kropff gewählt. Der zweite Antrag wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag auf Auflösung des Jugendausgusches wurde gutgeheißen und die Schaffung eines Bildungsausgusches im Prinzip angenommen. Am Schluß der von über 300 Personen besetzten Versammlung wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen.

Großes Unheil wurde vorgestern durch ein durchgehendes Gespinn angerichtet. Die jungen, feurigen Pferde eines vor der Gummiwarenfabrik von Müller in der Velfortstraße haltenden Wagens einer Berliner Holzhandlung scheuten vor Papierfetzen, die durch den Wind aufgewirbelt wurden, und gingen durch. Die Tiere rösteten nach der Gürtelstraße zu, liefen dort auf den Bürgersteig und rissen mehrere Bäume um. Dann jagten die Pferde bis zur Greifswalder Straße und direkt gegen den Stand eines Obsthändlers. Der Obstwagen wurde vollständig demoliert, der Händler erlitt nur geringfügige Verletzungen. Der Besitzer des Gerätes war bei der wilden Fahrt vom Bod gegen einen Baum geschleudert worden und trug eine Gehirnerschütterung und einen Bruch des Nasenbeines davon. Nach dem Zusammenstoß mit dem Obstwagen, bei dem die Pferde nicht unerheblich verletzt wurden, konnten die rasenden Tiere endlich aufgehalten werden.

Markgrafspiecke.

„Ein rotes Dorf“. Unter dieser sensationellen Ueberschrift machte kürzlich ein Artikel durch einige Berliner Blätter die Runde. Selbst diese bürgerlichen Blätter, die doch für unsere Partei gewiß keine Sympathien an den Tag legen, mußten anerkennen, daß die sozialdemokratische Mehrheit der Gemeindevertretung mit manchem alten Post in der Gemeindevertretung aufgeräumt hat. So wurden einige Einzelheiten aufgezählt, die als verdienstvolle Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaft gebührend werden. Obgleich nun von bürgerlicher Seite unseren Genossen attestiert wird, daß sie mit Eifer ihr Amt versehen würden, denselben seitens der Behörde in jeder Beziehung die denkbar größten Schwierigkeiten bereitet. Die Tätigkeit unserer Genossen in dem Gemeindeparlament in Markgrafspiecke ist mit großen Opfern verbunden. Verstreut sind dieselben die Woche über in der Provinz oder in Berlin beschäftigt. Jede Sitzung der Gemeindevertretung bedeutet die Einbuße eines Tagesdienstes. Sie setzen es deshalb durch, daß die Sitzungen des Sonntag stattfinden. Nicht lange! Entgegen den Beschlüssen der Gemeindevertretung setzte der Gemeindevorsteher die Sitzung selbstherrlich auf einen Wochentag fest. Auf einen Wink von oben? Kein Protest gegen diesen Absolutismus des Herrn Gemeindevorstehers half.

Wie überall, wo unsere Partei Gelegenheit zu positiver Arbeit hat, tut sie es mit gutem Erfolg. So auch in hiesigen Ort. In kurzer Zeit brachten es unsere Genossen fertig, Ordnung in die Gemeindefinanzen zu bringen. Die Schullasten wurden auf die Gemeinde übernommen. Die Viehsteuer wurde abgegahlt. Eine Voulommission wurde aus der Gemeindevertretung gebildet, die alle Bauangelegenheiten zu kontrollieren hat. Bisher konnte auch hier der Herr Gemeindevorsteher, der kommissarisch tätig ist, selbstherrlich verfügen. Die Behörde sieht diese positive Tätigkeit einer sozialdemokratischen Gemeinde mehrbel nicht gern, nicht mal in einem entlegenen märkischen Dorfe. Der zum Gemeindevorsteher gewählte Genosse Grahnid wurde vom Landrat nicht bestätigt; auch nicht die zu Schöpfen gewählten Genossen Pötel, Glenz I und Kröster. Bei einer erneuten Wahl, die im vergangenen Monat stattfand, wurden die drei Nichtbestätigten wiedergewählt. Ob sie jetzt bestätigt werden?

Petershagen bei Fredersdorf.

Für die „Vorwärts“-Abonnenten. Der am Bahnhof Fredersdorf Assistentendienst verrichtende Weichensteller Ziegenhagen hat sich anscheinend die Bekämpfung des „Vorwärts“ zur Aufgabe gemacht. Ohne einen ersichtlichen Grund wies er unieren Voten, der den Abonnenten die Zeitung, soweit sie früh nach Berlin fahren, bereits am Bahnhof ausshändig, mit den Worten vom Bahnhofsgelände: „Nehmen Sie, daß Sie hier runter kommen mit dem Dred“ (gemeint ist der „Vorwärts“). Diese Art der Verteilung besteht bereits drei Jahre und hat nie zu Klagen Anlaß gegeben. — Die in Betracht kommenden Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich der Voten in Zukunft vor dem Lokal von Gierke aufhält und dort die Zeitung ausshändig,

Dranienburg.

Die Revolverchieferel. Wie unseren Lesern erinnerlich sein dürfte, hat in der Nacht zum 21. Juni der Amtsvorsteher Rechnungsrat Lauterbach zwei Revolver schüsse auf den Maurer Fritz Kaay abgefeuert. Kaay hatte sofort Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, erhielt jedoch den Bescheid, daß die „objektive Behörde der Welt“ es ablehnen müsse, gegen den Revolverdächer einzuschreiten. In dem ablehnenden Bescheid heißt es, daß es dem Beschuldigten nicht widerlegt werden könne, daß er glaubte, einen Verbrecher vor sich zu haben. Sein Verhalten war somit auf keinen Fall bewußt rechtmäßig.

Die Staatsanwaltschaft bestätigt also, daß in Dranienburg ohne irgend welchen Grund geschossen werden kann. Oder gehen nur schreiende Personen in Amt und Würden straffrei aus?

Friedrichsthal bei Dranienburg.

Zu recht bezüchtenden Vorkommnissen kam es hier in der Gemeindevertretung. Seit etwa einem Jahre befinden sich in der Gemeindevertretung zwei Genossen, denen es zum Teil gelungen ist, mit den früher hier herrschenden Zuständen aufzuräumen. Unsere Genossen wurden zu den Arbeiten in verschiedenen Kommissionen oft herangezogen. So wurden u. a. die beiden Sozialdemokraten und ein bürgerliches Gemeinderatsmitglied beauftragt, mit dem Lehrer Stodds Hergabe eines Teiles des Dienstlokes als KinderSpielplatz zu verhandeln. Trotz monatelanger Verhandlungen, die früher zwischen dem Gemeindevorsteher und dem Lehrer gepflogen wurden, kam es zu keiner Einigung. Unseren Genossen gelang es bald, mit dem Lehrer eine Verständigung im Interesse der Gemeindeangehörigen herbeizuführen. Es war selbstverständlich, daß der Lehrer mit den beiden Sozialdemokraten, die von dem Gemeinderat beauftragt waren, verhandeln mußte. Die Epischbürger und ihre reaktionären Trabant sahen dadurch schon die Revolution und den Umsturz im Orte herannahen und bezichtigten den Lehrer eines „fluchtwürdigen Verbrechens“, das diesem schwer geahndet werden sollte. Sie gingen sogar so weit, eine Petition an den Landrat zu senden, in der die lächerlichsten Behauptungen gegen den Lehrer aufgestellt wurden, insbesondere auch wegen seines Postierens mit den verkappten sozialistischen Gemeindevorstreitern. Gegen den Lehrer wurde ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht, über dessen Ergebnis noch Ungeheißheit schwebt. Eine an den Gemeinderat gerichtete Gegenpetition wurde unbeachtet beiseite gelegt.

In derselben Sitzung führten unsere Genossen Beschwerde gegen den Gemeindevorsteher wegen Nichtachtung der Gemeindevertretung. Ein Einwohner richtete ein Gesuch an die Gemeindevertretung wegen Minderleistung von Kirchensteuern, die zu Unrecht von ihm erhoben sind. Das Gemeindeoberhaupt gab das Gesuch, ohne der Gemeindevertretung davon Kenntnis zu geben, an den Landrat weiter. Am Orte werden 100 Prozent Zuschlag als Kommunal- und Kirchensteuern erhoben, wodurch auch Dissidenten, Juden usw. zur Zahlung der Kirchensteuern herangezogen werden. Bei Auffstellung des laufenden Etats wurden auf Anregung unserer Genossen die Kirchensteuern von den übrigen getrennt, und dadurch erkannten erst die „Gottlosen“, daß sie zu Unrecht zur Zahlung von Kirchensteuern herangezogen wurden.

Da noch andere Unregelmäßigkeiten bei Buchung der eingenommenen Steuern entdeckt wurden, wurde auf Antrag unserer Genossen beschlossen, mit der Nachprüfung des Etats einen Revisor zu beauftragen. Dieser Revisor soll jedoch nur anerkannt werden, wenn er vom Landratsamt gefandt wird, erklärte der Gemeindevorsteher. Die Gemeindevertretung hätte nicht das Recht ihrerseits einen Revisor zu beauftragen.

Spandau.

Auf einen Doppelselbstmord läßt ein Fund schließen, der vorgestern morgen am rechten Spreewer, gegenüber Ruhleben, unweit der als Anglerkolonie dienenden Insel Sophienwerder, von Arbeitern der Strombauverwaltung gemacht wurde. Hart am Ufer lagen ein schwarzer, runder Herrenhut und der Strohhut eines jungen Mädchens und daneben eine Damenhandtasche; diese enthielt einen Zettel mit einer Aufschrift, welche besagte, daß die Unterzeichneten, beide aus Spandau stammend, freiwillig aus dem Leben scheiden wollen und ins Wasser gegangen sind. Bisher konnte nichts ermittelt werden.

Potsdam.

Für die konservative Jugendorganisation, den mit reichlichen finanziellen und städtischen Mitteln ausgestatteten „Verein für Leibesübungen“, sucht man jetzt in der gewerblichen Fortbildungsschule die Schüler zu gewinnen. Die bisherigen Arrangements haben nur wenig Beteiligung gefunden. Man will jetzt an den Sonntagen Ausflüge in den Waldungen oder nach dem Spielplatz machen. Die Fortbildungsschüler sollen sich dazu verjammeln und — wie der Lehrer in der Schule mitgeteilt hat — wird dann jedesmal eine Militärkapelle die Führung dieses Ausfluges übernehmen. Sogar Offiziere haben dazu ihr Erscheinen — in Kostüch gestellt. Ergeulicherweise haben sich bis jetzt Beschlüge und jugendliche Arbeiter im allgemeinen dieser sozialpatriotischen Jugendorganisation ferngehalten. Die Schüler höherer Lehranstalten benutzen diese Gelegenheit dagegen oder recht ausgiebig, um sich auf billige Art und Weise ihre Zeit zu vertreiben. So wird auch dieses Arrangement den sehr tüchtigen konservativen Jugendberatern nicht den erwünschten Erfolg bringen. Der Arbeiterkassier möge sie aber ein Ansporn zum weiteren Ausbau der proletarischen Jugendbewegung werden.

Gerichts-Zeitung.

Ein Dr. Phil. unter der Anklage der Banknotenfälschung.

Wegen versuchten Münzverbrechens hatte gestern das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse gegen den 39jährigen Schriftsteller Dr. phil. Max Uebelholz zu verhandeln. Der in Konstanz gebürtige Angestollte kam Ende v. J. nach Berlin, nachdem er sich über ein Jahr in Paris aufgehalten hatte. Hier wohnte er zuerst in der Joachim-Friedrich-Straße bei seiner Frau in Rosenthal. Er gab sich als Journalist aus und erklärte, daß er photographische Aufnahmen für Zeitschriften mache. Der Vermieterin untersagte er streng, sich um seine photographischen Arbeiten zu kümmern, auch schloß er sich stets in dem Badezimmer, welches er als Dunkelkammer benutzte ein. Um jeden Einblick in das Zimmer zu verhindern, verhängte er außerdem auch noch die Fenster. Der Angestollte zog dann zu einem Schauspieler Werkzeug, dessen Wirtschaftlerin, einer Frau Döring, er erklärte, daß er an einer Erfindung arbeite, die völlig geheim gehalten werden müsse. Am 6. März, als der Angestollte weggegangen war, fand die D. in seinem Zimmer einen noch nicht fertiggestellten Zehnmarkschein. Diesen nahm sie zu sich und beobachtete von nun an den Angestollten. Sie entdeckte zahlreiche Blatten mit Aufnahmen von Zehnmarkscheinen, auch fand sie im Abort Teile eines zerfetzten falschen Zehnmarkscheines. Sie erhaltete nunmehr Anzeige bei der Kriminalpolizei, die daraufhin eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Angestollten vornahm. Bei dieser wurden außer allen möglichen Chemikalien entwickelte Platten mit französischen 50 Francscheinen und deutschen Zehnmarkscheinen, 27 unfertige Zehnmarkscheine gefunden. Der Angestollte wurde nun unter dem dringenden Verdacht der Banknotenfälschung verhaftet. Er bestritt ganz entschieden, die Absicht gehabt zu haben, die von ihm angefertigten Scheine in den Verkehr zu bringen. Er gab an, er habe sich schon in Frankreich mit einem von ihm erfundenen neuen Lichtdruckverfahren beschäftigt. Er habe diese Versuche dann in Deutschland fortgesetzt und habe hierbei auch das sogenannte Relieffverfahren angewendet. Hierbei sei er darauf aufmerksam geworden, daß sich gerade die Zehnmarkscheine wegen ihres kleinen Formats und wegen der Zeichnung mit den Namen Umlissen sehr gut zu seinen Experimenten eigneten. Die Anklage behauptet dagegen, daß sein Verhalten keineswegs so harmlos sei, wie es der Angestollte darstellt. Verhörszeugen, die in der Voruntersuchung vernommen worden waren, bekundeten, daß sie den Angestollten darauf aufmerksam gemacht hatten, daß das Relieffverfahren schon

vor 25 Jahren als unbrauchbar beiseite gelegt worden sei. Jedem einwas Neues sei hierbei auch nicht mehr zu erfinden. Die als Sachverständigen vernommenen Buchdruckermeister und der Betriebsingenieur der Reichsdruckerei Zinke erklärten außerdem, daß der Angestellte nach der ganzen Art seiner Arbeiten nur darauf ausgegangen sein könne, falsche Jehnmarktscheine herzustellen. Gerade das von ihm verwendete Lichtdruckverfahren sei dasjenige, welches am häufigsten zu Fälschungen verwendet werde.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde auf Antrag des Staatsanwalts wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt plädierte auf schuldig unter Verfolgung mildernder Umstände. Nach eingehender Verteidigung des Rechtsanwalts Dr. Krieger vernahm die Geschworenen die Schulfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde. Die Befehlshandlungen Platten usw. werden freigegeben. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt. Der Angeklagte, der sich seit langer Zeit in Untersuchungshaft befindet, wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die rote Schleife am Totenkranz.

Ein bedenkliches Urteil gegen das Vereinsgesetz fällt das Reichsgericht am Dienstag.

In Etodum, Kreis Bochum, wurde der Vergemann R. begradigt. Seine Witwe wünschte, daß dem Sarge ein Kranz mit der von der sozialdemokratischen Partei gestifteten roten Schleife vorausgetragen werde. Der Vergemann Johann Burg trug den Kranz mit der Schleife und machte nach der Annahme des Landgerichts dadurch das Leichenbegängnis zu einem ungewöhnlichen im Sinne des Vereinsgesetzes, welches der Anmeldung bedürftig hätte. Dem Verlangen der Witwe, die Schleife zu entfernen, setzte Burg zunächst Widerstand entgegen, bis er sie hergab. Das Landgericht Bochum hat ihn am 20. Februar wegen Vergehens gegen § 9 des Vereinsgesetzes zu 10 M. und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Verbindung mit Uebertretung einer Oberprüfungsanordnung zu weiteren 5 M. Geldstrafe verurteilt. — In seiner Revision bemerkte der Angeklagte, an die rote Farbe dürfe man im wesentlichen Industriebezirk bereits gewohnt sein, sie könne deshalb nicht aufreizend sein. Veranlasser sei der Angeklagte nicht gewesen, da er den Zug nicht aufgestellt und geordnet habe. Der Reichsanwalt war der Ansicht, daß das Urteil von zureichenden Erwägungen ausgehe. Sobald in ein Leichenbegängnis politische Tendenzen hineingetragen würden, wie es das Landgericht feststellt, sei es nicht mehr ein gewöhnliches und daher anmeldspflichtig. Der Träger des Kranzes sei derjenige gewesen, der das Leichenbegängnis zu einem ungewöhnlichen machte, und daher als Veranlasser anzusehen. — Das Reichsgericht war derselben Ansicht und erkannte auf Verwertung der Revision.

Durch dies Urteil ist freilich nicht erklärt, jedes Leichenbegängnis, bei dem rote Schleifen verwendet werden, sei ein außergewöhnliches. Es ist aber in das Verbot des Gerichts gestellt, festzustellen, durch das Tragen der roten Schleife seien politische Tendenzen hineingetragen. Diese Judikatur widerspricht dem Vereinsgesetz. Ist es üblich, rote Schleifen in Anwendung zu bringen, so ist solches Leichenbegängnis eben kein außergewöhnliches. In dessen die Meinung, die Vorschriften des Vereinsgesetzes entgegen den Bestimmungen des jetzigen Reichsanklers zu Schikanen zu mißbrauchen, hat leider auch beim Reichsgericht eine breite Stätte gefunden.

Interessante Kriminalprozeduren von kulturhistorischer Bedeutung. Aus Gegenwart und Vergangenheit. Dargestellt von Hugo Friedländer. Verlag: Hermann Bode, Berlin W 30. Preis: 3 M.

Der bekannte Gerichtsreporter Hugo Friedländer hat jetzt den dritten Band seiner Sammlung interessanter Kriminalprozeduren herausgegeben. Der Band enthält die Darstellung des Tarnowki-Prozesses in Venedig mit einem Bildnis der Gräfin, ferner den Prozeß über die Ermordung des Gymnasiallehrers Ernst Winter in Ansbach und den Wolff-Garden-Prozeß. Die Darstellung der Prozesse ist eingehend, anschaulich und fesselnd geschrieben. In dem ersten Prozeß sehen wir, welche dämonischen Wirkungen Suggestion auszuüben vermag. Er, noch mehr aber der Stoff des zweiten und dritten Prozesses ist von hoher kriminal-psychologischer und kulturhistorischer Bedeutung. Der Konitzer Prozeß zeigt, welches Unheil die Auffrischung der unsinnigen Mär eines Ritualmordes durch gewissenlose Heiler selbst noch in unserm Zeitalter anrichten vermag. Der Wolff-Garden-Prozeß schildert den Einblick in das ständische Leben und Treiben der erklüßten Kaste Deutschlands von neuem auf. Die Friedländerischen Darstellungen sind geeignet, zur Einengung der Schulliteratur etwas beizutragen. Beim Wolff-Garden-Prozeß wirkt sich unwillkürlich die Frage auf: wann wird denn nun die Verhandlung gegen den Fürsten Eulenburg wegen Meineids stattfinden?

Aus aller Welt.

Vom deutschen Rundflug.

Gestern morgen starteten die am Fluge beteiligten Aviatiker für die 101 Kilometer lange Strecke Kassel—Nordhausen. Das Ziel erreichten Bollmüller, Wagner und Biencziers, während Hanuschke, der für die Strecke gemeldet hatte, sich verlor. Er landete bei Hötzer a. d. Weser. Die Ankunft der Flieger an der Abfahrtsstelle in Johannisthal ist am Sonntag zu erwarten.

Die Hitze in Amerika.

Die tropische Hitze in den Vereinigten Staaten hat gestern mit einer Temperatur von 45 Grad Celsius im Schatten ihren Höchststand erreicht. In New York starben an Hitzschlag 26 Personen, in Chicago 19, in Pittsburg 15, in Neu-England 31, in Philadelphia 9. Mehr als 300000 Personen brachten die Nacht in New York im Freien zu. In Tommy Island lagen hunderttausend Menschen am Strand, um frische Seeluft zu schöpfen. Die Hospitäler und Ambulanzstationen sind von Kranken überfüllt. Es besteht auch keine Aussicht, daß die mörderische Hitze nachläßt, vielmehr ist nach den Voraussagen der meteorologischen Stationen mit einer Steigerung der Temperatur zu rechnen.

Es muß „gerochen“ werden.

Ein Beispiel unheimlichen Humors in einer Strafverfügung leistete sich eine kleine rheinische Bürgermeisterei, die an einen bekannten Köhler Rodriktsberger folgenden Inhalt losließ:

„Sie haben am 25. Mai d. J. in Delbrück auf der sehr belebten Gladbacher Straße als Führer des Kraftfahrzeuges L. Z. 8477“ vorgesetzt Gase ausgepufft, wodurch ein hiesiger Geruch entstand und die Straßenpassanten belästigt wurden. Die Uebertretung wird bewiesen durch Gendarmenmeister X... zu X... usw.“

Es ist auch ein hübscher Witz, daß der Wagenführer fortgesetzt Gase auspufft, wenn's noch das Fahrzeug wäre...

Kleine Notizen.

Der Suff. In Verne i. B. zogen am Mittwochnachmittag sechs bis acht junge Leute, die von der militärischen Ausbildung kamen, lärmend und johlend durch die Straßen. Ein Schuttmann, dem sie begegneten, unterlag ihnen den Angriff. Bei dem daraus entstehenden Streit zog einer der jungen Leute ein Messer und verletzte den Beamten durch Stiche im Gesicht. Dem Beamten, der blutend lag, wurde der Säbel entzogen, der Messerheld verletzte dem Schuttmann noch einen Stich in die Brust. In der Nacht ist der Gefohlene seinen Verletzungen erlegen.

Verunglückter Wissenschaftler. Der französische Botaniker Dr. Jean de Ruffe ist in den französischen Alpen bei einer Bergbesteigung verunglückt. Die Leiche ist am Mittwoch, teilweise mit Schnee bedeckt, in der Nähe einer Schutzhütte aufgefunden worden.

Erdbeben in Zentralasien. Wie ein Telegramm aus Taschkent meldet, ist am Mittwoch in Turkestan ein starkes Erdbeben verspürt worden. Nachrichten über die Wirkung des Bebens liegen noch nicht vor.

Russenfeindliche Kundgebungen. In der persischen Stadt Urmia überfielen drei persische Fanatiker in einem Bazar einen russischen Untertanen, der in der Notwehr einen der Angreifer erschlug und einen schwer verletzte. Die Volksmenge tötete hierauf den Russen. In der Stadt herrscht große Erregung gegen die Russen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SO., Adlerstraße 41. Geöffnet wochentags von 9 bis 10 Uhr abends, am Sonntag- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 541 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, Rosenthaler Straße 11/12: Versammlung und Vortrag.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 9. Juli: Wanderung von Reichow nach dem Rannentisch, Spechtshausen, Schwärzetal, Eberswalde. Abfahrt früh 6 Uhr Steintor Bahnhof (Hernbahnsteig). Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderband „Die Naturfreunde“. Wanderschaften am Sonntag, den 9. Juli. I. Nachtwanderung Kloster Chorin—Panzstiner See—Gorinchen. Ab. Sonnabendabend Steintor Bahnhof 11.30 Uhr. — II. Wanderschaft—Waldenort. Ab. Anhalter Bahnhof 6 Uhr früh. — III. Bernau—Mehlhorn. Ab. Steintor Vorortbahnhof 6.40 Uhr früh. — IV. Wanderung der Amateur-Photographen. Eberswalde—Kloster Chorin. Ab. Steintor Bahnhof Sonnabendabend 11.30 Uhr. — V. Spandau—Tegele. Ab. Lehrter Bahnhof 1.20 Uhr nachmittags. — VI. Rindowwanderung. Rindow—Waldenort. Treffpunkt: I. Bahnhof Wedding (Eingang Mitteldeckplatz) 6 1/2 Uhr. II. Rindow, Hermannplatz (Ede Berliner Straße) 7 Uhr. III. Schiffsicher Bahnhof (Ede Frucht- und Redalstraße) 7 1/2 Uhr früh.

Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 abends statt.

Minut. Kommen Sie in die Sprechstunde. — R. W. 100. 1. Zur „väterlichen Rührung“ ja. 2. Nein. 3. Nach Möglichkeit ja. — Braun, Lychnauer Straße. Kur Unfall, wenn die Folge einer außergewöhnlichen dienstlichen Anstrengung. — G. Wabe, Tempelhofer. Urteilen ist nötig. Dazu brauchen Sie insbesondere Heirats- und Sterbendeckelungen des Vaters, Ihre und Ihrer sämtlichen Geschwister Geburtsurkunden. Antrag beim Amtsgericht. — R. W. 87. 1. Nur Endtermin. Beliebig früher. 2. Nein. 3. Ja, wenn sie Miete zahlt. 4. Angemessen ist die zur Abhilfe ausreichende Prell. 5. Aufrechter auch in solchen Fällen unzulässig. — Fahrzeugschein 3366. 1. a) Klagen; b) 4 Jahre; c) Wohnung unterbleibt nicht. 2. Ihr Bruder soll nochmal ans Vormundschaftsgericht schreiben, und erklärt er dazu keine Antwort, sich beim Landgerichtspräsidenten beschweren. 3. Man kann mahnen und dann klagen. 4. Landesversicherungsanstalt. Das halbe Krankengeld ist den Angehörigen zu zahlen. 5. und 6. Ja. — Zimmermann, Köpenick. Die 200 M. brauchen Sie nicht zurückzugeben, wohl aber den Rest. Gegen den Zahlungsbefehl erheben Sie Widerspruch. — G. 200. Nein. — W. G. 70. Kann weitergeleitet werden. Antrag an Polizeipräsidium. — W. Sch. 1. Alle Werbungskosten. 2. Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge. 3. Lebensversicherungsprämien. — G. 11. 1. Ganz verschieden. 2. Ist ein außerordentliches Kind erst nur die Mutter, sonst Vater und Mutter gleichmäßig. 3. Die Sache ist ganz in Ordnung. — R. W. 45. Refus aus Rücksicht. — R. G. 200. Sie können zum 1. Oktober ziehen. Wenn der Wirt das befreit, verlassen Sie ihn. — Planet. 1. Steuerfrei. 2. Ja, stellen Sie den Antrag. — T. W. Nr. 49. 1. Witwenrente nur, wenn der Tod eine Folge des Unfalls. 2. Bei der Verurteilung. — Syndikalist. 1. Wochenlohn 10—6. Sonntags 10—2, eine andere Zeit können Sie dem Wirt nicht vorschreiben; sind Sie nicht zu Hause, müssen Sie den Schlüssel abgeben. — W. 99. Nein. — G. 100. Fragen Sie bei der Genossin selbst an. — G. Schifferstube. Die Reichsbank ist eine Privatbank, doch ist die Staatsregierung in der Verwaltung vertreten. — Zippfing 100. 1. 1905: 60 641 278, für 1910 ist eine amtliche Feststellung noch nicht publiziert. 1908 werden angegeben 62 990 075. 2. Ja, bedeutend. — R. H. 100. Vollkommen. Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Ander-Krankenhaus, Reinickendorfer Str. 32 (3—4 Uhr), Ucharit, Luisenstr. 3 (12—2 Uhr). — W. G. 100. Unter Umständen jawohl. Sehen Sie sich sofort mit Ihrem Bezirksführer in Verbindung. — R. W. 100. Nein. — G. J. 10. Wir empfehlen Anwälte nicht. — R. W. 88. Die Rängel müssen Sie dem Hauswart anzeigen und auf Abhilfe dringen, eventuell klagen. — W. G. 50. Der preussische Staat nimmt die Dammern zum Spiel. — W. G. 26. 1. Vielleicht für Sammler. 2. Münzenhändler oder Kaiser-Friedrich-Museum. — W. H. 8. Wenn Sie den Vorsitzenden der Kammer vorher schriftlich darum ersuchen, werden Sie wegen der Vorfragen, wenn diese in besonderen so weit zurück liegen, nicht befragt. — Klippensteil. S. C. 1. Hund 100 000. 5. Hund 9 Millionen. 3. Ueberlebt nicht. — G. H. 100. Reist. — G. 10. Diese Fragen lassen sich doch besser durch die Leitung Ihrer Gewerkschaft auftragen. — P. R. Kein Krankenterversicherungspflichtig ist die Portierfrau, wenn Sie im Gewerbebetriebe regelmäßig, wenn auch nur für kurze Zeit des Tages beschäftigt wird. — D. 26. Beiden entschieden wir nicht. — Wänge. 1. Direktion der königlichen Ränge, Berlin O. 2. Schriftlich. — W. G. 1. Sie können mit Ihrem Gelde machen, was Sie wollen. Die erste Berechnung ist auf jeden Fall falsch. 2. Man kann nie 100 Proz. von der Verkaufsumme verdient haben, aber beim Verkauf zu 1 R. 3. In die Ortspolizeibehörde zur Weitergabe an die Kreisbehörde. — W. J. 21. Herr Stadtrat Kallisch, Mühlendamm 1. — W. 02. Eine Nachfrage in einem größeren Spezialgeschäft der Branche, die im Adressbuch verzeichnet sind, führt Sie vielleicht zum Ziele. — O. G. 45. Die Einflüsterer und Kontrolloren gehören als Sektion dem Deutschen Transportarbeiter-Verband an. Wenden Sie sich dorthin, Engelstr. 15. — G. P. Rindow. Das Verbot besteht noch, aber es wird niemand, der ruhig seines Weges geht, gehindert. Der Ursprung ist uns nicht bekannt. — G. H. 100. Ist jetzt nicht mehr möglich. — W. W. Kein. — Verand. Wilhelmshavenerstr. Städtische Entlassungsdeputation Poststraße 16 oder Rathaus, Zimmer 21. — R. R. 10. Von Seehaus, Victoria-Luisen-Platz 5 und Victoria-Fortbildungsschule, Kurfürststr. 100.

Witterungsbericht vom 5. Juli 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. Luft in Grad C.	Temp. d. Luft in Grad F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. Luft in Grad C.	Temp. d. Luft in Grad F.
Schwetende	773.9	SW	2 heiter	16	61	108	Sabatona	764.5	SW	3 heiter	15	59	107
Dammburg	773.2	SW	2 bedeckt	14	57	105	Petersburg	762.8	SW	1 bedeckt	14	57	105
Berlin	772.8	SW	4 heiter	16	61	108	Seilly	774.2	SW	1 bedeckt	14	57	105
Kranke a. R.	773.0	SW	2 heiter	15	59	107	Berben	768.6	SW	1 wolkenl	19	66	110
Rindow	773.0	SW	3 wolkenl	13	55	107	Paris	773.0	SW	2 wolkenl	15	59	108
Bien	772.8	SW	1 heiter	16	61	108							

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Juli 1911. Ein wenig wärmer bei mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 4. 7.	am 5. 7.	Stationen	am 4. 7.	am 5. 7.
Remel, Mühl	80	+2	Saale, Großh.	88	+12
Bregel, Jüterburg	41	+6	Davel, Spandau	86	+8
Reichel, Thora	40	-2	Kathenow	-1	-15
Oder, Ratibor	195	+89	Spree, Spremberg	74	0
Krohn	71	-2	Deeslow	87	+3
Hannfurt	85	-5	Escher, Müden	-108	+8
Wartde, Schirrm	2	-3	Winden	-32	0
Landberg	-18	-1	Rhein, Parisillanbau	512	-7
Rege, Borsdam	-15	+3	Rhein	255	-3
Gide, Reimberg	-79	-2	Rhein	270	-6
Tresben	-184	-3	Redar, Gellbronn	65	-5
Burg	38	-2	Rain, Biersheim	106	-2
Ragdeburg	58	-8	Reich, Kreis	5	-2

*) + bedeutet Hoch, - Fall. — *) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. (Bezirk 152.) **Nachruf.** Nach kurzem Krankenlager starb am 1. d. M. unser Genosse, der Schloffer **Hans Palm** 58 Jhr. 40. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Der Vorstand. 210/20

Sozialdemokratisch. Kreiswahlverein Niederbarnim **Bezirk Friedrichsfelde.** Am Montag verstarb nach langer schwerer Krankheit unser langjähriger und eifriges Mitglied, der Tischler **Albert Schröder.** Wir werden ihm ein kreuzes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. **Rege Beteiligung erachtet 228/16 Die Bezirksleitung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer **Emil Fangerow** am 29. Juni cr. freiwillig aus dem Leben geschieden ist. **Otto Thieme** am 3. Juli an Herzlähmung gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Nordfurter Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. **Rege Beteiligung erachtet 119/12 Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Albert Schröder** am 3. Juli gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Gemeindefriedhofes in der Berliner Straße aus statt. **Um rege Beteiligung ersucht 85/19 Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. **Nachruf.** Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer **Martin Krause** am 29. v. Mts. im Alter von 38 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Durch den Tod ist unser Kollege **Willi Rehbein** von der Gruppe der Privatbadeangehörigen entzogen worden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 26/16 Die Ortsverwaltung.

Marie Hanheiser geb. Fitzer sind uns so viel Beweise der Liebe und Teilnahme sowie kostbare Blumenpenden zugegangen, daß es unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken. Wir sagen daher auf diesem Wege unser aller tiefempfindenden Dank. **Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.**

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, bezugsweisen Vaters, des Steinbrüders **Paul Spielmann**, spreche ich mir dem Glangvereins Seneseder, dem Verband der Steinbrüder und Tischgraber, dem Kottrevereins „Gute Hoffnung“, allen Verwandten, Kollegen und Bekannten unseren innigsten Dank aus. **Die trauernden Hinterbliebenen.** Etzlig, den 5. Juli 1911. (26005)

Dankfagung. Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders **Max Schöppke** sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Dr. Schäfers für die tröstlichen Worte unserer herzlichsten Dank. 49932 **Wm. Wilhelmine Schöppke, Paul Schöppke.**

GUMMI-ABSATZE
Continental

Angenehm, weich, elastisch!
Dauerhafter als Leder!
Eine Welt für jeden!

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher,
Continental-Gummi-Absätze,
es sind die besten!

Auch erhältlich in Lederhandlungen und Schuhgeschäften.
Schwelm Gummiwaren-Industrie, G. m. b. H. Schwelm i. Westf.

Kasseler 80 Pf.
ohne Knochen —
auch bei einzelnen Stunden
Fett ohne Schwarte
2 Pfd. 95 Pf., 6 Pfd. 2.80.
Verpackung nach auswärts 55 Pf. franco.
Zur Reise u. Partien empfehle:
Hohenzollernwurst 1.10
anfertige beliebige rote Polnische 90 Pf.
Dr. Metzger, 1.00. Postfachver-
sand nach allen Orten Deutschlands.
F. Nietsch, Friedrichstraße 245,
Wilhelmstr. 109-110.

Reparaturen. Spez.: Un-
erlässlich saubere Reparatur
für Schüler. Tonverbesser-
ung, auf Wunsch auch solche,
die dem alt-italienischen Tone
ähnlich ähnlich ist. Besondere
Vorteile und eventuelle
Reparatur für Fortwärt-
Abnehmer. Umgehentlich
trende Anfertigungen.
Emil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau
in Berlin C., Joachimstr. 11c.

Kennen Sie sie?
Wenn nicht, dann besichtigen Sie die
Villenkolonie Karow.
Die schönste Gartenanlage
a. d. Silesier Bahn. 20 Pf. Fahrt.
800-3000 R. Ang. genügt. Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin, Gostardstr. 5.

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke,
Rosenthaler Str. 70
Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Für Mitteilung,
wer bauen will, vereinb. Zahlung
von 200-500 M. Zuschr. erb. sub
I. Z. 5593 durch Rudolf Mosse, SW.

Währung! auf
Lieferscheine

Kownoer
aus den
Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Press. Stargard
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do
zazywania „Kownoer“

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,
in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C.,
am Hofe Alexandersplatz und
Goltzestraße. — Amt VII, 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Referant für alle Krankenkassen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Messer und Gabeln
werden blank wie neu**
bei dem Putzen mit echtem
Dr. Landmann's
Messer-Putz-Pulver.
Kauf 10 Pf., Streubüchse 30 und 50 Pf.
Nur echt in Original-Verpackung in allen
besseren Geschäften zu haben.
Dr. E. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 5A.

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Höchste Leistungsfähigkeit
durch Selbstfabrikation
aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 2.50 M.
Schaldecken à 3, 4, 10 bis 50
Echt. Kamelhaar à 10 bis 36
Spezialkatalog
mit ca. 650
Abbildung. gratis u. franko
Stoffe
Damenstoffe, Sammgarne, Cheviot,
Is. Qualität, Str. 2., 3., 4. — R.
Zuchlager Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, b. Petrifische.

Phänomen-Gold Feinste Cigarette **Stck. 2, 3, 4, 5 Pf.**
Cigarette = Ueberall zu haben =

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte
Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckte) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegen-
heitsläufe, Fabriklager Mauerboff,
Rue Grobe Frankfurterstraße 9, Bür-
eingang, gegründet 1874. Vormärts-
läufe 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Teppichdecken billige Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, Büreingang.

Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 9, Büreingang. 2491*

Kabfahrerarten. Wir empfehlen
Rad- und Auto-Fahrern Straßens-
karte 1900 Quadrat-Meilen um
Berlin. 2 Teile à 1.50 Kart. Nord-
liche Hälfte der Provinz Brandenburg,
Südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-
Dresden - Görlitz. Buchbindung
Bismarck, Lindenstraße 69 (Laden)

Billig, billig, billig! Monats-
anleihe, wenig getragene Silberwaren,
Bismarck, Rade, Smokings, läuft
man nur bei Feingarten, Prinzen-
straße 28 I, Eckhaus Ritterstraße,
früher 20 Jahre Göttingerstraße.

Vormärtsläufe erhalten (für)
Garten-Gravurarbeit, selbst bei Ge-
legenheitsläufen. Teppich-Thomae.

Teppiche, farbfehlerlos, (Post-
billig)

Schulabende 1.15. Schülerplatz
2.50. Steppdecken 3.75.

Teppich - Thomae, Dranien-
straße 160, Dranienplatz; Hofen-
tafelstraße 54. 27541*

Verkauf Moritzplatz 58a: Moritz-
platz 58a im Verkauf laufen
Sie enorm billig, als: von Kavalieren
getragene Jagdanzüge, Rodanzüge,
Waldjagd, größtenteils auf Seide,
9-18 Mart. Gelegenheitsläufe in
Damenstoffen, Kostümen, Kleidern,
Hüten, hochlegant, bedeutend unter
Wert. Gelegenheitsläufe in Herren-
Kleider, Hüten, Wägen, Wägen, Wägen-
mägen, Betten, enorm billig, Moritz-
platz 58a. 28418*

Gebrauchte Nähmaschinen billig
Belmann, Gollnowstraße 26. 20658*

Teppiche! (Jedlerdalle) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager Weiss, Goltz-
straße 4, Eckhaus Bode. (Nieder des
Vormärts) erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Germanian 6. Handelt-
haus, Selbstständig bezugsfertig
Bismarck, Lindenstraße 110. 20658*

Teppiche! (Jedlerdalle) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager Weiss, Goltz-
straße 4, Eckhaus Bode. (Nieder des
Vormärts) erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

**30hn Prozent Rabatt, Vormärts-
läufe.**

Teppiche, Farbenfehler, jetzt label-
halt billig. Niesen-Fabriklager, Große
Frankfurterstraße 125, im Hause der
Röbel-Fabrik; billiger wie überall.
Vormärtsläufe noch extra 10 Prozent
Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikpreise, Fenster
1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalverkauf von an-
geschafften Gardinen, Stores, Bett-
decken haumend billig. Große Frank-
furterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken, Gar-
nituren 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25,
10.50. Fabriklager Große Frankfurter-
straße 125.

Teppichdecken billig, Fabrik Große
Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit feinen
Flecken zu Spottpreisen. Große
Frankfurterstraße 125. Nur im Hause
der Röbel-Fabrik.

Möbelstoff-Läden, Linoleumstoffe,
labelhalt billig.

Sport- und Schlafdecken 1.25,
1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große
Frankfurterstraße 125 im Hause der
Röbel-Fabrik. 27788*

Die Grundbegriffe der Ge-
schäftslehre. Eine populäre Einfüh-
rung von Julius Dorchard. Preis
40 Pf. Expedition Vormärts, Linden-
straße 69.

Reichgeschick Portieren, Filz-
tücher 3.85, Plüsch 6.35, ganze Dekoration.
Anwendung-Räumungspreis. Teppich-
haus Emil Lefèvre, Dranienstr. 158.

Teppichhaus Lefèvre, Dranien-
straße 158, jetzt Inventur-Räumungs-
preise. Extraliste gratis. 19968*

Möbel-Räumungsverkauf.

Möbel-Räumungsverkauf. Möbel-
fabrik Oranienstraße 15, nahe dem
Hollischen Tor, seit 1880 bestehend,
verkauft nur kurze Zeit wegen Ueber-
füllung der Lagerräume zurückgesetzte
und verließen gewesene Möbel be-
deutend unterm Preis. Spezialität
feine, neue Einrichtungen von 100
Mark an. Teilzahlung gestattet.
Einzeln Möbel, Kleiderbügel 20,-,
Vertilko 16,-, Bettstellen mit Matratzen
12,-, Schreibtische mit Aufsatz 38,-,
Bücherregale 55,-, Ausziehtische
18,-, Speisetische 5,-, Büttel 100,-,
moderne Umbauten 50,-. Komplette
farbige Küchen von 45,- an. Polster-
möbel aus eigener Fabrik Spitzbügel,
Schlafsofa 35,-, Kuchentisch und Dede
23,-, Garnituren 80,- usw. Große
Kleider, Teppiche, Portieren, Uhren
besonders billig. Ausverkauf frei.
Lieferung durch eigene Kasse.
Sonntags geöffnet. Bitte auf Num-
mer 15 achten. 28518*

Möbel-Belegungsstellen in aller-
größter Auswahl; einfache sowie
bessere Wohnbeeinträchtigungen
bedeutend billiger wie regulär. Er-
gänzungsmodell. Büttel, Schreib-
tische 45, Sofas 45, Garnituren 65,
Trumeaus 37, Schränke, Vertilko
27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchen-
möbel, Kleiderbügel, Lederstühle, Um-
bauten, Leberstühle usw. Spottbillig.
Vermittlung Möbelfabrik, Lothring-
straße 55, Rosenhauer - Tor. Die
Möbel sind in vier Etagen auf-
gestellt. 28388*

Wollensaustr. 10, Ede Kostig.
S. Frau, bekannt als beste Bezugs-
quelle. Kaso und Teilzahlung.

Wäbelschleier. Harnad. Wäbelschleier-
meister, gegründet 1901, Stadtschreiber-
straße 57 (Moritzplatz), liefert kom-
plette Wohnbeeinträchtigungen zu
niedrigen Fabrikpreisen. Unüber-
troffene Leistungsfähigkeit. Enorme
Kasobill. Zahlungsvereinfachung.
Vormärtsläufe 3 Prozent. Kein
Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! Für Brauenteile günstigste
Gelegenheit, sich Möbel anschaffen.
Mit kleinsten Anzahlung gebe schon
Stühle und Küche. An jeden Sitz-
möbellicher Preis. Ueberdies
dabei ausgeschlossen. Bei Kaufzeit-
stellen und Arbeitslosigkeit anerkannt
größte Rücksicht. Möbelgeschäft
E. Goldfarb, Rosenstraße 38, Ede
Wollensaustr. Kein Anzahlungs-
geschäft! 29018*

Wäbel - Rödel. Moritzplatz 58.
An meinem seit 32 Jahren bestehenden
Möbelkaufhaus stehen in neun Etagen
komplette Wohnbeeinträchtigungen zu
äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf
Als Spezialität liefere: Ein- und
Zweizimmer - Einrichtungen. Ein
Zimmer und Küche 360,-, 422,-,
modern 479,-, 2 Zimmer und Küche
modern 501,-, 667,-, 721,-,
Schlafzimmer, englisch 199,-, mo-
dern, drei Etagen, 347,-, Wohnzimmer,
modern, 297,-, Speisezimmer 355,-,
Herrenzimmer 200,-, englische
Bettstelle mit Matratze 44,-,
Kleiderbügel, Trumeau, geschliffen
34,-, Schlafsofa 36,-, Plüschsofa
58,-, Umbau 50,-, Teppiche,
Niesenlager. Beschäftigung erbeten.
Transport und Lagerung kostenfrei.
Eventuell Zahlungsvereinfachung.
Gewinn 8-8, Sonntags
8-2 Kein Laden. Verkauf nur im
Fabrikgebäude. Musterbuch P. gratis
und franko. 19058*

Sofort Küchenspiegel 9.00, Bettstelle,
Matratze, 9.00, Plüschkleiderbügel
29.00, Plüschregal, Plüschsofa 39.00,
Plüschsofa, Schöner, Hausfrau, 74 I.

Bilder.

Bilder. Fertigergerahmte Bilder, Iose
Blätter, Delgemälde, Leisten und
Rahmen kaufen Sie heute am billig-
sten direkt in der Fabrik bei Bild-
er, Bogdan, Berlin, Weimmeisterstraße 2.
Verlangen Sie nach dem Einkauf
5 Prozent. 28308*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumen-
straße 86b. 21088*

Fahrradvertrieb Groß - Berlin,
8 Verkaufsstellen: Neue Schönhauser
Straße 9, Drummstraße 145,
Vob-Str. 9, Schönhauser Allee 146,
Ritter-Str. 13, Kurm-Str. 25,
Nahen-Str. 20, Charlottenburg
Spandauer Berg 20. Billigste,
beste Bezugsquelle, neue Fahrräder
45.00, 48.00, 55.00, Laufdecken von
2.50 an, Laternen von 0.65 an. Aus-
führung sämtlicher Reparaturen in
eigenen Werkstätten. 15348*

Fahrräder, Teilzahlungen. Spe-
zialräder 45.00 Barzahlung. Invo-
lontstraße 20, Wilhelmshaven-
straße 73 (Ede Turmstraße). 24708*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
modern, gut erhalten, 35,-, Große
Frankfurterstraße 14, Hof Keller. 28588*

Fahrräder, Teilzahlungen event-
uell ohne Anzahlung. Hege, Danziger-
straße 95. 28588*

Musik.

Pianino, 80.00 an, Teilzahlung,
mieteweise 6.00. Scherer, Goltz-
straße 105. 22768*

Gebrauchte Pianinos und neue,
100 zur Auswahl, solideste Fabrikat,
große Tonfälle, leichte Zahlungs-
bedingungen. Kein Kaufmanns-
piano! Pianino, Goltz-
straße 27b. Billige neue Pianinos
400,- an. 97/13

Verschiedenes.

Ehrenerklärung. Hiermit er-
klären wir die Verantwortlichkeiten gegen
Frau Wilhelmine Kadeke, Berlin,
für unmaß und erlauben und nehmen
dieselben mit Bedauern zurück. Was
Sonntag und Frau Luise Sonntag
geb. Gans, Rixdorf, Schönweider-
straße 5. 433

Langjähriger Parteigenosse sucht
gegen Sicherheit und Zinsen 200
Mark; zurück monatlich 30,-. R. I.
Hauptredaktion des „Vormärts“.

Welche gemietete Genossin oder
Genosse würde adäquater Frau
100 Mark leihen. M. Volkant 38.

Beuge Johannisthal.

Patentanwalt Wessel, Göttinger-
straße 94a.

Runkhöfferei von Frau Kolosky,
Schlichtener, Runkhöfferei 8 III.

Patentanwalt Müller, Göttinger-
straße 81. 24398*

Zahngebisse, Zahn bis 50 Pfennig!
Platina, Gramm 5.20, laut Blumen-
reich, Drummstraße 196 (Hofen-
hauer - Tor). 27518*

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber,
Platin, Staniol, höchstzählend, Edel-
schmelze Dresdenstraße 9 (Koch-
buden). 97/7*

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig,
Goldschmelze, Platin, Staniol,
höchstzählend. Rohn, Neue König-
straße 76. 216/16*

Friedrich - Wilhelm General-
agentur-Jahresliste, Kataloge 24
(Frankfurter Allee), Lebens-, Arbeiter-
Krankenversicherung. Neuaufnahme,
Zurückzahlung erloschener. 27338*

Runkhöfferei Wessel, Große
Frankfurterstraße 67. 23998*

Platinabfälle, Gramm 5.20,
Gold, Silber, Zahngebisse, laut
Blumenreich, Auguststr. 19 III. 4597*

Platina, Gold, Silber, Platin,
Zahngebisse, Cuedsilber höchstzählend
Edelmetall - Einkaufsbureau, Weber-
straße 31. 26038*

Höchstzählend Albert Müller, Goltz-
straße 105, Platin, Silber, Platin,
Goldschmelze, Zahngebisse, Zahn bis 75
Pfennig. Antiquitätengeschäft, Kirch-
straße 14, Noabit. 97/17

Vermietungen.

Restoration mit Konzeption,
O., Prinzenstraße 17, sofort zu ver-
mieten. 26028*

Wohnungen.

Billige Wohnungen von 2 und 3
Zimmern mit Bad usw. von 40 Mark
an sofort oder später zu vermieten
Greifswalderstraße 62, dicht am
Bahnhof Schönhauser Allee. 25896*

Gewohnung, zwei Stuben und
Küche per sofort oder 1. Oktober an
Maler zu vermieten. Hausarbeit
gutsichert. Stadtschreiberstraße 32.

Pankow, Prinz-Georgstr. 2-4:
drei, zwei Zimmer, Bad, Zubehör,
neue Häuser, sofort, später. 25978*

Sonnenburgerstraße 27, Eckhaus,
3., 2., Einzimmer-Wohnungen, Bad,
Zubehör. 25988*

Umfänbhaber großes Berliner
Zimmer, Küche, 22.00, 1. August,
Goltzstraße 3. 25968*

Zimmer.

Leeres Zimmer mit Bad, Ne-
welles, Rixdorf, Pankowstr. 24. 433

Möbliertes Zimmer mit Bad,
Balkon, Javelles, Rixdorf, Pankow-
straße 24. 433

Paradies Zimmer, Pankow,
Pankowstraße 63. 40

Möbliertes Zimmer zu ver-
mieten Baumgärtchenweg, Trojan-
straße 6, II links. 24128

Schlafstellen.

Schlafstelle sofort Ritterstr. 124,
Hof III links. 216/18

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtige Zimmerleute werden
bei hohem Lohn gesucht. Neubau des
Truppenlogers in Jollen beim Volker.*

Schriftführer, sauberer, Berg-
mannstraße 69. 474

Steinmetz gesucht werden ein-
gestellt, Neubau Frankstraße 13. 451

50 Unteroffizier - Kaserne,
Frommer, Hochstraße 41. 485

Wamsch auf bessere Damen-
paletots und Kostüme im Hause, so-
fort. Holz, Dranienstraße 10/11, am
Geirichsplatz. 15928*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Mühlensarbeiter.
Die Differenzen mit der Gold-
adernmühle bestehen unverändert fort.
Die Dampf- und Wassermühle von Goldader,
Besitzer Großhändlerbeilager Eduard
Goldader, Drummstr. 129/30, ist für
organisierte Mühlensarbeiter gespart.
Verband der Brauerei- und Mühlen-
arbeiter.
Ordnungsverwaltung Berlin. 43/4*

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohn-
differenzen sind gespart:
Partei- und Holzgeschäft Kampf-
meyer.
Chr. Becker Söhne,
Kirstein.
Nordd. Parkettfabrik Han-
nover.
Berliner Parkettf. Bad-
meyer, Joh. Russack.
Elbinger.
Rosenfeld.
Damke i. H. Schlesinger.
Butterwoh.
Piek.
Berufsverein der Berliner
Parkettgeschäfte, Tho-
masstraße 18.
Kofferfabriken:
Trobesius u. Knappe, Köp-
penicker Str. 126.
**Nürliche Holzwaren-
industrie** (Lehmann), Blü-
menstraße 81.
Wagner, Markstr. 52.
Reichelt, Kranstr. 39.
Gronlich (Krüger), Gräner
Weg 28.
Tischfabrik Hücke, Straßburger
Straße 59.
Findeisen, Blumenstr. 65.
Antiquitäten Faul, Mon-
nenteustraße 23 und Hagel-
berger Straße 4.
Antiquitäten Engelmann, Rix-
dorf, Fontanestr. 23.
Antiquitäten H. - H. Freese,
Berlin-Niedererschönhausen.
Für Zusammenleger:
Pianofabrik Späthe, Pots-
damer Str. 29 und Späthe
in Gers.
Sämtliche Betriebe in Ham-
burg, Leipzig, Frankfurt.
Das Berliner Arbeitsmittelen-
vermittlungsbureau d. freien
Handwerker- und Arbeitervereine.
Die Ortsverwaltung Berlin des
Deutsch. Holzarbeiterverbandes.